

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementspreis** pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.10 Mk., für 2 Monate 1.40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. ausschließlich Postgebühren.

**Redaktion:** Tauchaer Str. 19/21.  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung, Leipzig.  
**Telefon** 13693.  
**Sprechstunde:** 6—7 Uhr abends.

**Inserate** werden die gespaltene Zeile oder deren Raum mit 25 Pfg. für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. — Ausgehende Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Str. 19/21. Telefon 2721. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr. Sonn- und Feiertag geschlossen.

## Ein letztes Wort zur Landtagswahl.

Wähler! Arbeiter! Parteigenossen!

Das schändliche Dreiklassenwahlrecht hat 85 Prozent der Staatsbürger **entrechtet**, die politische Gewalt in die Hände einer Minderheit von reichen Leuten gelegt, die **krasseste Interessenpolitik** etabliert und die Gesetzgebungsmaschine ins Stocken gebracht.

Das sind so unhaltbare Zustände, daß nicht einmal die Schuldigen an diesen Zuständen diese aufrecht zu erhalten wagen. Nun müht man sich, ein **neues Wahlrecht** auszufinageln, um der Unzufriedenheit im Lande zu wehren.

Doch alles, was bis jetzt aus dem Sumpfe der Reaktion an Vorschlägen zur Wahlreform an die Öffentlichkeit gelangt ist, **muß das Uebel nur verschlimmern.**

**Nur das allgemeine gleiche Wahlrecht mit Verhältnisverfahren kann zur Gesundung unserer politischen Zustände führen.**

Die bürgerlichen Parteien sind **gegen** das allgemeine gleiche Wahlrecht, die **Reaktionäre weigern dem arbeitenden Volke die staatsbürgerliche Gleichheit.**

Die **schlimmsten Reaktionäre** sind aber die **Nationalliberalen.** Sie rufen nur nach einer Wahlreform, **um das Volk von neuem zu verraten.**

Die **Nationalliberalen** haben sich in ihrem Anrufe gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht ausgesprochen; das hindert aber den nationalliberalen Kandidaten in einem **zittauer Wahlkreise** nicht, seinen Wählern **das allgemeine gleiche Wahlrecht zu versprechen.**

Die **Nationalliberalen** haben sich am 14. Juli gegen die Wahlen durch kommunale Körperschaften ausgesprochen; das hindert aber die nationalliberalen Kandidaten **Dr. Schill und Müller nicht**, sich für ein solches System der Ernennung von „Volksvertretern“ zu erklären.

Der **nationalliberale Kandidat Dr. Schill** gehört zu den Vätern des **kommunalen Dreiklassenwahlrechts** in Leipzig, wie zu den Wortführern beim Wahlrechtssturz von 1896. Herr Dr. Schill unterscheidet sich wie Herr Müller an reaktionärer Gesinnung in nichts von einem Konservativen.

Die **Nationalliberalen** heucheln die **Konservative Wirtschaft** bekämpfen zu wollen, und sind in vollem Umfange **milchsaugend** an diesen Zuständen. Die **Nationalliberalen** sind die **charakterlosesten Politiker**; sie heucheln die Konservativen bekämpfen zu wollen, und **lassen sich die konservative Unterstützung gefallen.**

Die **Nationalliberalen** sind **gegen die Umsatzsteuer**; das hindert aber verschiedene nationalliberale Kandidaten, darunter **Herr Müller**, nicht, um dem Mittelstande zu schmeicheln, sich für die **Warenhaus- und Umsatzsteuer zu erklären.**

Und diese **charakterlosen Nationalliberalen**, die von den **Konservativen, Antisemiten, Mittelständlern** unterstützt werden, finden selbst die **indirekte Unterstützung der Freisinnigen.**

**Wähler, Genossen!** Am 11. September muß die entrechtete 3. Wählerklasse den **vereinigten Volks- und Wahlrechtsfeinden** die **gebührende Antwort** geben.

In der 3. Wählerklasse darf **kein nationalliberaler Wahlmann gewählt** werden, damit der **Widersinn des Dreiklassenunfugs** vor aller Welt demonstriert wird und deutlich in die Erscheinung tritt, daß die 85 Prozent der 3. Wählerklasse **rechtlos** sind, daß die „Volksvertretung“ nur eine Vertretung der **15 Prozent** der 2. und 1. Klasse, der **Leute des Geldsacks** ist.

Wähler der rechtlosen Klasse! Morgen muß es **Ehrenpflicht** für jeden Entrechteten sein, **gegen dieses Schandsystem und diese Schandwirtschaft mit dem Stimmzettel zu protestieren.**

Ein **klassenbewußter Arbeiter** begeht Verrat an sich und seiner Klasse, wenn er es am Wahltage versäumt, durch die Abgabe des Protest-Stimmzettels die ihm angelane **Schmach** zu rächen, den Wahlrechtsräubern und Wahlrechtsfeinden das ihm zugebilligte **Scheinwahlrecht** vor die Füße zu werfen.

Es muß jedem dieser Zweiklassenabgeordneten zum Bewußtsein gebracht werden, daß seine „Wahl“ eine **brutale Vergewaltigung der Wähler** bedeutet.

**Alle Mann zur Wahl, keiner fehle!**

Unsre Losung sei:

**Nieder mit den Reaktionären aller Schattierungen!  
Nieder besonders mit den nationalliberalen Mollusken!  
Es gilt das allgemeine gleiche Wahlrecht! Hoch die Sozialdemokratie!**

### Seuilleton.

#### Thomas Herkhoven.

Roman von Rorzig Holm.

82] (Nachdruck verboten.)  
Wie eine Erlösung war es, als die Tür aufging und Lene hereinkam.  
„Was wollen Sie, Lene?“ fragte Thomas gleichsam erwachend und zerstreut.  
„Ofen zumachen.“ Sie schob mit dem Schürhaken die Kohlen ganz nach hinten auf einen Haufen, damit sie die Luft länger bewahrten. Dann schloß sie die beiden Türen und drehte den febernden Griff um.  
„Am Spelt komm ich nicht an, Herr Thomas. Können Sie vielleicht zumachen?“  
Er ging hin, streckte den Arm in den Raum zwischen Ofen und Wand und schloß die Klappe zum Schornstein. Lene aber blieb noch stehen und wuschte mit den Händen auf ihrer Schürze herum.  
„War Herr Staatsrat hier?“ fragte sie schließlich möglichst unbefangen und sah dabei den Papierkorb neben dem Schreibtisch ins Auge.  
„Woher wissen Sie das?“ fragte Thomas hastig. — Lene wurde rot.  
„Ach, ich hab gedacht...“  
„Wie kommen Sie darauf?“  
„Wenn er so schreibt...“ stieß Lene trotzig hervor und wollte sich, seitwärts gehend, zur Tür hin drücken.  
„Salt!“ rief Thomas, Sie haben also gehorcht, Lene?“

Annemarie wendete sich um und sagte mit ruhiger Stimme:  
„Dann haben Sie meinem Vater geschrieben, daß ich hier bin.“  
„Was brauch ich schreiben? Was geht das mir an?“ entgegnete Lene beinahe grob. „Lassen Sie mich in meine Küche, Herr Thomas!“  
In ihrer Antwort lag ein trotziges Geständnis.  
„Lene, Lene!“ sagte Thomas kopfschüttelnd und wollte noch nicht recht daran glauben.  
„Herr Thomas ist viel zu gut,“ stieß Lene ziemlich rätselhaft hervor.  
„Gegen mich wohl?“ fragte Annemarie, empfindlich wie eine echte Frau.  
„Ich sag nichts auf Ihnen, Frau Annemarie. Aber Herr Thomas hat hier so gutes Leben gehabt... Und was wollen Sie hier?“  
„Lene!“ warnte Thomas.  
„Ja, ungetreimt hab ich auch!“  
„Geträumt?“  
„Vorjestern is meine selbe Frau an mein Bett gekommen — ganz grau hat se ausgesehn — und denn hat se gesagt: Lene, hat se gesagt, es kommt Unglück, und Sie müssen helfen, Lene, hat se gesaht.“  
„Schweigen Sie doch von dem Unsinn!“ fuhr Thomas ärgerlich auf.  
„Is kein Unsinn nich!“ erwiderte Lene gekränkt.  
Thomas wollte etwas sagen, aber Annemarie wehrte ihm makt mit der Hand.  
„Ach laß doch! Sie meint es ja gut mit dir. Und ich... Wer meint es denn mit mir überhaupt gut...? Ich... Ach, lassen wir es!“  
Lene sah mit großen Augen, in die langsam das Wasser trat, zu Annemarien hinüber.

„Ich hab ja nich... ich hab ja nich gewollt...“ stammelte sie auf einmal und begann zu schluchzen. Sie stieß noch hervor: „Nichts nich...!“ und lief hinaus, einen Schürzengipsel an die Augen gedrückt.  
Thomas leitete irgend etwas, was er sagen wollte — was eigentlich, wußte er selber nicht genau — mit einer unbehofenen Gebärde ein, aber Annemarie nahm vor ihm das Wort:  
„Ach laß nur! Im Grunde hat sie ja recht, obchon... Von ihrem Standpunkt haben sie ja alle recht...“ Sie schweig einen Augenblick sinnend, dann fuhr sie in andern Tone fort: „Es ist ja auch einerlei, ich hab mir auch nie so besondere Mühe gegeben, den Leuten eine andere Meinung von mir beizubringen... Nur dir gegenüber; aber... Du kannst mir wirklich glauben; so wie ich mit dir gesprochen habe... Es ist sonst gar nicht meine Art...“  
„Tut es dir leid?“ fragte er ein wenig erstaunt.  
„N-ein... Ja! Ich weiß nicht... Man hat manchmal das Bedürfnis, sich mitzuteilen... Es ist ja auch einerlei.“  
Thomas sah sie mit einem forschenden Blick an und wußte nichts darauf zu sagen. Sie setzte sich in eine Ecke des Divans, hinter den runden Tisch, stützte ihr Kinn in die Hand und starrte in die leise lodende Flamme der Lampe...  
„Sag mal, Thomas,“ fragte sie dann plötzlich, „warum...? Warum wollest du, daß ich Papa nicht gleich heute Bescheid sagen sollte?“  
Er wand seinen Hals unbehaglich im Kragen und antwortete erst nach einigen Augenblicken, mit gleichsam tastender Stimme:  
„Es hat ja Zeit... So wichtige Entscheidungen darf man auch nicht übers Knie brechen...“



# Tageskalender.

Der Hochverratsprozess gegen den Genossen Dr. Karl Liebknecht findet am 9. Oktober vor dem Reichsgericht in Leipzig statt.

Die Deutsche Arme- und Kolonialausstellung in Berlin hat heute gemacht.

Bei einer Gefechtsübung des 56. Infanterieregiments brachen zwei Kompanien bis auf dreißig Mann erschöpft zusammen.

Die Lohnbewegung in der badischen Anilinfabrik wurde abgebrochen.

## Die deutsche Kolonialpolitik.

Leipzig, 10. September.

Die Resolution des Stuttgarter Kongresses über die Kolonialpolitik und noch genauer die Stellung der deutschen Delegation zu dieser Frage hat in der deutschen Partei einen unerfreulichen Nachhall gefunden. Wir denken dabei nicht allein an die ebenso heftigen wie unberechtigten Angriffe, die Genosse Richard Fischer in einer Berliner Parteiverammlung gegen die Redaktion des Vorwärts gerichtet hat; auch der Leipziger Volkszeitung ist es vom Genossen David als „unerhörte Unverschämtheit“ angekreidet worden — oder wie diese zarten Ausdrücke sonst noch lauten, die von den berufenen Anstandswächtern der Partei als ihr berechtigtes Monopol betrachtet werden —, daß sie ihre Genehmigung über die Resolution des Stuttgarter Kongresses kundgegeben hat. Es ist bei dieser Gelegenheit wieder der große Frachtwagen von angeblichen Schandtaten des „Radikalismus“ abgefahren worden, daß er jede abweichende Ansicht als Parteiverrat denunziere, daß er von pfäffischer Intoleranz befeuert sei und so weiter. Wir kennen die Weise, wir kennen den Text, wir kennen auch die Verfasser.

Von alledem ist tatsächlich nichts richtig. Weder der Vorwärts noch die Leipziger Volkszeitung noch sonst jemand hat den deutschen Gegnern der Stuttgarter Resolution auch nur entfernt etwas wie einen Parteiverrat vorgeworfen, der mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden müsse. Niemand hat den Genossen Bernstein und David ihre Ansicht über Kolonialpolitik in irgendwelcher Weise zum sittlichen Vorwurf gemacht. Jeder Versuch dieser Art wäre ja auch so töricht, daß er in sich selbst zusammenbrechen müßte, ehe überhaupt der Hornruf der Zionswächter über ihn erschallen könnte. Wenn Genosse Bernstein behauptet, aus der Konsequenz der Kolonialpolitik, wie sie von der Partei bisher vertreten worden ist, ergebe sich, daß Amerika den Indianern zurückgegeben werden müsse, so denken wir nicht daran, den Genossen Bernstein deshalb auf den Scheiterhaufen zu schleppen, oder auch nur wegen Hochverrats vor das Parteigericht zu stellen, sondern begnügen uns mit der Feststellung, die er ja nur als schmeichelfastes Zeugnis empfinden wird, daß er nun eine zehnjährige Arbeit gekrönt und endlich den letzten Rest historisch-materialistischen Denkens abgestreift hat. Am wenigsten der Genosse Bernstein, der sich gern damit beschäftigt, anderen Genossen die Fähigkeit des wissenschaftlichen Denkens abzuerkennen und der eben wegen Mangels an dieser Fähigkeit ein fürchterliches Gericht mit den Lehrern der Parteischule gehalten hat, wird darin einen Mangel an guter, geschweige denn einen lieberstuf an schlechter Sitte entdecken.

Jegendein Grund zu der Aufregung, womit diese Frage von mancher Seite traktiert wird, so namentlich von dem Genossen Richard Fischer, ist schlechterdings nicht zu erkennen. Wir widersprechen den Ansichten, die einzelne Genossen über die Kolonialpolitik geäußert haben, weil wir sie für irrig halten, und wer uns das verbieten will, macht sich selbst der größten Intoleranz schuldig. Dies erachtete Wesen ist um so unverständlicher, als es sich gar nicht einmal um eine Frage von praktischer Wichtigkeit handelt, denn der Genosse David hat ausdrücklich erklärt — und diese Erklärung wird auch für den Genossen Bernstein und überhaupt für die Mehrheit der deutschen Delegation gelten —, daß er nicht daran denke, die kapitalistische Kolonialpolitik minder scharf zu bekämpfen, weil er über Kolonialpolitik im allgemeinen andre Ansichten habe, als sie bisher von der Partei und bis vor kurzem

sonst ganz ohne Widerspruch aus ihren Reihen vertreten worden sind. Freilich auf die Dauer müßte die nach unserer Ansicht grundverkehrte Auffassung der Kolonialpolitik, wie sie namentlich von dem Genossen Bernstein vertreten wird, auch ihre praktischen Konsequenzen haben, aber um so mehr ist geboten, sie, solange sie diese Konsequenzen noch nicht hat und in aller Ruhe diskutiert werden kann, auch ohne alles aufgeregte Gebaren zu diskutieren.

Auf den ersten Blick erscheint der Satz, um den sich der Streit dreht, der Satz, daß die Kolonialpolitik nicht prinzipiell zu verwerfen sei, da sie unter sozialistischem Regime ein Gebot der Zivilisation sein könne, recht harmlos, und der Widerspruch dagegen als die reine Wortklauberei. In der Tat aber ist er ein Produkt jener völlig unhistorischen Denkweise, die glücklicherweise überwunden zu haben ein Anknüpfungspunkt der Partei und eine Hauptquelle ihrer Kraft ist. Man wende den Satz einmal auf den Militarismus an, und man wird ihn sofort in seiner völligen Hinfälligkeit erkennen. Die Möglichkeit, historisch rückständige Massen zur Zivilisation zu erziehen, liegt für die sozialistische Gesellschaft so nahe und so fern, wie die Möglichkeit, von historisch rückständigen Massen gewaltsam angegriffen zu werden. Was würde man nun zu einer Resolution gegen den Militarismus sagen, die mit der Erklärung eingeleitet würde, die Sozialdemokratie könne den Militarismus nicht prinzipiell verwerfen, da er unter sozialistischem Regime zur Erhaltung der menschlichen Kultur und Zivilisation notwendig werden könne. In diesem Falle springt der Widerspruch deshalb sofort in die Augen, weil der Begriff des Militarismus schon im Wortlaute scharfer ausgeprägt ist, als der Begriff der Kolonialpolitik, aber in der Sache ist es genau derselbe Widerspruch, wenn gesagt wird, daß wir die Kolonialpolitik nicht prinzipiell verwerfen, weil sie unter einem sozialistischen Regime zivilisatorische Wirkungen haben könne.

Die Kolonialpolitik ist eine bestimmte historische Erscheinung der kapitalistischen Produktionsweise, die als solche bestimmt und scharf begriffen werden muß, wenn man nicht einer hoffnungslosen Verwirrung Tür und Tor öffnen will. Sie hat selbst in der kapitalistischen Entwicklung die verschiedensten Phasen durchgemacht; die Kolonialpolitik des kapitalistischen Absolutismus im sechzehnten Jahrhundert war eine andere, wie die Kolonialpolitik des bürgerlichen Handelskapitals im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert, und diese unterschied sich wieder von der Kolonialpolitik des neunzehnten Jahrhunderts. Die heutige Kolonialpolitik unterscheidet sich aber von allen früheren Phasen der kapitalistischen Kolonialpolitik dadurch, daß sie nicht mehr in irgend welcher Weise als ein Hebel, sondern nur noch als ein Hemmnis der kapitalistischen Entwicklung angesehen werden kann. Sie muß am schärfsten von denen verurteilt werden, die so sehr darauf pochen, daß der Kapitalismus sich ausleben müsse.

Sie ist reaktionär nicht nur vom sozialistischen, sondern auch vom kapitalistischen Standpunkt aus, und wenn sie von der Arbeiterklasse, der sie jede Möglichkeit eines historischen Fortschritts zu sperren sucht, bis aufs Messer bekämpft werden muß, so hat die Arbeiterklasse nicht den geringsten Anlaß, diese mit dem Blute und dem Tuche der Millionen beudelten Namen hinüberzuschleppen in die sozialistische Gesellschaft, deren etwaige zivilisatorische Erziehung rückständiger Massen sich von der heutigen Kolonialpolitik unterscheiden wird, wie der Tag von der Nacht.

## Soziale Rundschau.

av. Wer verteuert die Wohnungsmieten? Die diversen Banken und Versicherungsgesellschaften teilen zurzeit den größten Grundbesitzern mit, daß sie infolge des neueren Geldstandes nur dann ersichtliche Grundbesitzbeschlüssen über die laufende Vertragszeit würden fortbestehen lassen, wenn die Grundbesitzer mit einer Erhöhung des Zinsfußes auf 5 Prozent einverstanden seien und einer solchen auf zehnjährige Vertragsdauer zustimmten. In Voraussicht auf eine Reihe der größten Grundbesitzer von den Hypothekenerbehaltern, den auswärtigen Banken und Gesellschaften dieses Minimum wenigstens gestellt worden, und es darf zweifellos erscheinen, daß in anderen Städten ebenso verfahren wird. Bisher waren die ersten Hypotheken massenhaft zu 3, 3½ und nur im ungünstigsten Falle zu 4 Prozent erhältlich. Die Banken und Versicherungsgesellschaften betreiben also eine ganz erhebliche Erhöhung des Zinsfußes. Anders ausgedrückt, heißt das nichts weiter, als die Wohnhäuser und Wohnungen werden ganz erheblich verteuert werden. Hierzu ein Beispiel. Niemand ist bisher eines Hauses mit acht Wohnungen, das mit 35 000 Mark Hypotheken belastet

ist. Wir wollen gar nicht mit zweiten und dritten Hypotheken rechnen. Er zahlt jetzt im ungünstigsten Falle 4 Prozent Zinsen, soll für die Folge aber 1 Prozent mehr, also 5 Prozent zahlen. Für den Hauswirt ist nun eine Mehraufbringung von 350 Mark Zinsen jährlich notwendig, die er selbst natürlich nicht aus seiner Tasche zahlen wird, zum Teil auch nicht kann. Er wird sie als Mieterhöhung auf die Wohnungen aufschlagen, so daß die durchschnittliche Erhöhung der Miete einer Wohnung 44 Mark pro Jahr betragen wird. Das ist die kapitalistische Ausbeutung der kleinen durch die Großen, durch die Spekulant. Oberflächlich Urteilende behaupten stets, daß die rapide Steigerung der Wohnungsmieten eine Folge der gesteigerten Löhne der Bauhandwerker und Arbeiter sei. Mit wie wenig Verständnis diese Leute urteilen, möge folgende Rechnung ausweisen, die zumgunsten der Arbeiter ausgemacht, etwa folgendes ergibt:

Ein solches Wohnhaus mit acht Wohnungen, von dem wir vorher sprachen, wird von höchstensfalls 20 Mauern und Bauarbeitern (12 Maurer, 8 Bauarbeiter) in zehn Wochen Bauzeit vollständig fertiggestellt. Rechnen wir eine Erhöhung des Stundenlohnes um 10 Pfg., so ergibt das einen Mehraufwand an Kapital für den Arbeiter, Maurer und Tagelöhner von 1 Mark, für sämtliche Maurer und Bauarbeiter pro Woche von 120 Mark und für die ganze Bauzeit von 1200 Mark. Die Erhöhung der Zimmermanns- und sonstigen Löhne hinzugerechnet, würde einen Gesamtkapitalaufwand von 1700 Mark nötig machen, was aber für den von uns in Betracht gezogenen Bau zweifellos zu hoch gegriffen ist. Die Verzinsung dieser Summe beträgt höchstensfalls 85 Mark, auf die Wohnung umgerechnet 10,50 Mark.

Der Kapitalist verteuert mit einem Heberstrich die Wohnung um 44 Mark, die Arbeiter in ihrer Gesamtheit bei der 10-Pfg.-Lohnerhöhung pro Stunde aber nur um 10,50 Mark. Dabei haben die Arbeiter fast immer erst äußerst heftige Kämpfe, um jeden Pfennig der so äußerst dringend nötigen Lohnerhöhung zu führen.

Sie sehen den Mehrerlös aus ihrer Arbeitskraft auch wieder in Waren um. Ihr Lohn kommt also insbesondere der Geschäftswelt zugute, während der Kapitalist Summen auf Summen in seinem Privatvermögen aufgehäuft und das Geld bestenfalls zu anderweitigen Spekulationen verwendet. Als Konsument, den Geschäftsleuten gegenüber, wird er dadurch jedoch nicht aufnahmefähiger.

Das Grundstück selbst muß durch das Diktum der Kapitalisten um 7000 Mark Kapitalwert höher verzinst werden, durch die gedachte Lohnerhöhung der ganzen, an einem Bau beschäftigten Arbeiter nur um 1700 Mark. Dabei darf man sich natürlich nicht der Hoffnung hingeben, daß die Kapitalisten davon denken, so bald eine Herabminderung des Zinsfußes für die Hypotheken eintreten zu lassen, denn sie wollen ja erste Hypotheken nur noch unter der Bedingung mit 5 Prozent verleihen, wenn sich die Hausbesitzer auf 10 Jahre zur Zahlung dieses Zinses verpflichten. Zweite und dritte Hypotheken werden dann selbstverständlich in mindestens dem gleichen Maße in der Verzinsung gesteigert, wie die ersten. Das sind recht trübe Aussichten für die kleinen Hausbesitzer und insbesondere für die Mieter, für die Arbeiter. So wirtschaftet der Kapitalismus, der auch auf dem Gebiete des Wohnungswesens sein räuberisches Wesen treibt. Er ist es, der Grundstückspekulant, der die Mieten in die Höhe schnellen läßt, ohne daß es für den oberflächlich Beobachtenden sichtbar wird. Daher wird man auch für die Folge das dumme Geschwafel hören, daß die erhöhten Löhne der Arbeiter schuld an der Verteuerung der Wohnungsmieten sei.

Für die Gemeinden entsteht aber angehts des neuen drohenden Anstieges der Grundstückspreisen, der Banken und Versicherungsgesellschaften um so mehr die Pflicht, selbst Wohnhäuser zu bauen, selbst Grund und Boden in genügender Menge anzukaufen, um die geplante Ausbeutung des arbeitenden Volkes, auf die es ganz besonders wieder abgesehen ist, soviel wie möglich zu mildern. Denn Mosch Kapitalismus kennt nur ein Gebot: Verzehret! Endlich!

gt. Das leichtfertige Umgehen mit Arbeiterleben ist besonders im Baugewerbe sehr in Schwung. Die milde Behandlung, die den nur auf ihren Profit bedachten und jede Rücksicht auf Leben und Gesundheit der Arbeiter außer Acht lassenden Bauherren zuteil wird, ist nicht geeignet, sie zu etwas mehr Rücksichtnahme zu erziehen. In Nürnberg wurde vor einiger Zeit beim Gebäullegen an einem Neubau ein am Aufzug beschäftigter Arbeiter zum Strümpel geschlagen, so daß er mindestens auf Jahre hinaus vollständig arbeitsunfähig ist. Der Unfall wurde dadurch herbeigeführt, daß der Aufzug zu nahe am Bau stand, wodurch sich der Balken vom Seil löste. Der Zimmermeister Galster, der wegen gefährlicher Körperverletzung angeklagt wurde, erhielt vom Schöffengericht 200 Mark Geldstrafe. Das Landgericht sprach ihn aber auf seine Berufung hin frei, obwohl festgestellt wurde, daß der Baukontrolleur die Befestigung des gefährlichen Zustandes vergeblich verlangt hatte, und der Sachverständige der Baupolizei erklärte, daß Galster die Schuld an dem Unfall trage. Das Gericht glaubte einem Kollegen des Angeklagten mehr, der als „Sachverständiger“ die Schuld des Galster bestritt, aber etwas unvorsichtig die Lage aus dem Saal ließ, indem er meinte, je weiter ein Kran vom Bau entfernt sei, desto mehr Kraft sei zum Aufziehen nötig! Die Rücksicht auf Menschenleben muß eben hinter dem Unternehmergeprofit zurückstehen.

„Ja, aber... Und... Und hast du denn nicht das Gefühl, daß du... Daß ich dadurch gewissermaßen... Daß Papa dadurch in seiner Meinung bestärkt werden mußte?“

„Was für eine Meinung?“ fragte er, obgleich er sie sofort verstand.

„Ja... Daß hier zwischen uns Beziehungen beständen, die... Die in Wirklichkeit nicht bestehen...“

„Annemarie, verzieh mir,“ bat er, „daran... Ich hab wirklich nicht daran gedacht!“

„Das weiß ich ja, Thomas. Und schließlich... Es ist ja auch einerlei.“ — Thomas war in den Schatten getreten und wendete dort noch den Kopf von ihr weg.

„Ja, aber gerade Amerika...“ stammelte er, um das Gespräch abzulenken.

„Amerika oder sonst wo... Ich nehme Papas Angebot für meine Person an.“

„Ja, aber Amerika...“ sagte er noch einmal und trat zu ihr hin und legte seine Hand, ohne dessen benutzt zu werden, auf ihren Arm. Sie ergriff diese Hand mit leichtem Druck und ließ sie dann fallen.

„Ja, kannst du denn englisch?“ rief er plötzlich aus seiner Verlegenheit heraus.

„Leider nur wenig, aber... Für die erste Zeit ist ja gesorgt, und ich lerne schon. Ach, ich werd schon etwas finden. Und wenn ich Dienstmädchen werden müßte...“

„Was sind das für romantische Ideen, Annemarie!“ jagte er und ertappte seine Hand, wie sie sich schon wieder auf ihren Arm legen wollte. Er freuzte die Arme hastig über der Brust. Ein unklarer, weicher Drang war in ihm, noch allerlei zu sagen, aber er schwieg. Auch sie blühte stumm in die Flamme. — Da wendete er sich schnell auf dem Absatz um und ging ein paarmal im Zimmer auf und nieder. Endlich machte er am Tisch Halt und ergriff die Hände, die der Stuhl vor ihm hatte liegen lassen. Er schlug

den einen auf und schaute hinein. In möglichst leisem Tone sagte er dann:

„Ach ja, ich bin ja erblicher Ehrenbürger! Daran hatte ich wirklich lange nicht gedacht. — Großartig ist er schon in seiner Art, dein Vater. Er bringt gleich die Pässe mit! Er zweifelt gar nicht daran, daß er erreicht, was er will.“

— Eigentlich sind solche Menschen doch glücklich...“

„Ich weiß nicht...“ sagte Annemarie nachdenklich.

„Er sieht überhaupt keine Hindernisse. Als ob er Schenkklappen anhäute... Na ja, das gehört wohl dazu, damit einer den Mut hat, für andre Leute Schicksal zu spielen...“ So war Thomas denn auf dem Punkt angelangt, um den sie beide die ganze Zeit herumgegangen waren. Annemarie nickte leise und stieß einen Seufzer hervor. Er trat wieder zu ihr und stützte die Hände auf die Armlehne des Divans.

„Annemarie!“ flüsterte er in gleichem, singendem Tone. „So hat er für uns Schicksal gespielt. — Wie anders hätte alles kommen können...“

Sie wand sich leise auf ihrem Plage und erwiderte matt:

„Ach ja... Was hats für einen Zweck, darüber nachzudenken!“

Da riß es sich auf einmal aus ihm los:

„Annemarie!“ Er faßte ihre Hand mit seinen beiden Händen und sank zu ihren Füßen hin. Sein Gesicht betete er auf ihre Knie und schlang seine Arme um ihren Leib. „Annemarie!“

Sie sah wie versteinert; ihre Augen starrten, ohne zu sehen, geradeaus und füllten sich langsam mit Tränen. Sacht legte sie ihre Hand auf seinen Kopf, und ihre Finger begannen hastig in seinem Haar zu spielen. Er ergriff diese Hand und begann sie mit Küßchen zu bedecken.

„Annemarie!“ flüsterte er dabei immer wieder mit

Auf einmal ging ein schiefes Lächeln über ihr Gesicht. Sie drängte Thomas von sich fort, heftig beinahe. Dann stand sie auf, trat mitten ins Zimmer, tupfte sich mit dem Taschentuche die Tränen fort, schüttelte ihren Rock zurecht und glättete sich die Haare.

„Annemarie!“ stammelte er leise, in bittendem und erstarrtem Tone.

„Nein!“ sagte sie mit einem kühl ironischen Blick auf ihn; aber in ihrer Stimme klang ein Schmerz mit: „Nein, du täuschst dich doch in mir.“

„Annemarie, wie kannst du nur so...!“

„Ich sag dir ja, du täuschst dich in mir.“

Ein Klappern von Gläsern und Tellern kündete Lenens Eintritt an. Thomas warf Annemarie einen gekränkten Blick zu und ging an den Ofen, wo er so tat, als wärme er sich die Hände. Annemarie stellte sich an die Balkontür und blickte ins Dunkel hinaus.

Leno setzte das Teetisch mit dem Geschirr auf einen Stuhl. Ihr Gesicht war rot und geschwollen vom Weinen. Schlichtern trat sie auf Annemarie zu und sagte:

„Frau Annemarie, sein Sie nicht besse auf mir. Ich hab dumm gemacht. Ich hätt schon vernünftiger auch sein können, alte Person! Wenn man grade klug sein will und will recht gut machen, denn zeigt einem lieber Gott, wie dumm man ist. Sein Sie nicht traurig, Frau Annemarie, ich kann mich anhalten, wenn ich schuld bin!“ Sie ergriff Annemaries Arm und küßte den Nerven. Der aber war es, als spräche Leno von einer längst vergessenen Sache; und sie erwiderte müde:

„Lassen Sie nur gut sein, Leno! Es ist ja nichts dabei.“

„Sehn Sie, Frau Annemarie, was gehn uns die Leute an! Ich bin ja so dumm! Wenn lieber Gott will, wird schon alles gut gehn. Ich will auch beten, Frau Annemarie. Wenn lieber Gott und jemollt hätte, daß Sie bei



**Ausländer in Deutschland.** Mit weitere Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 werden in dem dritten Vierteljahrsbericht zur „Statistik des Deutschen Reichs“ 1907 Nachweise über die Staatsangehörigkeit der Bevölkerung des Deutschen Reichs veröffentlicht. Hiernach waren von den 60641278 ortsaufweisenden Personen 59610462 Reichsangehörige, 1028560 (16,96 v. H.) Reichsausländer, und zwar 599320 männliche und 429240 weibliche sowie 2256 Personen, deren Staatsangehörigkeit nicht ermittelt ist. Der Anteil der Ausländer an der gesamten Bevölkerung ist seit dem Jahre 1900 von 13,81 v. H. auf 16,96 v. H. gestiegen, also durchschnittlich jährlich um 4,2 v. H. gegen 3,2 v. H. im Zeitraum 1896 bis 1900.

Das größte Kontingent der Fremden stellt Oesterreich-Ungarn mit 51,12 v. H. aller Reichsausländer. Erst im weiten Abstand folgen Russland mit 10,37 v. H., die Niederlande mit 9,82 v. H., Italien mit 9,54 v. H. und die Schweiz mit 6,12 v. H. Diese fünf Staaten liefern zusammen 71,78 v. H. der gesamten Zahl der Reichsausländer. Im letzten Jahr sind von allen Ausländern die Russen verhältnismäßig die stärkste Zunahme auf. Ihre Zahl ist von 46971 auf 106639, also um 59668 oder 127 v. H. gewachsen. Erheblich war auch die Zunahme der Angehörigen Oesterreich-Ungarns, deren Zahl von 390914 auf 526821, d. h. um 134907 oder 34 1/2 v. H. wuchs, sowie die Zunahme der Italiener, deren Zahl sich von 69760 auf 98165, d. h. um 28405 oder 41 v. H. erhöhte. Von den Staaten und Landesstellen haben im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl die meisten Ausländer: Estland 77481, Königreich Sachsen 161534, Bremen 8772, Hamburg 22855, Berlin 48879, Rheinland 151557, Baden 41428, Schleswig-Holstein 30863 und Bayern rechts des Rheins 113602.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Unternehmerterrorismus.

Während Tag für Tag die Unternehmerpresse ein lautes Geheul über den angeblichen Terrorismus sozialdemokratischer Arbeiter anstimmt, sind es gerade die Unternehmer, die in Wahrheit oft ein Schreckensregiment führen und den Arbeitern die Pistole des Hungers auf die Brust setzen, wenn sie sich ihrer staatsbürgerlichen Rechte bedienen wollen. Auf der Grube Georg Friedrich in der Nähe von Goslar, einem Zweigbetriebe der wegen ihrer hohen Dividenden (bis 70 Proz.) in Kapitalistenkreisen hoch angesehenen Nieder-Sülze, der zwölfstündige Arbeitsschicht und Tagelöhne von 1.40 bis 2.50 Mk. harmonisch vereint, hatten mehrere Arbeiter von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch gemacht und sich dem Bergarbeiterverbande angeschlossen. Die Grubenverwaltung bekam Wind und dekretierte:

#### Bekanntmachung.

„Wie der Gesellschaft bekannt sein wird, haben sich verschiedene Grubenarbeiter einem Arbeiterverbande angeschlossen. Ich habe hier von der Direktion der Zister Hütte Mitteilung gemacht und die Nachricht erhalten, daß ich jeden Arbeiter, der einem sozialdemokratischen Verbände als Mitglied angehört und seinen Austritt aus diesem Verbände innerhalb acht Tagen nicht vollzogen hat, sofort kündigen soll. Ich fordere hiermit jeden Grubenarbeiter auf, mir Mitteilung innerhalb dieser Woche zu machen, daß derselbe dem Verbände nicht angehört oder aus demselben ausgetreten ist. Wer glaubt, dieses nicht tun zu können, muß am 31. August 1907 die Werkstätte verlassen.“

Grube Georg Friedrich, den 10. August 1907

Betriebsführer: Wegand.“

Neun Arbeiter, die treu zum Verbände hielten, wurden entlassen. Diese brutale Niedertrüppelung des den Arbeitern gesetzlich gewährtesten Rechtes ist die beste Antwort auf die Lobrede, die der Stadtdirektor von Hannover anlässlich der jüngsten Kaiserfeste über den sozialpolitischen Eifer der Industriellen anstimmte, von denen er behauptete, daß sie den „großen sozialpolitischen Forderungen der Gegenwart gerecht zu werden suchten“. Der sozialpolitische Reformeifer ist in Wirklichkeit nichts anderes als brutale Unterdrückungspolitik.

**Lohnbewegung der Kistenbauer.** In einer gestern abend abgehaltenen stark besuchten Versammlung der Kistenbauer erstattete der Bevollmächtigte Kollege Gerde Bericht über die mit den Unternehmern gepflogenen Verhandlungen. Er führte aus, daß der Widerspruch der Unternehmer sich in der Hauptsache gegen die Einführung des neuen Tarifes und die Verkürzung der Arbeitszeit in Verbindung mit der Festlegung von Minimallöhnen gerichtet habe. Nach beinahe ständiger Verhandlung haben sich die Unternehmer zu folgenden Zugeständnissen bereit erklärt: 1. Einführung der 57stündigen Arbeitszeit. 2. Der Mindestlohn für Kistenbauer von 43 resp. 50 Pfg. wurde anerkannt. 3. Der Mindestlohn für Maschinenarbeiter von 47 Pfg. wird genehmigt. Für die durch Alter, Unfall oder Invalidität minder leistungsfähigen Arbeiter

uns kommen sollen, dann hätte er Ihnen nicht herkommen lassen. — Un ich hab ja glaubt... Un so dum! Und Herr Staatsrat ist doch gegen mir auch immer so besse gewesen... Aber ich...! Sein Sie nich besse auf mir, Frau Annemarie, und Sie auch nich, Herr Thomas... Un wenn die andern kommen, is die Lene auch noch da... Wir halten zusammen, und was kann Herr Staatsrat machen! Was kann da sein! Was jehen uns die Leute an! — Un Sparjeln hab ich auch jehodt!“ verkündete Lene triumphierend als Schlusseffekt, als böte sie damit der ganzen Welt Trost.

Annemarie mußte unwillkürlich aufhören, und Lene fing auch zu lachen an.

„Wenn Frau Annemarie lacht, is schon gut,“ sagte sie. „Und jeh ich heraufher und mach die Läden zu. Kennen Sie zuschrauben, Herr Thomas?“

Thomas ging von Fenster zu Fenster und schraubte die Läden zu, die Lene von außen andrückte. Die ausgeschnittenen Herzen standen kohlschwarz auf den gelben Brettern. Und wie so ein Fenster nach dem andern verbarrikadiert wurde, war es den beiden, als richte sich eine Mauer hinter der andern auf, zwischen ihnen und der Welt da draußen, als schließe sich ihr Schicksal mit ihnen ein in eine tiefe, schwüle, süße, unentrinnbare Einsamkeit...

Aber sie gingen und sprachen mit gehobener Mundheit aneinander und an ihrem Schicksal vorbei. Jahre waren weggewischt aus ihrem Leben; wie mit zwanzig waren sie wieder und gefielen sich in der koketten Selbstqualerei, in dem hoffenden Schmollen sehr junger Liebessknechte. Und ihr Schicksal stand mit einem rätselhaft ruhigen Lächeln und stillen, zwingenden Augen aufrecht in einer Ecke des Zimmers und rührte sich nicht. Hatte es diese beiden Menschen doch hinter zehnfache Mauern verschlossen, um die noch die Nachtunablässig ihre heimlichen Nebe wab...

(Fortsetzung folgt.)

bleibt er der freien Vereinbarung überlassen. 4. Für Lehner beträgt der Mindestlohn 43 Pfg. pro Stunde. Auf alle Löhne, die bisher unter 43 Pfg. betragen, wird auf die bestehenden Löhne ein Zuschlag von 4 bis 5 Pfg. gewährt. 5. Für Kistenbauer wird auf alle Löhne von 40 bis 47 Pfg. ein Zuschlag von 3 Pfg. gewährt. 6. Für Maschinenarbeiter, die 44 Pfg. und mehr beziehen, wird ein Zuschlag von 3 Pfg. für diejenigen, die zurzeit 50 Pfg. und mehr beziehen, von 2 Pfg. gewährt. Eine Erhöhung des Zuschlages für Ueberstunden wurde von den Unternehmern abgelehnt, ebenso die Freitagslohnzahlung, jedoch soll das, was die Möglichkeit vorliegt, die Einführung empfohlen werden. Die Unternehmer erklärten sich weiter bereit, auf den bestehenden Tarif einen Zuschlag von 5 Prozent erfolgen zu lassen. Der Tarif soll auf die Zeitdauer von 3 bis 5 Jahren abgeschlossen werden. Nach sehr lebhafter Diskussion beschloßen die Kistenbauer an dem eingereichten Tarif sowie auch an den geforderten Lohnzuschlägen und Ueberstundenprozenten festzuhalten. Der Antrag der Leitung, die Verhandlungen am Dienstag mit den Unternehmern, nachdem sie hierzu ihre Bereitwilligkeit erklärt haben, fortzusetzen, wurde angenommen. Ueber das Ergebnis der weiteren Verhandlungen soll heute abend in einer erneuten Versammlung Bericht erstattet werden.

**Zur Lohnbewegung der Metallbrüder.** In einer am 9. September im Volkshaus abgehaltenen Versammlung der Metallbrüder in Leipzig erstattete Kollege Fromm Bericht über die Lohnbewegung. Aus dem Bericht entnehmen wir, daß die Forderungen im wesentlichen folgende sind: Für Gehilfen bis 1 Jahr nach beendeter Lehrzeit beträgt der Mindestlohn 46 Pfg., bis zum 21. Jahre 50 Pfg. und für alle über 21 Jahre alten Gehilfen 55 Pfg. pro Stunde. Da die meisten Metallbrüder im Akkord arbeiten, ist der geforderte Mindestlohn zu garantieren oder die Akkordpreise müssen in entsprechender Weise ausgedehnt werden. Für die Gehilfen, die den geforderten Lohn schon haben, wird ein Zuschlag von 5 Prozent gewährt. Ueberstunden werden mit 15 Pfg. Zuschlag pro Stunde bezahlt. Bewilligt haben bisher 18 Firmen und arbeiten bereits 66 Brüder zu den neuen Bedingungen, während nur 6 Kollegen bei den Firmen Thörner u. Krödel vorm. Fröh Heer, Karl Graupner u. Louis Meithe im Streik stehen. Die Metallbrüder werden natürlich solange diese Betriebe meiden, bis auch da der Tarif vollständig anerkannt ist. Unsere auswärtigen Kollegen haben Leipzig als weiteres zu meiden; aller Zugang von Metallbrüdern ist streng fernzuhalten.

**Der Streik in der Mühle Knautzseeberg.** Herr Fester macht verzweifelte Anstrengungen, um gekerkerte Mühlen von auswärtig heranzuziehen, bis jetzt ohne Erfolg. Nur ein ehemaliger Bäcker und zwei Gefährten haben sich gefunden und suchen im Gemeinwohl mit den siebenangeleiteten Mäulern den Betrieb aufrechtzuerhalten. Damit die Arbeitswilligen nicht mit der übrigen Arbeiterchaft in Verührung kommen, müssen sie in einer alten Sackammer kampieren. Meistlich sieht sich die Besörde einmal diese „Sackammer“ daraufhin an, ob sie auch den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

Herr Fester kann sich immer noch nicht dazu verstehen, in Verhandlungen über die strittigen Punkte einzutreten, trotzdem eine ganze Anzahl Konsumvereine Abnehmer seiner Produkte sind. Weitere Aufklärung über den Streik erfolgt in der morgigen abend im Gasthof Weibes Hof in Knautzseeberg stattfindenden Versammlung. Zugang ist nach wie vor streng fernzuhalten.

#### Die Streikleitung.

**Achtung, Zementarbeiter!** Den Kollegen zur Kenntnis, daß die Sperre über die Firma Wolter u. Co. (Zah. Bohnagen), Neußere Bayerische Straße, immer noch besteht, da die Kollegen ihren Lohn immer noch nicht erhalten haben. Auskunft erteilt das Bureau des Fabrikarbeiter (Volkshaus).

**Eine große Knappschaftsältesten-Konferenz** für das Ruhrrevier tagte Sonntag in Essen. Circa 200 Ältesten, dem Bergarbeiterverbande angehörend, hatten sich eingefunden, um Stellung zu nehmen zum neuen Knappschaftstatut und zu dem Plan eines zu gründenden Knappschafts-Rückversicherungsverbandes für Preußen. Die Knappschaftsvereine in Preußen sind nämlich gehalten, ihre Statuten der durch das preussische Dreiklassenparlament verfaßten Novelle zu Titel 7 des Vergleches anzupassen. Und dabei zeigte es sich wieder, wie sehr die Vergleiche die Betroffenen sind. Einigen Verbesserungen stehen viermal soviel Verschlechterungen gegenüber. Schon oft waren gerade die Verhältnisse in den Knappschaftsvereinen die Ursachen zu schweren Konflikten, doch haben hieraus weder die Regierung, noch die bürgerlichen Parteien, noch auch die Unternehmer ihre Lehren gezogen. Man spielt in unverantwortlicher Weise weiter mit dem Feuer. In der Versammlung wurde bekannt, daß der Vertreter des Verbandes im Sängungs-ausschuß in aller Form terrorisiert worden ist. Er hat im Interesse der Bergarbeiter Anträge gestellt, die aber gar nicht zur Verhandlung gestellt wurden. Von den Werkverretern in trauriger Gemeinlichkeit mit christlichen Heiligen wurden sie einfach niedergestimmt. Die Werkverreter zeigen auch nicht den geringsten guten Willen, sich mit den Arbeitern zu verständigen, sie erklären einfach, sie hätten ihr lehtes Wort gesprochen. Wahrscheinlich würden aber die Vergleiche reden; jedenfalls werden sie sich von den Unternehmern kein Statut aufkotzen lassen. In diesem Sinne sprach sich auch der Verbändvorsitzende Genosse aus. Zu dem neuen Statut wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die den Entwurf verwirft und die Werkverreter erucht, es wenigstens bei den durch das total verkunzte Vergleiche den Arbeitern aufgezungenen Verschlechterungen zu belassen.

Darauf referierte Genosse Sachse über die geplante Gründung eines Knappschafts-Rückversicherungsverbandes für Preußen. Er erklärte, die Gründung bedeute seinen Fortschritt, sondern nur eine Stärkung der Macht des Unternehmertums. Die Arbeiter seien aus allen Verwaltungsstellen ausgeschlossen, eine Arbeitervertretung gebe es nicht. Die Unternehmer würden dagegen nach Belieben schalten und walten können. Es sei ausgeschlossen, daß dazu die Arbeiter ihre Hand bieten könnten. Er empfahl zum Schluß eine Resolution, die nach lebhafter Diskussion mit allen gegen zwei Stimmen angenommen wurde und die Ältesten verpflichtete, dem Vorstand des Bochumer Knappschaftsvereins die Vollmacht zur Gründung eines Rückversicherungsverbandes nicht zu geben, so lange die vorliegende Satzung nicht den Wünschen der Vergleiche entsprechend geändert wird.

**g. Eine Scharfmachertagung.** Die Vertreter der Deutschen Baugewerkschaften und die Delegierten des Innungsverbandes hielten in der abgelaufenen Woche in Halle ihre Verbandstag ab. Wer die Herrschaften kennt, weiß, was er von ihnen zu halten hat. Die bürgerlichen Stadtväter, die für die Arbeiter verflucht wenig übrig haben, hatten es sich nicht nehmen lassen, für den festlichen Empfang einen bedeutenden Betrag aus den Steuergrößen zu bewilligen. Man ah und traut, brachte ein Kaiserhoch aus, erinnerte an die große Entscheidungsschlacht vor 87 Jahren mit dem „Eckelind“ und ging dann, das ist durchaus logisch, dazu über, die Rechte der Arbeiter zu beschneiden. Bescheiden, wie die Innungen nun einmal sind, verlangten sie eine Abänderung der Gewerbeordnung dahingehend, den Gewerbebetrieb als Bauunternehmer begre. Bauleiter zu unterjagen. Die Besörden mußten „geschärft“ werden, ungerade aus den Steuergrößen zu legen, denn es gäbe im neuen Innereichen das Handwerk zu legen, denn es gäbe im Deutschen Reich etwa 40 000 Bauunternehmer, von denen ein großer Teil im Bauhand nicht die nötige technische und „moralische“ Vorbildung besäße. Bei Streiks, und Ausperrungen hat die Herren vielfach „moralisch einig“. Selbstverständlich wurde unter großem Beifall auch eine Resolution angenommen, nach der der Bauhandwerksnachweis eingeführt werden muß.

In der „sozialen Fürsorge“ für die Arbeiter wurde man sich in einer Resolution dahingehend einig: Da die Arbeiter die

Unfallversicherungsverordnungen nicht bewußtlich beachten, sollen alle schneidenden Verträge der Arbeiter gegen die bestehenden Vorschriften den zuständigen Stellen schnell zur Bestrafung unterbreitet werden. Dies geschieht, so sagten die Herren selbst, im Interesse der Arbeiter, die an Leben und Sicherheit geschützt werden sollen. Sollten bei dieser Heuchelei die Bauarbeiter nicht zu Gegenmaßnahmen greifen? Jedoch die Verträge der Unternehmer werden ja „von den Behörden überwacht“. Eine weitere Abänderung der Gewerbeordnung verlangten die Herren bezüglich der Befugnis zur Anweisung von Lehrlingen; dazu forderten sie den Schutz des Baumeister- und „Baugewerksmeisterlitzels“. Jeder jugendliche Arbeiter bis zum vollendeten 18. Lebensjahre soll als Lehrling gelten. Im Submissionswesen wollen sie Kurse, „in denen das Vorauszahlen auf Fachschulen geübt werden soll“, einführen. Das Vorauszahlen scheinen die Herren noch nicht gründlich zu verstehen; man ist jedenfalls im „Neberdasobchauen“ noch nicht genügend geübt, wie ein recht markanter Fall jüngst in Halle ergeben hat, bei dem einen Oberinnungsmeister im Submissionswesen vor Gericht betrügerische Manipulationen vorgeworfen wurden. Schließlich wetterte man noch heftig gegen die Streiks und dann plädierten die Scharfmacher in einer Resolution für die Einführung der Streiklausel „liberal“. Hamburg habe in dieser Beziehung „vorbildlich“ gewirkt, sagte man. Münftig soll noch mehr „vereint“ geschlossen werden. — Natürlich nahm auch ein Regierungsvertreter an der Scharfmachertagung, die für sich selbst spricht, teil.

**Eine abgebrochene Lohnbewegung.** Einen teilweise recht stürmischen Verlauf nahmen zwei Versammlungen der in der Parkbänke Kullin- und Sobafabrik in Ludwigshafen beschäftigten Arbeiter, die am Sonntagabend abgehalten wurden, während eine am darauffolgenden Sonntagmorgen für die Nachschichtarbeiter einberufene Versammlung ruhig und sachlich verlief. Die Arbeiter waren zusammenberufen worden, um zu der vor drei Wochen eingeleiteten Lohnbewegung Stellung zu nehmen. Die Referenten legten die zur freibleichen Beilegung der Bewegung unternommenen Schritte eingehend dar und kamen zu dem Schluß, daß infolge des rundweg ablehnenden Verhaltens der Firma und der für die Arbeiter unangünstigen Situation eine Vertagung der Lohnbewegung bis zum nächsten Frühjahr empfohlen werden müsse. Das Wort habe vorräde angehängt, die bei einer Stilllegung des Betriebes bis zum 1. Dezember redden würden, und außerdem sei zu berücksichtigen, daß im Herbst viele Saisonarbeiter arbeitslos würden, die die Plätze der Streikenden sofort besetzen würden. Die Vertagung könne unter diesen Umständen die Verantwortung für einen Streik, der viele tausend Arbeiter umfassen würde, nicht übernehmen, zumal die Organisation auch noch nicht allen Anforderungen gewachsen sei. Die von der Direktion angebotene Lohn-erhöhung von 7 Prozent, die gewährt werden soll, wenn die Arbeiter auf die Wohlfahrtsleistungen der Fabrik verzichten, müsse abgelehnt werden, da gar nicht zu übersehen sei, ob die Annahme nicht eine Verschlechterung der gegenwärtigen Position bedeute.

Ueber diesen Vorschlag war die Arbeiterschaft sehr erregt. Es wurden der Organisationsleitung schwere Vorwürfe gemacht und die Genehmigung zum Streik verlangt. Da dies aber strikt abgelehnt wurde, gingen die Versammelten auseinander, ohne einen Beschluß zu fassen. Genosse Brey, der Vorsitzende des Fabrikarbeiterverbandes, erklärte, sich lieber in Stille redden lassen zu wollen, ehe er seine Genehmigung zur Fortsetzung der Bewegung gebe.

Bei ruhiger Betrachtung der Bewegung kann man sich den Eindruck nicht erwehren, daß bei ihrer Einleitung nicht mit der nötigen Vorsicht verfahren wurde. Die Tatsachen, die jetzt vor ergebnislosen Verhandlungen führten, mußten den Führern schon vor vier Wochen bekannt sein. Wären sie genügend gewürdigt worden, hätte der Organisation dieses Glaslo erspart werden können.

**Werkarbeiterbewegung.** Jahrelanger, außerordentlich hartnäckiger Kämpfe hat es bedurft, um die Unternehmervereine, die die deutschen Seeschiffswerften umfassen, zur Anerkennung der Gewerkschaften als berufene Interessensvertretungen der Werkarbeiter zu bewegen. Im Mai dieses Jahres fanden zum erstenmal in Hamburg Verhandlungen zwischen dem Vorstand der Gruppe deutscher Seeschiffswerften und einer Arbeiterkommission, sowie Vertretern des Metallarbeiter-, Holzarbeiter-, Schmiede-, Kupfer- und Schiffbauarbeiterverbandes statt, die die Schaffung von Normen zur Regelung der Arbeitszeit, des Ueberstundenwesens, der Lohn- und Akkordverhältnisse und des Arbeiterschutzes zum Gegenstand hatten. Auf Grund der gefaßten Beschlüsse wurden dann Spezialberatungen mit den Verwaltungen der einzelnen Werften gepflogen, die durchgängig zur Verkürzung der täglichen Arbeitszeit um eine halbe Stunde sowie zu Lohnzulagen von 1 bis 4 Pfg. pro Stunde, je nach der Höhe des bisher gezahlten Stundenlohnes, führten. Diese Regelung erstreckt sich auf sämtliche Werften in Hamburg, Kiel, Stettin, Flensburg, Tönning und der Westergemeinde.

In drei starkbesuchten Versammlungen nahmen die Arbeiter des Stettiner Vulkan am Freitag zu den Zugeständnissen ihrer Werktreue Stellung. Sie erklärten in einer einstimmig angenommenen Resolution die gebotenen Verbesserungen des Arbeitsverhältnisses anzunehmen, beauftragten aber den Arbeiterausschuß, mit der Direktion in erneute Verhandlungen über eine weitere Erhöhung der niedrigsten Löhne, die Bezahlung der Ueberstunden, der Nacht- und Akkordarbeit, sowie die Verbesserung der sanitären Einrichtungen einzutreten.

## Revolution in Rußland.

### Eine neue Kopfteuer.

Die russische Regierung fand eine neue Selbststeuer; sie legt den russischen Bürgern für verschiedene Verträge gegen administrative Verordnungen eine Geldstrafe auf, die zum Beispiel in Petersburg am 25. August 3440 Rubel ausmachte. Bei der herrschenden Geldnot ist die Summe von 3440 Rubel ganz beträchtlich.

### Der Semstwo- und Udelmarschälle-Kongreß in Moskau.

In Moskau tagen jetzt zwei Kongresse der russischen Grundbesitzer, die Kongresse der Semstwoleute und der Udelmarschälle. Der letztere tagt geheim; der Kongreß der Semstwoleute hat eine rein lokale Frage zu betradten. Doch soll er eine politische Demonstration vor den Wahlen sein, er soll den abstoßenden Eindruck des ersten Kongresses vom Juni d. J. auf die Wähler verwischen. Inwiefern es aber dem zweiten Kongresse gelingen wird, werden seine Verhandlungen beweisen.

### Russische Legalisation.

Warschau, 9. September. Heute abend wurden während einer Sitzung 84 Mitglieder des legalisierten Verbandes polnischer Kultur verhaftet.

### Verstärkte Formen der Agrarbewegung.

Bekanntlich rief das Jahr 1905 eine gewaltige Agrarbewegung hervor. Zuerst äherte sie sich in Brandstiftungen, terroristischen Ueberfällen und ähnlichen. Im Jahre 1906 dagegen nahm die Agrarbewegung vorwiegend die Form der Streiks an. Diese letzten Formen wurden aber jetzt unter der Herrschaft des weißen Terrors fast unendlich, und an ihre Stelle treten wieder Brandstiftungen usw. So werden unter dem 9. September aus dem Gouvernement Kiew fünfzig Brandstiftungen gemeldet. 130 Gebäude sind durch das Feuer zerstört worden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:  
Hilfred Steinling in Leipzig.  
Verantwortlich für den Inseratenteil:  
Friedr. Viller in Leipzig.  
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.  
Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.



# Ortsverein L.-Ost.

Dienstag, den 17. September, abends 7 1/2 Uhr

## Grosse öffentl. Versammlung

im Saale des Bergschlösschen, Neuschönfeld, Eisenbahnstraße.

Tagesordnung: 1. Kolonialpolitik. Referent: Genosse Frässdorf, Dresden. 2. Diskussion hierzu.

Der Wichtigkeit der Tagesordnung entspricht, daß die Arbeiterschaft recht zahlreich erscheint.

**Eintrittskarten** à 50 Pfg. zu dem Vortrags-Zyklus sind bei allen Vorstandsmitgliedern u. Unterkassierern zu haben.

**Theater-Karten** sind zu entnehmen bei den Genossen Otto Rothie, Singer, Wörthstr. 10, III; Aug. Böhle, Sellenhausen, Grassdorfer Straße 20, I.; Albin Hühnel, Volkmarstraße, Notalienstr. 24, pt.; Auguste Hennig, Neustadt, Kirchstr. 64, pt.; Hermann Bestner, Neuschönfeld, Kirchstr. 84, II.; Anton Bibel, Reudnitz, Täubchenweg 43b, pt.; Max Frölich, Sellenhausen, Volksgartenstr. 8, II.

Sonntag, den 15. September, **Familienausflug nach Portitz.**  
22460] Abmarsch 1 Uhr vom Gasthof Neustadt. D. V.

## Aufgepasst Sonnabend, 14. Sept.

## Achtung, Schneider.

Die öffentliche Versammlung Gohlis, Eutritsch usw. findet umständehalber nicht am Donnerstag, sondern **Mittwoch abend** im Restaurant Wöndschhof, Georgstraße, statt. [22481] Der Einberufer.

## Stötteritz.

Mittwoch, den 11. September 1907, abends 9 Uhr

## Turner- u. Einwohnerversammlung im Löwen-Park, Stötteritz.

Tagesordnung:  
1. Der Deutsche Turntag in Worms und seine Folgen. Referent: **Richard Koppisch**  
Technischer Leiter des Arbeiter-Turnerbundes.  
2. Freie Ansprache.  
Die geehrte Einwohnerschaft von Stötteritz und insbesondere die Mitglieder der Deutschen Turnerschaft werden hierzu höflichst eingeladen. [22458] Der Einberufer.

**Neuer Messplatz.**  
**Haases umschlossene Stufenbahn.**  
Morgen Mittwoch, von nachm. 3 bis 7 Uhr  
**Grosses Kinder-Fest**  
mit vielen Ueberraschungen.  
Jedes Kind erhält beim Eintritt ein Geschenk.  
**Haases elektrische Grottenbahn**  
neben Dechants Hippodrom. [21206]

**Kohlgarten Reudnitz**  
Weidmannstr. 14.  
Telephon 11012.  
Bringe meine freundlichen Lokaltäten, Vereinszimmer, 30-50 Personen fassend, sowie Gesellschaftstisch zu Versammlungen, Vergnügungen und Hochzeiten in empfehlender Erinnerung. Schöner schattiger Garten. - Asphalt-Regelbahn. 15842\*] Ergebenst Paul Seyferth.

**Grösstes und billigstes Schuhlager**  
**F. Ehlers**  
Peterssteinweg 17.  
Herren-Schnürstiefel 5.65  
Boxkalf 7.90  
Herren-Schaftstiefel 7.90  
Zugstiefel 5.90  
Dam.-Schnürstiefel m. Lackk. 5.90  
Boxkalf 6.90  
Herr.-Lederhausschuhe für Damen 3.25  
Turnschuhe m. Gummisohlen für Herren 2.10  
für Kinder 1.68

**Gute Anzug-Stoffe**  
werden bis Ende der Woche billigt abgegeben. [22375\*]  
21 Pfannenschmidt, Hainstr. 21 (Hausflur).

# Das Wahlbureau des Landtags-Wahlkomitees

der Sozialdemokratischen Partei  
befindet sich am  
**Mittwoch und Donnerstag**  
im **Pantheon, Dresdner Straße 20.**  
Fernsprecher 5715.

Die einzelnen Bezirke haben gesonderte Bureaus, an die sich die bei der Wahl tätigen Genossen zu wenden haben.  
Das Wahlkomitee ist am **Mittwoch** früh von 8 Uhr an im Wahlbureau anzutreffen und sind Anfragen, Beschwerden usw. nach dort zu richten.  
Das Wahlkomitee.  
22445]

Nur noch bis 1. Oktober cr.  
**Möbel-Totalausverkauf**  
Wegen gänzlicher Auflösung der  
**Leipziger Möbelhallen**  
L.-Neustadt, Eisenbahnstr. 11 [22005\*]  
kommen die enormen Lagerbestände teils zu und unter der Hälfte des früheren Verkaufspreises zum Total-Ausverkauf.

## Möbeltransportgeschäft

**Matthäikirchhof Nr. 31**  
Tel. 599  
übernimmt die Ausführung von Umzügen mit Verschlußwagen und geübtem Personal.  
Wagen von hier nach auswärts ohne Umladung.

**Frische Butter billiger**  
à 1/2 Pfund-Stück 60 Pfg.  
**I. Sorte Voll-Milch**  
gerahmt und pasteurisiert, à Liter 17 Pfg.  
**Land-Käse** Lompen-Zucker Ia à Pfund 23 Pfg.  
4 Stück 20 Pfg. Wein-Essig, à Liter 20 Pfg.  
Jeden **Donnerstag und Freitag** frischen **Schellfisch**, 18 Pfg.  
empfehlen [22477]

**D. G. Vogel, Gohlis, Lindenthaler Strasse 17.**  
**Geschäfts-Gründung.**  
Meiner werten Kundschaft zur gefälligen Nachricht, daß ich Eisenbahnstraße Nr. 120 ein Kolonialwaren-, Landesprodukten- u. Zigarren-Geschäft eröffnet habe. Mit der Bitte, mein Unternehmen möglichst unterstützen zu wollen, zeichne Hochachtungsvoll **Max Hoernig.** [22474]

**Ottomanen** auf Teilzahlung einzeln mit 5 Mark Anzahlung und wöchentlich 1 Mark Abzahlung.  
**Herm. Liebau**  
Turnerstr. 27, I.  
Kompl. Ausstattungen von 300-3000 Mark.

**Wringmaschinen** in nur bewährten Qualitäten zu billigen Preisen.  
**Alwin Richter**  
Haus- u. Wirtschaftsartikel  
**Dresdner Str. 36**  
Edle Stepaniplatz.  
Filiale: Ang., Breite Str. 22.  
Reinste, reinschmeckende **Spiegel-Karpfen** lebende, Pfund 100 Pfg. f. starke Oder-Kale, Pfd. 150 Pfg. sowie alle See- und Süßwasser-Fische.  
**Leipziger Fischhalle**  
34 Reichsstrasse 34.

**Damenschneiderei**  
**Emma Strutz**  
Kleinschöcher, Dieskaustr. 12.  
Größte Auswahl in Blusen, Damen- u. Kinderkleidern, Stoffen, Besätzen, Spitzen, Well- und Baumwollwaren, Herren-Wäsche usw.  
Vorzeiger d. b. 3. A Einkauf ein g. Portemonnaie gratis.  
Filiale Täubchenweg 72/74.

**Hermann Papst**  
**Tanz-Unterricht**  
Dufourstr. 22  
Anmeldung u. Unterricht jederzeit. Welt-Damen u. Herren sehr zu empf.

**Bade- und Schwimm-Anstalten.**  
**Königin Carola-Bad.** Schwimm-Bassin, Fango-Behandl., Dampf-, Wannen-, elektr. Licht-, Kohlen-, u. Kur-Bäd.  
**Diana-Bad** Schwimm-Unterricht Schwimm-Halle, Dampf-Bäder, Wannen-Bäder, Kur-Bäder.  
**Bilz' Kurbad, L.-Volk.** Elisabethstr. 27, m. ärztl. gepr. Person u. sop. Damenabt. empf. täg. Wannen, elektr. Licht-, Kohlen-, Bäd., u. Badg., Mass., Verfrabl. Schwefelbäder nach Aachener Art.

**Europäische Börsenhalle**  
Katharinenstr. 12.  
Täglich großes Konzert des internat. Damen-Orchesters „**Bernt**“.  
Dir. Anton Bernt.  
5 Damen 2 Herren.  
Wochentags 5-12, Sonntags 11-1, 4-12 Uhr. [20710] W. Paes.

**Wringmaschinen** in pr. Qualität zu bill. Preisen.  
**Max L. Hofmann**  
Haus- u. Nischen-Maschinen  
**Täubchenweg 70.**  
Neubezug v. Walzen sofort lieferbar billigt.  
**Leiterwagen**, eins. Räder u. Wagenteile offer. billig  
**P. Findeisen**  
Wagenfabrik  
Volkmarstraße, Rabot 50.

**Neugebauer**  
afab. geb. (nicht approb.) Praktikant (fr. an Dr. W. Schwabes Politt.), beh. Haut- u. homöopath. u. Lichttherf.  
**Geschlechts-, Haut-, Blasen-, Nieren-, Magen-, Darm-, Drüsenleib., Influenza, Rheumat., Nephros, Licht, Wasserbrüche. - Neu! Spezial-Lichtbehandl. v. Frauenleiden, besond. Weißfluß. Langjähr. Erfahrung, vorz. Erfolge. Klosterstr. 2/4, Fahrstuhl im Hause.**  
Sprechzeit: 9-2, 5-8, Sonnt. 10-1.  
Elektr. Lichtbäder, Sonnt. 9-1, Damen wochentags 10-12, 3-6.

**Kindersegen** und kein Ende?  
10. Auflage.  
Von prakt. Arzt **Brubacher.**  
30 Pfg.  
Volksbuchhandlung  
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Sohnes, Bruders, Schwagers und Onkels, des **Kirchner** [22488]  
**Wilhelm Semm**  
sagen wir allen unsern herzlichsten Dank.  
S. Feudig. Familie Gustav Semm.

Am Sonntag, abends 10 Uhr, verschied sanft nach langem, schwerem Leiden unser lieber Vater, Groß- und Schwiegervater, Bruder und Onkel  
**Heinrich Friedrich Windler.**  
In tiefstem Schmerz zeigen dies nur hierdurch an Leipzig-Bühnig, Kollaredorferstr. 24, I. [22465]  
Die tieftrauernden Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet Donnerstag, vormittags 9 Uhr, von der Kapelle des Südfriedhofs aus statt.

# Ziehung in Dresden vom 17.-21. September. Geld-Lotterie

zu Zwecken des Landesverlins vom **Roten Kreuz** im Königreich Sachsen.  
10744 Goldgewinne, ohne Abzug mit Mark

**173,000**  
Hauptgewinne:  
**40,000**  
**20,000**  
**10,000**  
**5,000**  
etc. etc. etc.

**Lose**  
à 2 Mark (Porto und Liste nach auswärts 30 Pf. mehr) empfindlich und versendet  
**Alexander Hessel**  
Königl. Sachs. Lotteriekollektion Dresden, Weissegasse 1.  
Verkaufsstellen überall und durch Plakate kenntlich.

**Geld-Lotterie.**  
Rote Kreuzlose 17. Septbr. 2 Mt Koloniallose 18. September 1 Mt. Völkerschichtlose 12. Nov. 3 Mt. Pfordelose 1. Schlüss. Lose 1 Mt. Porto und Liste je 30 Pfg. extra.  
**Friedrich Köthe**  
Leipzig, Nürnberger Str. 5.

Irrigat., Mutt.-Spritzen, Leibbind., Unterig., Damenbinden, Verbandw., u. fem. alle Art. 3. Krank.-u. Wochenpf. hygien. Bedarfsartikel. Diät. Verjandn. ausw.  
**Karl Klose, Leipzig 6**  
Hainstr. 19. Fernspr. 13737.  
Katalog auf Verlangen gratis. \*  
Zweites Geschäft: Querstr. 4-6.

## Familienanzeigen.

**Todesanzeige.**  
Am Freitag, d. 30. August, verunglückte  
**Paul Otto Junghans**  
aus Kleinjocher im Alter von 24 Jahren in Dornborn in Sachsen-Weimar. Dies zeigen teilbetraut an  
**Familie Junghans**  
" **Kriegel**  
" **Lorenz**  
" **Kaiser.**

Heute früh 7 1/2 Uhr verschied nach langem schwerem Leiden mein geliebter Vater, unser treusorgender Vater  
**Theodor Hölzner.**  
Im tiefsten Schmerz zeigen dies nur hierdurch an Linde u. Anglerstr. 21, I., den 9. September  
**Berta verw. Hölzner** und Kinder.



Politische Uebersicht.

Ein Zeichen der Zeit.

Die Tägliche Rundschau bringt in ihrer gestrigen Nummer einen Beitrag zu der Kultur unserer Zeit, wie wir ihn schlagender und kaum denken können. Sie gibt den Brief eines kleinen Waffisches wieder, der die "Kaiser-tage" in Münster mitgemacht hat und die genossene Wonne nun in das Herz der teilnehmenden Eltern schüttet. Da heißt es unter anderem:

Und dann kam der Freitag — den Tag vergesse ich sicher nie! Vormittags standen wir Spazier. Alle grüßten freundlich, als sie von der Parade kamen; der Kronprinz und der allernächste und schützte die Flammen, die für ihn lohten, mächtig, als er nun sogar umkehrte und noch einmal an uns vorüberfuhr. Wir gingen danach zur Schule, wo wir uns etwas ausruhten, um gleich wieder loszugehen zur Einweihung eines Krankenhauses, das Prinzessin Schaumburg einweihete, an Stelle der Kaiserin. Das war nicht sehr interessant; doch beschloßen wir da, dem Kronprinzen ein Ständchen zu bringen, das Seminar und die erste und zweite Klasse. Das wurde leider durch einen Lehrer vereitelt, der uns wütend ausenandertrieb. Doch ließen wir weg, und ich mit drei andern Mädchen machten einen Umweg im Trab, und ich trat gerade an einer Ecke mit dem Kronprinzen zusammen und brüllte Hurra und winkte, und er nickte mir ganz allein zu. Ich war selig! Ich rannte hinter seinem Auto, das zum Glück langsam fuhr, her und mit in den Adelshof, wo er ausstieg. Während er sich da mit einigen Damen unterhielt, stand ich ihm direkt gegenüber und sah ihn immer zu an, etwa zehn Minuten — denkt hoch wie himmlisch! Und dann, wie die Damen weg waren, streckte ich ihm meine Hand hin, und er gab mir seine Hand und hat mich angefaßt. Was war ich glücklich!!! Ich konnte mich kaum entschießen, meine Hand zu waschen, aber es mußte ja sein. Als er wegfuhr, bin ich ihm noch nachgerannt; aber bald war er weg. Erst um 8 Uhr kam ich zum Mittag nach Haus.

Dah das kleine Mädel diesen zuckersüßen Blödsinn schreibt, ist nicht so bezeichnend, als die Tatsache, daß die Eltern des Kindes den Brief einer Zeitung übergeben und daß sich in der Tat eine Zeitung findet, die ihn abdruckt. Besonders charakteristisch ist es, daß diese Zeitung die Tägliche Rundschau ist, das Blatt, das Wilhelm II. täglich liest. Dadurch wird die ganze Affäre zu einem Kabinettsstück unserer sozialen Kultur. Die Tägliche Rundschau fügt, dem "frischen, anmutigen Geplauder", wie sie den Brief nennt, folgenden Kommentar hinzu:

Für die hohen Herrschaften wird es ja auch nützlich sein, aus diesen Ergüssen eines unbefangenen beobachtenden Kindergemütes zu erfahren, mit wie einfachen Mitteln sie sich Volkstümlichkeit erwerben können. Weiter beständigen diese Darstellungen, mit welcher schwärmerischen Begeisterung der Kronprinz von der deutschen Jugend, Männlein wie Weiblein, verehrt wird.

Wir haben dieser byzantinischen Schweifweidelei eines berufenen Lakaien nichts hinzuzufügen. Die deutsche Bourgeoisie ist in ihrer erbärmlichen Knechtlichkeit heute noch genau so unüberdrossen, wie vor 60 Jahren, als ein bürgerliches Blatt von den Reitpferden eines Prinzen schrieb: Söckst dieselben haben gestern unsre Stadt passiert.

Zur Krisis in Marokko.

Bisher schien Willow mit Clemenceau in der Marokko-affäre ein Herz und eine Seele zu sein. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung hatte nichts anderes zu tun, als täglich der Welt zu erzählen, daß nichts harmloser und selbstverständlicher sei, als eben die französische Marokkopolitik. Zwischen scheint das forche Vorgehen der Franzosen doch in Berlin unangenehme Gefühle erweckt zu haben, vielleicht auch haben die ständigen Behereien gewisser deutscher Blätter, wie z. B. der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, schließlich doch Eindruck gemacht. Die heutige Nummer der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung enthält folgende offiziöse Drohuna:

In einem Memorandum der hiesigen französischen Botschaft vom 2. September wurde mitgeteilt, daß es in der Absicht der französischen Regierung liege, im Einvernehmen mit der spanischen Regierung und mit den eigenen Mitteln beider Mächte in denjenigen Vertragshäfen Marokkos, wo eine solche Maßregel als notwendig erkannt werden würde, eine provisorische Polizei einzurichten mit dem Zweck, daselbst die Ordnung aufrecht zu erhalten und die Bildung der in der Abte von Algier vorgesehene marokkanischen Polizeitruppen zu erleichtern.

Hierauf hat die deutsche Regierung geantwortet, sie habe von dieser Mitteilung und von der in dem Memorandum gegebenen Begründung Kenntnis genommen. Sie entnehme daraus, daß die in Aussicht genommenen Maßnahmen provisorischen Charakters seien und den Bestimmungen der Abte von Algier nicht präjudizieren werden.

Die deutsche Regierung habe die Befugnis Frankreichs, sich für die Vorgänge von Casablanca Genugtuung zu verschaffen, anerkannt und beabsichtige nicht, der von Frankreich aus diesem Anlaß unternommenen und durch außergewöhnliche Umstände motivierten Aktion Schwierigkeiten zu bereiten. Sie hoffe und wünsche jedoch, daß sich schwere Schädigungen der fremden Kaufleute wie die in Casablanca erlittenen nicht wiederholen möchten. Die deutsche Regierung mache deshalb darauf aufmerksam, daß nach Ansicht des deutschen Geschäftsträgers in Tanger die, in der Abte von Algier nicht vorgesehene, Aufstellung fremder Polizeikörper unter den gegenwärtigen Verhältnissen einen Angriff der Bergstämme auf die Stadt und ernste Gefahr für Leben und Gut der Europäer hervorrufen könnte, zumal wenn jene Maßregel nicht unter dem Schutze militärisch unbedingt genügender Kräfte vollzogen würde. Die gleiche Gefahr dürfte auch in andern Hafenorten bestehen.

Gleichzeitig kommen Meldungen über Anknüpfung von Friedensverhandlungen. Der französische Konsul in Casablanca, Malpertuis, erhielt am Donnerstag einen Brief ohne Unterschrift, in dem die Bitte ausgesprochen wurde, daß die Angriffe eingestellt werden möchten, und in dem zugleich das Erscheinen von zwölf Scheiks zur Anknüpfung von Verhandlungen angekündigt wurde. General Drude teilte dem Ueberbringer des Briefes mit, daß er sich zu nichts verpflichte, bevor die Scheiks angekommen seien. Darauf erschien ein Abgesandter, um sich nach den Friedensbedingungen zu erkundigen. Die Antwort lautete: Erscheinen aller Scheiks von Casablanca und Rabat, Auslieferung der Mörder und öffentliche Erschießung derselben innerhalb 48 Stunden. Zur Erfüllung dieser Bedingungen wurde ein Waffenstillstand bewilligt.

Was es mit diesen Verhandlungen auf sich hat, ob sie wirklich zur Einstellung der Feindseligkeiten führen werden, läßt sich natürlich nicht sagen. Jedenfalls aber haben die deutsch-französischen Beziehungen einen Stoß erlitten.

Deutsches Reich.

Die Schauris in Norderney.

Der Schmidt, der Kämpf, der Bayer und wie sie alle heißen, die Hühnerlinge des Hottentottenblocks, mit der freisinnigen Feder im Schopf, haben sich dieser Tage einer nach dem andern in Norderney eingefunden, um mit dem großen Redizmann der konservativ-liberalen Paarung zusammen über die Lage im kommenden Winter zu rufen und erneut die Pfeife des Bündnisses mit ihm zu rauchen. Der Tabak, der dabei gequalmt wurde, muß allerdings eine feine Nummer gewesen sein.

Das steht in den Auslassungen der größeren Freisinnblätter zwischen den Zeilen. Mit einer unmaßnahmlieh hoheitsvollen Gebärde — eine Würde, eine Höhe enterierte die Vertraulichkeit — wies gestern die sogenannte Freisinnige Zeitung die eigenen Parteigenossen zurück, die über die geheimnisvollen Norderneyer Schauris bescheidenen Lärm schlugen: es sei stets der Brauch des Landes, daß Staatsmänner mit maßgebenden Parteiführern über die Lage konferierten, als hätten die Bayer, Schmidt und Kämpf seit Methusalems Tagen zu den für die deutsche Regierung „maßgebenden“ Parteiführern gehört und vor jeder Session in Bülows Vadekabin mit dem Kanzler vertraute Zwiesprache gehalten. Auch die Lante Wof beschränkt sich heute mit Norderney. Sie meint, Bülows müsse die Liberalen zu überreden suchen, sich nicht von denen ins Schepptau nehmen zu lassen, die alles Heil von einem Bündnis mit der Sozialdemokratie erwarten und das Gute verschmähen auf der Jagd nach dem Besten.

Der Reichskanzler wird, das sind wir gewiß, bei den Verhandlungen in Norderney volles Verständnis für die politische Lage gefunden haben; er wird erkannt haben, daß die Führer der Linken bereit sind, mit der Regierung zusammenzugehen, soweit es ihnen ihre Grundsätze gestatten, daß sie aber diese Grundsätze nicht aufzugeben vermögen. Es wird mithin Sache der praktischen Erfahrung sein, welchen Erfolg die Wodpolitik hat. Einweisen hat der Liberalismus keinen Platz, sich zu ihr ablehnend zu stellen. Wenn er seine Prinzipien nicht preisgibt, hat er bei der konservativ-liberalen Paarung nichts zu verlieren, sondern nur zu gewinnen.

Und zum Schluß heißt es noch einmal verheißungsvoll: „Es ist zu vermuten, daß die Unterredungen des Kanzlers mit Mitgliedern der verschiedenen Wodparteien sich nicht als erfolglos erweisen werden.“ Es ist zu vermuten, darf man diese hohe Voraussicht in eine deutlichere Sprache übertragen, daß der Liberalismus in Norderney seine letzten Prinzipien Herrn Bülows als angenehmes Nachopfer dargebracht hat. Denn — darüber kann das Geschrei einiger ureaktionärer Blätter über die Prinzipienstarrheit des Liberalismus nicht hinwegtäuschen — der liberale Wagen ist jetzt so geartet, wie dieser Tage die Kölnische Volkszeitung treffend sagte, daß er auch Schühnägeln verträgt. Wenn der Liberalismus dafür nur an dem Tisch sitzen bleiben darf, auf dem Bülows den konservativen erlesene Fleischgerichte serviert!

Ein Restchen von Scham mag aber bei allem auch die Lante Wof ankommen, denn sie sucht ihren Lesern die Kunde von den „erfolgreichen“ Beratungen in Norderney dadurch schmuckhafter zu machen, daß sie behauptet, Zentrum und Sozialdemokratie blickten schein auf die konservativ-liberale Liebeshe. Du lieber Himmel du! Das Zentrum, das Herrn Spahn als Flottenredner in die Lande sendet, weiß ganz genau, daß seine Stunde wieder schlägt, und was uns angeht — nun! je mehr sich die freisinnige Fraktion zum Popanz bei ihren eigenen Wählern macht, indem sie sich bemüht, dem Budel Wodhosen zu gleichen, der auch über Bülows Stod springt und auf seinen Pfiff apportiert, desto lieber kann uns solch Speltatfel sein!

Berlin, 10. September. Der Verband deutscher Gastwirtsvereine hat an die Mitglieder des preussischen Landtages die Bitte gerichtet, eine Abänderung des preussischen Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 hinsichtlich der Aufhebung der kommunalen Biersteuer zu beantragen. In der Eingabe wird ausgeführt, das Kommunalabgabengesetz widerspreche durch die Zulassung der kommunalen Biersteuer den in der Städteordnung vom 19. Mai 1808 und 30. Mai 1853 zum Ausdruck gebrachten Grundätzen.

Der rechte Verteidiger des guten Tones. Der Peters hat in seinem offiziellen Moniteur, den Hamburger Nachrichten — Mann und Blatt sind einander würdig — ein zweites Bulletin über seine Prozesse veröffentlicht:

Die Sozialdemokratie, Vertreterin der weniger gebildeten Klassen unfres Volkes, will nicht beweisen; sie schimpft. Ich bezeichne sie mit dem geschmackvollen Ausdruck „Hänge-Peters“ oder „Hänge-Karl“. Meinen Freund Dr. Otto Arendt verurteilt sie abzustempeln als „Meinheits-Otto“, während doch erwiesen ist, daß, wenn in München ein falscher Eid geleistet ward, sidersich nicht Arendt, sondern jemand sonst ihn geleistet hat. Nebenbei, auch ich habe beim Durchgehen meiner Akten vor einer Woche einige Dokumente gefunden, die Frau Gehelmarat Kayser und ihre Hintermänner interessieren werden. Der Ristenbiedel, der mich meiner Verteilung vor Gericht 1906/07 wesentlich verurteilt, ist nicht vollständig erfolgreich gewesen. Ich werde in der Lage sein, einige Akten dem nächsten deutschen Gerichtshof, mit dem ich zu tun haben werde, vorzulegen. Wenn ich gegen sozialdemokratische Zeitungen recht gerichtlich vorgehe, so geschieht das in der Hoffnung, das deutsche Bürgertum veranlassen zu können, gegen den pöbelhaften Ton dieser Presse mit allgemeinen Gesetzen einzuschreiten. Wir müssen, wie wir die Pressefreiheit von den Briten übernehmen, so auch die Schühnmaßregeln für die Ehre des einzelnen aus diesem Lande einführen. Das Eindringen des Proletariats in die Politik darf am Ende nicht zur Verpöbelisierung unfres gesamten öffentlichen Lebens führen.

Der Peters, in dessen Verleumdung mit schwarzen Frauen die Mißpferdweide die Hauptrolle spielte, als Hüter des guten Tons gegen die Sozialdemokratie eifernd, ist ein mindestens so origineller Instid wie der in Solingen wegen Landesverrats verhaftete Amtsblatt-Redakteur Schiawarra, der unter den kleinen Nörtern, die die Sozialdemokratie umfließen, einer der blödesten war und ihr

unzählige Male in seinem Amtspapierchen „Landesverräterische Tendenzen“ vorwarf!

Der Prozeß gegen Liebknecht. Der Hochverratsprozeß gegen Genossen Dr. Karl Liebknecht wird am 9. Oktober vor dem Reichsgericht zur Verhandlung kommen.

Die Gelegenheit für die Herren im roten Talar, entweder die ungläubliche Anklageschrift des Oberreichsanwalts oder aber ihr Ansehen durch ihren Urteilspruch zu kassieren, ist also greifbar nahe herangerückt.

Mal keine Probstpost aus Südbwest. Die angekündigte Unterwerfung eines beträchtlichen Teils der Anhänger der Worongas ist letzten Sonntag erfolgt. Aus Deutsch-Südwestafrika wird amtlich gemeldet: Von den Anhängern Worongas haben sich vorgestern 42 Männer, größtenteils Kriegsteile, mit 67 Weibern und Kindern und 140 Stück Kleinvieh in Nammas unterworfen; sie werden in Warmbad interniert.

Auch ein Kolonialtraf. Gegen das Vermögen des Generalbevollmächtigten der Deutschen Armees- und Kolonialausstellung Direktor Albert Haller ist ein Arrestantrag und gegen die Kolonialausstellung selbst der Antrag auf Konfiskation gestellt worden. Mit ihrer Pleite beleuchtet die Kolonialausstellung die deutsche Kolonialpolitik viel drastischer als mit allen ausgestellten Gegenständen.

Solle bremsen weiter. Die Regierung lehnte die von der Bürgermeisterei Buschhausen beschlossene Erhöhung der Lehrergehälter ab.

Liberaler Traum vom Schwinden des Bremserlasses!

Alldeutsche Handwerkerkellen. Der alldeutsche Verband hat gegenwärtig in Wiesbaden seine diesjährige Parade ab. Unter dem Vorzeichen des Reichsligenverbandsgenerals und des Propagandisten der Tat für das Deutschtum Halle-Verlag hatten sich alle die schornachenerischen Korporationen, als da sind: Flottenverein, Reichsvereinsverband, Sanktverein, Evangelischer Hauptverein, Verein deutscher Studenten, Nationalliberale Partei usw. verammelt.

Den Dr. Hahn-Hensburg, der über die Lage in Nord Schleswig berichtet, ist die dänische Einwanderung ein Groß im Auge. Mit Feuer und Schwert möchte er das Deutschtum verdrängen. Die Einwanderung soll verboten, die Geburtdänen möglichst ausgewiesen und die deutsche Ansiedlung gefördert werden.

Ein allgemeines Geheul wurde über die Wirren in Marokko angestimmt. Man wurde ordentlich grün vor Neid und schreit von Uebergriffen Frankreichs, das den durch die Besetzung Casablancas geschädigten Deutschen Entschädigungen zahlen soll. Sollte sich Frankreich erklähnen, marokkanisches Gebiet in politischen und wirtschaftlichen Besitz zu nehmen, so fordert man von Bülows das gleiche zu beanspruchen.

Der alldeutsche Prophet Haffe sprach dann über die Polenfrage und forderte, nun endlich einmal die Entzignung in den Ostmarken vorzunehmen. Auch der halsstarrige Professor Höplich aus Rosen nahm sich die preussische Ostmarkenpolitik vor und zog die gewagtesten Schlüsse, weil bei den letzten Wahlen die deutschen Stimmen um einige Duzend gewachsen sind. Der preussische Staat müsse sich das Land einfach nehmen, wenn man dieses nicht zu erträglichen Bedingungen erhalten könne. Ganz gewaltig donnerte der halsstarrige Schwärmer gegen den Schultreter. Er fordert ein besonderes Ostmarkenministerium im Interesse der nationalen Agrarpolitik.

Und dann trat der gewaltige Ligenverbandsgeneral auf den Plan, der ungestraft die deutsche Justiz mit Schmutz bewerfen kann. Er forderte „ganz energische Maßregeln gegen die Polen. In der Politik müsse Macht vor Recht gehen.“

Es wurde dann eine Resolution angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, dem Reichstage eine Vorlage über die Notwendigkeit eines Entzignungsverfahrens in den Ostmarken vorzulegen.

Graf Reventlow schrie noch nach einer Flottenvermehrung und Pfarrer Speiser behauptete über das Deutschtum im Elsaß. Mit allen Mitteln will man die Erhebung der Reichslande zum Bundesstaate verhindern.

Ein Reinsfall der Militärbehörden. Mit einer Blamage der Militärbehörde in vollendeter Form hat der Sturm auf gegen den militärischen Mitarbeiter des Berliner Tageblatts, Oberst Gadriz, geendet, der beschuldigt war, unbesugterweise den Titel „Oberst“ zu führen. Der Prozeß hat bereits alle Instanzen durchlaufen. Der Oberst wurde vom Kammergericht freigesprochen, jedoch nur aus formalen Gründen, weil ihm das Urteil des Obergerichts, von dem ihm die Berechtigung zur Weiterführung seines Titels aberkannt worden war, nicht vorchriftsmäßig zugestellt wurde. Wilhelm II. erließ nun eine besondere Kabinettsorder, die jedoch wieder den Mangel hatte, vom Minister nicht gegenzeichnet zu sein. Am Montag beschloß sich das Schöffengericht Berlin-Mitte von neuem mit der Angelegenheit. Es kam zu dem Urteil, daß die Offiziere a. D. nicht mehr der Kommandogewalt des obersten Weichshabers unterstehen, sollte trotzdem einem Nichtmilitär der Titel entzogen werden, sei das als Regierungsbakt zu betrachten. Ein solcher bedurfte aber nach Artikel 44 der Verfassung der ministeriellen Gegenzeichnung. Aus dem Grunde sei auf Freisprechung zu erkennen und die Kosten der Staatskasse aufzuerlegen. Der Staatsanwalt hatte 6 Wochen Haft beantragt.

Der Militarismus bei der Propaganda für den Antimilitarismus. Nach einem dem Berliner Tageblatt aus Straßburg im Elsaß zugehenden Privattelegramm ereigneten sich in Weckesheim (Baden) bei einer dort stattfindenden Gesellschaftung der 61. Infanteriebrigade infolge der tropischen Hitze zahlreiche Fälle von Schlapptwerden der Mannschaften. Als sich nach dem Schluß der Übung das 25. Infanterieregiment v. Lützow auf dem Marsche ins Quartier nach Weckesheim befand, wurde ein großer Teil der Mannschaften in der Nähe von Eschelsbrommarode. In der Nähe des Ortes sah man die ermatteten Soldaten wie Fliegen auf der Chaussee zusammenfallen. Das Gelände war von schlappgeworbenen Soldaten fluchtig bedeckt. Von zwei Kompanien waren nur noch 30 Mann marschfähig. Die Ursache ist in plötzlichem Temperaturwechsel zu suchen. Auf die bedeutende Kälte folgte plötzlich tropische Hitze.

Es wäre zu empfehlen, daß die Offiziere mit demselben Gepäck belastet würden, wie die Mannschaften. Vielleicht würde das derart opferreiche Übungen etwas einschränken.

Ein Schmiedegeselle als Volksschullehrer. Der Lehrermangel im Lande des Oberrheins treibt infolge der erbärmlichen Gehaltslage immer schönere Blüten. Zahlensmäßig läßt sich über ihn gar nichts mehr feststellen, weil schulfaktisches Material nicht mehr veröffentlicht wird. Man schätzt indes die unbesetzten Lehrstellen auf 15 Prozent. Die mittelalterlich-feudale Verwaltung des Landes stellt an, was ihr gerade zur Hand kommt. Rührlich ist ein Schmiedegeselle mit der Verwaltung eines Lehramtes betraut worden. Alte Lehrer, die gern in Pension gehen möchten, müssen noch im Amt bleiben. — Auch in Schleswig-Vollstein sollen, der Lehrzeitung zufolge, gegen 200 Stellen vakant sein.

Kleine politische Nachrichten. Die oberrheinische Staatsregierung hat beschlossen, in den nächstjährigen Etat zwei Millionen Mark für den Bau billiger Arbeiterwohnungen einzustellen. Der Uebergang der Häuser an die Arbeiter soll auf dem Wege der Erbpacht erfolgen.



## Italien.

Gebirgige „Sicherheits“beamte.

**Neapel, 10. September.** Die Mitteilungen der Presse über die Mitschuld der Polizei an den Verbrechen der Kamorra haben wiederum zur Verhaftung von zwei Kommissaren, einem Polizeioffizier und verschiedenen Polizeioffizieren geführt, die sämtlich beschuldigt sind, an zahlreichen Verbrechen der Kamorra beteiligt zu sein. Man erwartet weitere Skandale.

## Frankreich.

Neue Staatskassen!

**Paris, 9. September.** Der Unterpräfekt von Saint-Girons, Labat, ist des Alkoholismus überführt und deshalb von dem Minister des Innern, Clémenceau, seines Amtes entsetzt worden. Labat und sein Schwiegervater, ein Notar, wurden bei der Steuerverwaltung angezeigt und daraufhin ließ diese die beiden überwachen. Sie wurden dabei ertappt, wie sie eigenhändig Flaschen mit Alkohol in den Kassen ihres Vaters verpackten. Auch der Steuerdirektor der Arrondissement, der die Angelegenheit zu ersticken gesucht hatte, wird vor einen Disziplinarrat gestellt werden.

## Portugal.

Kulturverbreitung in Portugiesisch-Westafrika.

**Lissabon, 9. September.** Ein antilichs Telegramm aus London vom 8. d. Mts. meldet, daß die portugiesischen Truppen mehrere Gefechte in den letzten Tagen mit den Quamatas hatten, in denen 5 Offiziere verwundet, 19 europäische und 4 Eingebornensoldaten gefallen sowie 53 europäische und 39 Eingebornensoldaten verwundet worden sind.

## Nordamerika.

Die antijapanischen Kundgebungen in Vancouver.

**London, 10. September.** Die Zeitungen besprechen allgemein die Lage in Vancouver. Sie geben dem Vertrauen Ausdruck, daß die Dominion-Regierung ihre Autorität zur Geltung bringen werde. Für Britisch-Columbia erwachte eine außerordentliche Schwierigkeit aus dem Problem, das sich durch den Widerstreit zwischen Ost und West darbot. Für die Staatsmänner aller Länder ergab sich die Notwendigkeit, ihre Klugheit aufzubieten, um diese Frage der schon zu lange verzögerten Lösung entgegenzuführen. — Die Zeitung meldet aus Ottawa als Ergebnis des Kabinettsrats, daß Premierminister Sir Wilfrid Laurier an den Bürgermeister von Vancouver telegraphiert habe, der Generalgouverneur habe mit tiefstem Bedauern erfahren, daß gegen Untertanen des Kaisers von Japan, eines Freundes und Verbündeten des Königs, unwürdige Grausamkeiten verübt wurden. Er hoffe, daß die Ruhe alsbald wieder hergestellt werde und daß alle Schuldigen ihre Strafe erhalten. **Vancouver, 10. September.** Die Asiaten haben begonnen, Waffen und Munition einzulassen, um bei etwaigen weiteren Angriffen der Weißen Widerstand zu leisten. Die Beamten haben die Waffenhändler angewiesen, den Verkauf einzustellen; aber Hunderte von Chinesen und Japanern hatten sich schon vorher den nötigen Bedarf verschafft. Zweihundert Spezialschutze patrouillieren in der Stadt. Im Falle eines neuerlichen Angriffes soll die Miliz einberufen werden. Man fürchtet, daß ein abermaliger Ausbruch der Feindseligkeiten unmittelbar bevorsteht.

## Marokko.

Frankreich und Spanien.

**Paris, 9. September.** Der in Casablanca eingetroffene Festballon wurde noch gestern in Stand gesetzt, um die Stellung der Ballonen festzustellen. Der Ballon soll außerdem für den Fernverkehr mit dem Pariser Eiffelturm eingerichtet werden. In Casablanca sind zwei Fälle von Malaria vorgekommen. Der französische Chefarzt hat die Impfung aller Offiziere und Mannschaften angeordnet. General Drube erbat von der Regierung die Schaffung zweier Regimenter, die eine für alle nach Marokko entsandten Truppen, die andere für Militär- und Zivilpersonen, die sich bei der im August begonnenen Aktion besonders ausgezeichnet haben.

**Paris, 9. September.** Der heutige Ministerrat nahm die letzten Telegramme aus Tanger zur Kenntnis und beschäftigte sich mit der Frage der aus den Ereignissen in Casablanca abgeleiteten Entschädigungen. Der Ministerrat nahm auf Präzedenzfälle Bezug, namentlich auf die Besetzung von Alexandria im Jahre 1882, und kam zu dem Beschluß, daß die marokkanische Regierung verantwortlich zu machen und die Höhe der Entschädigungen für materiellen Schaden durch eine internationale Kommission festzusetzen sei. Der Minister des Inneren, Pichon, wurde beauftragt, die Angelegenheit weiter zu verfolgen.

**Gibraltar, 9. September.** In Algeciras ist der Befehl eingetroffen, daß eine Brigade in Stärke von 7000 Mann unter General Caro am Mittwoch zur Einschiffung nach Tanger bereit sein soll.

**Casablanca, 10. September.** Die Spanier haben einen Rekognoszierungsritt ausgeführt, wobei sie einer von den Marokkanern gestellten Falle glücklich entgingen. Durch Mitrailleusefeuer wurden die Marokkaner in die Flucht getrieben. Eine von den Marokkanern gefangen gehaltene Spanierin, die ausgepeitscht wurde, kehrte nach Casablanca zurück; sie befand sich in trostlosem Zustand.

**Tanger, 10. September.** Die behauptete spanische Kabinettskrise ist noch nicht offiziell bekannt; falls sie dennoch Tatsache wird, wird wohl lediglich von Maura die Vertrauensfrage gestellt, um damit diejenigen Mitglieder zu eliminieren, die Maura's Prinzip der Zurückhaltung von Kriegen in Marokko widerstreben.

## Kanada.

Neue japanische Anruhen.

**London, 10. September.** Nach Meldung aus Montreal haben sich auch dort Japanerunruhen ereignet. Es wurden vielfach Japaner angegriffen und schwer verletzt. Die kanadischen Behörden haben umfassende Maßnahmen getroffen, um weitere Ausschreitungen zu verhindern.

## Persien.

Das neue Ministerium.

**Teheran, 9. September.** Das neue Ministerium wird aus acht verantwortlichen Ministern bestehen. Es sind bisher ernannt für: Inneres — Mutschir es Sultaneh; dieser soll, wie verlautet, die Geschäfte nur bis zur Ankunft Kizim es Sultanehs aus Schiras verwalten. Außen — Saad ed Daulah; Krieg — Mustafa ussi Kamalit; Finanzen — Mawad ed Daulah; Justiz — Mutschir el Mulk; bisher Gesandter in Petersburg; Öffentliche Arbeiten — Muzhan dis Kamalit. Unterrichts ist noch nicht besetzt; für diesen Posten werden Kizim el Mulk und Mutschir es Sultaneh genannt. Ein Portefeuille für Maid el Mulk, den Bruder des ermordeten Großveziers Emin ed Daulah, ist noch nicht bestimmt.

## China.

Kulturbestrebungen.

**Peking, 9. September.** Es ist eine Kommission ernannt worden, die sich nach England, Deutschland und Japan zum Studium der Verfassungen dieser Länder begeben soll.

## Sächsische Angelegenheiten.

Konservativ-nationalliberale Wahlrechtsmogelei.

Recht interessant lesen sich folgende Ausführungen des konservativen Vogtländischen Anzeigers:

Ein freisinniges Provinzialblatt läßt lauten Murrus erschallen. Es weiß von überaus eifrigen Verhandlungen zu berichten, die zwischen Konservativen und Rechtsliberalen schweben, um ein für beide annehmbares Wahlreformgesetz, womöglich auf den Grundlinien der Regierungsvorlage, zustande zu bringen. Darob große Entrüstung über solche „Kompromißerei“ im linksliberalen Lager. (Eben noch verächtliche man die Konservativen als krumme Spiegelhalter. Es sei ihnen nicht ernst mit der gründlichen Prüfung des Regierungsentwurfs, nicht ernst damit, dem unabweislichen Wunsch ihres königlichen Königs zu folgen. Sie wollten nur das alte „Wahlrecht“ untrübt erhalten und jetzt? Kann er nicht die Möglichkeit einer fruchtbareren Wahlreform in der Richtung eines konservativ-nationalliberalen, wenn freilich auch nicht linksliberal-freisinnigen Kompromisses gegeben, da wendet man sich eifrigst gegen solches Bestreben und rechnet aus, wie man nicht nur durch gegnerische Abstimmung, sondern durch gescheiterte Abstimmung, nämlich durch Fernbleiben von der Kammereröffnung das Scheitern der Vorlage, zu deren Annahme mit Zweidrittelmehrheit bekanntlich drei Viertel der Kammermitglieder notwendig sind, erzwingen könne. . . . Wo sitzen jene Leute, denen es viel weniger auf das Gelingen einer vollstreblichen und doch maßvollen Wahlreform, als nur darauf ankommt, die Wahlreform scheitern zu lassen, damit über sie nur ja unser Volk nicht zur Ruhe kommt? Daß ohne die Konservativen für absehbare Zeiten, sei es mit oder ohne Auflösung des Landtages, keine Wahlreform zu erzielen ist, ist doch sonnenklar.

Ein Blick, daß die Leitung der nationalliberalen Partei nicht in den Händen von Heißspornen, sondern von Vollstrebigen liegt, die gleich den Konservativen ihrer tiefsten Verantwortlichkeit dem Vaterland wie Landesvater gegenüber sich voll bemüht sind. Beschäftigt sich jene Nachricht von Verhandlungen nationalliberaler und konservativer Politiker über die Wahlreform, die wir nicht für unwahrscheinlich oder für verfrüht halten, so gebührt ihnen Anerkennung und nicht Tadel. Denn bei den ungleichen Gegensätzen beider Parteien wird das so bitter notwendige Einigungswerk ein langwieriges und dornenvolles sein, bei dem es ohne beiderseitiges Nachgeben nicht abgeht.

Es wird schon so kommen, wie wir es vorausgesetzt haben: zwischen den Konservativen und den Rechtsnationalliberalen wird ein saurer Kompromiß in der Wahlrechtsfrage geschlossen, die Linksnationalliberalen sagen Ja und Amen, die Freisinnigen aber mimen die blamierten Europäer und halten nach wie vor fest zum Block gegen die Sozialdemokratie, um das allgemeine gleiche Wahlrecht zu verraten.

Das unrechteste Volk ist in der Wahlrechtsfrage ganz auf sich selbst gestellt! Die Wahlrechtsmogelei wird nur neues Öl auf die Bewegung für das allgemeine gleiche Wahlrecht sein!

Unsichere Kantonten sind die Nationalliberalen und die Freisinnigen. Die Zittauer Morgenzeitung macht sich über den nationalliberalen Kandidaten Müller-Leipzig lustig, weil er sich im Prinzip für die Ernennung eines Teiles der Abgeordneten durch Kommunalverbände ausgesprochen hat, während die Wahlrechtskundgebung des nationalliberalen Landesausschusses die schwersten Bedenken gegen die Ueberlassung eines Teils der Mandate an die kommunalverbände ausgesprochen hat. Gestern hat sich auch Herr Dr. Schill in einer Wählerversammlung auf den Wälferschen Standpunkt gestellt. Die Zittauer Morgenzeitung erblickt in dieser Haltung einen Beweis für die völlige Unzuverlässigkeit der Nationalliberalen. Das ist richtig. Das Zittauer Freisinnblatt spottet aber mit dieser Feststellung nur seiner selbst, denn die Freisinnigen unterstützen ja überall diese unzuverlässigen Nationalliberalen. Das können sie eben nur, weil sie noch unsicherere Kantonten sind, als die Nationalliberalen. Jeder Tag bringt neue Beweise dafür, daß die Freisinnigen erbärmliche Heuchler sind.

In einem Anrufe an die 3. Wählerklasse schreibt heute das Zittauer Freisinnblatt:

Wären diese Wähler besonders daran denken, daß sie zu Staatsbürgern dritter Klasse gemacht worden sind von jenem konservativ-nationalliberalen Kartell, welches im Jahre 1896 das Dreiklassen-Wahlrecht im Reich geschaffen hat. Ohne die Mitwirkung des größten Teils der Nationalliberalen hätte dieses ungerechte Wahlrecht niemals Gesetz werden können.

In derselben Nummer schreibt das Blatt gegen die Nationalliberalen:

Im Jahre 1901 wurden in der Stadt Zittau (bei der Landtagswahl) allein 1280 freisinnige, 725 nationalliberale, 637 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Im ganzen ersten städtischen Wahlkreis wurden gezählt: 1585 freisinnige, 1109 nationalliberale und 815 sozialdemokratische Stimmen. Es standen also 2400 Oppositionsstimmen gegen 1109 nationalliberale Stimmen.

Hier rechnet das Freisinnblatt die freisinnigen Stimmen zur Opposition, es setzt sich also in schärfsten Gegensatz zu den Nationalliberalen. Gleichwohl unterstützen die Freisinnigen in den drei städtischen Zittauer Wahlkreisen die Nationalliberalen. Das nennt man Bestimmungslässigkeit!

Au anderer Stelle derselben Nummer beschäftigt sich das Freisinnblatt mit der Wahlrechtsbewegung in Preußen. Dabei versteigt es sich zu folgender Redomontade:

Demnach reicht also das Interesse an der Neugestaltung des sächsischen Wahlrechts weit über die grünen Grenzen hinaus. Von größter Wichtigkeit ist es daher auch aus diesem Grunde, daß die freisinnigen Abgeordneten im sächsischen Landtage Verhinderung erlangen. Wie die Parteiverhältnisse jetzt in Sachsen liegen, kann es leicht dazu kommen, daß sie bei der Wahlrechtsreform das Jünglein an der Wiege bilden, damit eine neue Neubildung verhindert wird.

Die Einbildungsraft der Freisinnigen ist zweifellos härter als ihre Prinzipientreue!

Nationalliberale Mittelstandsretterei. In neunten städtischen Wahlkreis ist der bisherige Abgeordnete Dr.

Mühlmann wieder als Kandidat aufgestellt worden. Dem Herrn scheint es aber fürchterlich bange um sein Mandat zu sein. Dieser Tage iracht er in einer Versammlung vor „nationalen Leuten“, in Mügeln, von denen der größte Teil dem Mittelstande angehört, den er dann auch weidlich fassierte. Wie ein echter Mittelstandsretter versprach er den Mittelstandsleuten alles mögliche. Er will für den kleinen Befähigungsnachweis eintreten, die Bestimmungen über den unlauteren Wettbewerb will er verschärfen usw. Natürlich ist er auch für die Umfassung, die aber nicht nur die Konsumgenossenschaften der Arbeiter treffen soll, sondern auch die landwirtschaftlichen Genossenschaften. So konnte auch der Mittelstandsretter Muraich-Dresden seine Kandidatur mit gutem Gewissen zurückziehen.

In Dresden stehen die Mittelstandsretter den Nationalliberalen weniger freundlich gegenüber. In einer Wählerversammlung, in der der Glasfabrikmeister Weglich sein Programm entwickelte, nannte Stadtrat Wilhelm in der Debatte das Werden des Liberalismus um den Mittelstand ein Manöver aus egoistischen Gründen. Ein anderer Redner meinte, ein Nationalliberaler könne die Interessen des Mittelstandes niemals vertreten. Es gibt aber auch Nationalliberale, die, wie die Mühlmann, Kiedelhayn-Chemnitz, Müller-Leipzig usw. beweisen, ebenso gut in Mittelstandsretterei machen können, wie echte Mittelstandsagitatoren.

m. Bestätigte Degradation! Der Unteroffizier Schmidt vom Leib-Grenadierregiment Nr. 100, ein ehemaliger Unteroffizierschüler, ist am 1. August vom Kriegsgericht in Dresden wegen Mißhandlung, vorschriftswidriger Behandlung, Velleidigung und Abhaltung Untergebener von einer Beschwerde, sowie wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt in zusammen 148 Fällen zu neun Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt worden. Leber die umfangreichen Schindereien usw. ist seinerzeit ausführlich berichtet worden. Der Soldatenschinder hat sich dem Urteil, soweit die Freiheitsstrafe in Betracht kommt, unterworfen, wegen der erkannten Degradation aber Berufung beim Oberkriegsgericht eingelegt. Interessant ist nun, was der Soldatenschinder sowie sein Verteidiger zur Begründung der Berufung anführen:

Das Kriegsgericht habe von allen 148 Straffällen nur wegen der Abhaltung Untergebener von einer Beschwerde eine Gefängnisstrafe, und zwar 45 Tage, ausgeworfen, bei den übrigen Straffällen aber nur auf Arrest erkannt. Nur bei Umstand, daß eine Gefängnisstrafe in den Einzelstrafen enthalten war, habe dem Kriegsgericht die Möglichkeit gegeben auf eine so hohe Gefängnisstrafe zuzugreifen. Wenn dieses Strafmaß, wegen dessen auf Gefängnis erkannt worden ist, nicht in der Urkunde enthalten gewesen wäre, dann hätte das Kriegsgericht aus den anderen Einzelstrafen nur die höchst zulässige Arreststrafe von sechs Wochen bilden können. So sei aber der Angeklagte wegen der Mißhandlungen, vorschriftswidrigen Behandlungen, Velleidigungen und des Mißbrauchs der Dienstgewalt zu 7½ Monaten Gefängnis verurteilt worden, was mit Rücksicht auf die „leichten Fälle“ eine „furchtbare Strafe“ sei. Unter Berücksichtigung aller dieser Momente müsse zum mindesten von Degradation abgesehen werden. Persönlich führte der Soldatenschinder in der Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht noch an, daß die ihm zur Last gelegten Straffälle nicht so schlimm seien, überall vorkämen und nur aufgebauht worden seien.

Die Berufung des Soldatenschinders wurde verworfen und die Degradation bestätigt. Das Oberkriegsgericht führte aus: Wenn auch das Kriegsgericht nur in einem Falle auf Gefängnis erkannt habe, so sei die zulässige Degradation doch zu Recht erfolgt. Mit Rücksicht auf die Unmenge der Fälle und den Gesamteindruck der ganzen Straffälle, sowie im Hinblick auf die an den Tag gelegte Gemeinheit des Angeklagten, worin sich das Oberkriegsgericht im vollen Einklang zur Verurteilung befand, war die Berufung zu verwerfen. Es bleibt also bei der ausgeworfenen Degradation.

Die neunmonatige Gefängnisstrafe hat der Soldatenschinder bereits am 15. August angetreten.

Dresden. Wie es heißt, sind die Bedürfnisse der Stadt bezart gestiegen, daß vom neuen Jahre ab eine Erhöhung der Gemeinbesteuerung um 15 Prozent zu erwarten steht.

Das Kriegsgericht verurteilt den Unteroffizier Schmidt vom Leibgrenadierregiment wegen Mißhandlung Untergebener in 48 Fällen zu 45 Tagen Gefängnis.

Alte Nachrichten aus dem Lande. Gestern früh schwamm unterhalb des Loschwitzer Wasserwerks ein mächtiger Storch durch die Elbe an das Wälferscher Ufer. Nach kurzer Zeit kam das Tier wieder und landete am Winterhafen in Loschwitz. Dort überprüfte es die hohe Einfriedigung und raste den Körnerweg entlang über den Körnerplatz und die Platte aufwärts, rief dort einen älteren Mann um und blieb schließlich vor zwei freischwebenden Frauen stehen, machte wieder kehrt und raste nunmehr längere Zeit in verschiedenen Straßen umher, bis es einen Ausweg in den Wald fand. Der ungerissene Mann kam mit dem Storch davon. — In Loschwitz verlegte bei einem Motorrad die Steuerung. Der Mann fuhr mit voller Wucht gegen eine Hauswand, wodurch er vom Rade stürzte, ohne besonderen Schaden zu nehmen. Das Rad wurde vollständig zertrümmert. — In einem Abteil zweiter Klasse eines mittags von Annaberg nach Chemnitz verkehrenden Personenzuges wurde in Pössa ein Erbschöcker aufgefunden. Der Name des Selbstmörders ist unbekannt. — Am Sonnabend wurde auf dem Uebergange in der Nähe des Bahnhofes Crimmitschau ein in Crimmitschau wohnhafter Zimmermann von einem Hof-Leipzigiger Personenzuge überfahren und getötet. Der Uebergang war geschlossen. — Auf einem Bahnübergange zwischen Zeitz und Leisnitz wurde am Freitag durch den abends 1/8 Uhr von Zeitz nach Altenburg verkehrenden Personenzug ein Radfahrer überfahren und getötet. — Der 15 Jahre alte Ernst Meißner in Treuen hatte sich beim Holzholen vom Oberboden auf einer dort angebrachten Strickschaukel verunglückt; durch irgendeinen Zufall verfang er sich in den Strick und mußte, da Hilfe nicht zur Stelle war, erstickend. Die nach ihrem Sohne suchende Mutter fand ihn tot vor.

## Hus der Partei.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 49. Heft des 25. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Zum Essener Parteitag. — Gesellschaftliche Maßnahmen gegen den Alkoholismus in der Schweiz. Von Ernst Oberholzer-Zürich. — Detailhandel und Mittelstandspolitik. Von Paul Lange-Hamburg. (Schluß.) — Der Kampf um die Rente vor dem Reichsversicherungsamt. Von Obo. — Der heutige Stand der Genossenschaftsbewegung in Russland. Von Dr. Lotonjan-Petersburg. — Literarische Rundschau: Stark Vorländer, Kant, Schiller, Goethe. Günter Jacoby, Berders und Rants Aesthetik. Von F. W. Bibliothek wertvoller Memoiren. 2. Band: Deutsches Bürgerium und deutscher Adel im sechzehnten Jahrhundert. Von Ph. Dr. jur. J. Weitzhagen, Wobben. Von Dr. Siegfrieda.



Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kioskeure zum Preise von 2,25 Mark pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennige.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

**Sozialdemokratie und Arbeiterversicherung.** Unter diesem Titel ist soeben auf Veranlassung des Parteivorstandes von der Buchhandlung Vorwärts in Berlin, Lindenstraße 60, das erste Heft einer Flugdruckschrift herausgegeben. In dieser Serie sollen in leicht verständlicher Form Fragen des öffentlichen Lebens behandelt werden, die für die Arbeiter und für unsere Parteigenossen von besonderer Bedeutung sind.

Jede dieser, für die Massenverbreitung bestimmten Flugdruckschriften, ist für sich abgeschlossen und wird zu einem billigen Preise abgegeben. Einzelne Exemplare kosten 10 Pfg. und sind von jeder Parteibuchhandlung zu beziehen.

Das erste Heft der Serie wendet sich gegen die im letzten Wahlkampf von den Gegnern wieder mit besonderem Nachdruck aufgestellte Behauptung, daß die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstage gegen die Arbeiterversicherungsgesetze gestimmt habe, um dadurch eine Ausdehnung der Arbeiterklasse mit den bestehenden Gesellschaftszuständen zu verhindern. Der Verfasser der Flugdruckschrift weist durch die einfache Mitteilung der Tatsachen die Unmöglichkeit dieser Behauptung nach und zeigt, welche Gründe die damalige Fraktion zu ihrer Stellung bewogen haben, daß aber auch andere Parteien und warum diese gegen einzelne der Arbeiterversicherungsgesetze gestimmt haben. Er erläutert ferner die Forderungen, welche die Sozialdemokratie als notwendig zum Ausbau der Arbeiterversicherung erhebt.

Von der **Kommunalen Praxis**, Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt sind soeben die beiden Nummern 35 und 36 eingegangen. Die erste enthält einen Artikel über die sich in den Industriebezirken immer unheimlicher ausbreitende Genickstarre. Die Nummer 36 enthält beachtenswerte Beiträge für die Errichtung von Gelehrten-Aufstufungsgerichten. Andere belehrende Artikel aus dem kommunalen Leben vervollständigen den Inhalt dieser beiden Nummern. Probenummern sendet jederzeit gratis der Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin.

## Aus der Umgebung.

**Lebertwölfling.** Da die Bahnverbindung mit Leipzig in Bezug auf die Fahrtdauer und die Fahrpreise wenig günstig ist, obwohl täglich neun Züge in beiden Richtungen verkehren, ist man schon seit längerer Zeit bemüht, die Leipziger Außenbahn-Aktien-Gesellschaft zu veranlassen, von dem Endpunkte der Linie der großen Leipziger Straßenbahn in Probstzella ab eine Verbindung zu schaffen. Die bisherigen Verhandlungen haben jedoch keinen Erfolg gehabt, da die Außenbahn-Gesellschaft zur Bedingung machte, daß zuvor die vom Eisenbahnministerium beanspruchte Konkurrenzabgabe fallen gelassen werde, weil durch eine solche Abgabe von vornherein die Rentabilität einer Straßenbahnverbindung unmöglich werde. Somit wäre also vorläufig an eine Verwirklichung des Projektes nicht zu denken.

**Mölkau.** Das andauernde Wachsen der Gemeinde Mölkau ist auf die örtlichen Verhältnisse nicht ohne Wirkung geblieben und macht auch im Schulwesen einschneidende Änderungen notwendig. Zunächst soll die zweite Lehrstelle, die seit ihrer Begründung von Hilfslehrern verwaltet worden ist, in eine ständige Lehrerstelle umgewandelt werden, vorausgesetzt, daß die oberste Schulbehörde dazu die Genehmigung erteilt. Auch hat der Schulvorstand eine den jetzigen örtlichen Verhältnissen entsprechende Disziplinordnung ausgearbeitet, die nach der Genehmigung der Bezirkschulinspektion unterliegt. Ferner soll die Absicht bestehen, das in den Jahren 1892 und 1893 erbaute Schulhaus abzubauen und an einer andern Stelle aufzubauen, weil der neue Bebauungsplan für Mölkau eine 30 Meter breite Straße von Paunsdorf nach Mölkau vorsieht, die auf die jetzige Schule stoßen würde, so daß diese eine Art Straßensinsel und somit ein Verkehrsbehinderung bilden würde.

**Naundorf. Verurteilung.** Donnerstag, den 12. September, wird vom Amtsgericht Grimma im Naundorf zu Naundorf für die Stadt Naundorf, die Orte Albrechtshain, Ammeishain, Cida, Erdmannshain, Fuchshain, Klinga, Köhra, Lindhardt, Kleinpössa, Seifersshain, Stauditz und Threna ein Verurteilungsurteil abgehalten.

**Thelma.** Aus der hiesigen Bezirksanstalt war ein Korrektionär, der sich früher einmal entfernt hatte, nachdem er sich an dem Aufseher vergrißen hatte, wiederum entwichen und hielt sich in Adamsstamm auf Paunsdorfer Flur auf. Jetzt wurde er bei einer Jagd in den Wäldern des Mittergutsbesizers Körner festgenommen und der Bezirksanstalt wieder zugeführt.

**Zwidau.** In der letzten Stadtverordnetenversammlung kündigte Oberbürgermeister Keil an, daß die Zwidauer Sparkasse etwa 90 000 M. Kursverluste an Wertpapieren zu erwarten hat. Der Leberchuss aus dem Haushaltsplan für 1906 von 288 052,22 M. wird dadurch schon beträchtlich mitgenommen. Da der letztgenannte Leberchuss zu dem bereits vorhandenen aus früheren Jahren kämmt, wodurch sich die Gesamtsumme im Leberchussfonds auf 456 351 M. stellen wird, so richtet der Stadt. Simon mit Recht an den Oberbürgermeister die Frage, ob nicht die Verwendung eines Teiles dieser Leberchüsse zur Erleichterung der Steuerzahler erfolgen könne. Die Leberchüsse entstanden doch nicht bloß durch Erparnisse oder durch höhere Einnahmen, sondern in der Hauptsache doch durch zu viel erhobene Leistungen. Davon wollte indessen der Oberbürgermeister nichts hören und prophezeite größere Ausgaben im neuen Jahre. Bei Beratung des neuen Haushalts wird das Publikum wohl auch erfahren, an welchen Effekten die Sparkasse so enorme Verluste erlitten hat. Dieser Fall zeigt wieder einmal die hochbedenkliche Seite des Begehrens der Regierung, die Sparkassen in Sachsen sollten mindestens 25 Proz. ihrer Leberchüsse in deutschen Wertpapieren und davon mindestens 8 Proz. in sächsischen Staatsschuldverschreibungen anlegen, statt sich mit der Anlage wie bisher bis zu 80 Proz. auf den Hypothekenschein einzulassen. Die oben erwähnten beträchtlichen Kursverluste dürften die Gegner der zu solchen Anlagen von Leberchüssen in Wertpapieren in ihrer Gegnerschaft nur bestärken. Bei der vorsichtigen mindelmäßigen Belebungssicherheit in Grundstücken könnten sich so hohe Verluste für die Sparkasse nur kaum ereignen.

**Schwendt. Taschen zu!** Bekanntlich mußte sich unsere Stadt verpflichten, um die „Elektrische“ zu bekommen, der Gesellschaft 100 000 M. zu schenken und ihr außerdem ein zirka drei Morgen großes Stück Land von Werten von 60—70 000 M. unentgeltlich zu überweisen. Wenn man weiter in Betracht zieht, daß der Plan, das eventuell zu errichtende Rathaus auf dem Wilhelmshöhe entstehen zu lassen, durch die „Elektrische“ unmöglich geworden ist, und weiter die Stadt drei Scheunen kauft, um dann den Platz der Außenbahn-Aktien-Gesellschaft unentgeltlich abzutreten, so wird die Summe, die der Stadt verloren geht, eine ungeheuer große. In einem Schreiben vom 17. Mai d. J. hat der Bürgerverein den Magistrat um Auskunft, wie weit die Angelegenheit der elektrischen Bahn gediehen sei. Der Magistrat antwortete am 27. Aug., daß der Vollenbung nichts mehr im Wege sehe. Gleichzeitig wurde dem Bürgerverein eine Sammelliste, die der Verein den Einwohnern vorlegen sollte, überwiesen. Der Verein beschloß aber, die Vorlegung der Liste bei der Einwohnerversammlung dem Magistrat zu überlassen. Dem Magistrat

hängt es an bange zu werden. Um seinen Versprechungen, alles ohne Steuererhöhung zu machen, nachzukommen, versucht er es mit Sammellisten. Der Herr Bürgermeister wünscht dadurch 20 000 M. einzubekommen. Die Arbeiterklasse hat gegen diese Schenkerlei inimmertwährend protestiert. Sie kann nicht verstehen, wie man dazu kommt, durch Beschenke einer Privatgesellschaft die Dividende zu sichern. Darum ist der Arbeiterklasse bei Vorlegung der Listen — wenn der Magistrat wirklich zu diesem Mittel greifen sollte — zu raten: Taschen zu!

## Gerichtssaal.

### Schöffengericht.

Die **Gesundordnung** und ihre Zwangsmittel. Der Fahrradhändler Ferdinand Kiehl in Marktstraße hatte ein Strafmandat über 8 Mark oder zwei Tage Haft und seine sechzehnjährige Tochter ein solches über 5 Mark oder zwei Tage Haft zugestellt erhalten, weil sie sich gegen die Bestimmungen der Gesundordnung insofern vergangen haben sollten, als das Mädchen einen angenommenen Dienst auf Veranlassung des Vaters nicht angetreten haben sollte. Die Vorgeschichte dieser Verurteilung ist die folgende: A. wollte seine Tochter in eine leichte Dienststellung tun, damit sie sich in allen häuslichen Arbeiten weiter ausbilden sollte, wie das zu Hause möglich gewesen wäre. Deshalb kam es ihm auch hauptsächlich darauf an, daß die von dem Mädchen verlangten Arbeiten ihren jugendlichen Kräften angemessen seien. Daher hatte er seiner Tochter ausdrücklich unterlag, eine Stellung bei einem Fleischer, einem Bäcker oder in einem Restaurant anzunehmen. Das Mädchen begab sich nun in Begleitung einer Bekannten zu einer Stellenvermittlerin, und dort ließ es sich von der Vermittlerin sowohl wie von ihrer Bekannten überreden, zu einem Bäcker in Dienst zu gehen, was gerade eine passende Stellung für sie sei, wo sie es sehr gut habe und dergleichen mehr. Das Mädchen nahm den Mietzettel von dem Bäcker an und damit war der Vertrag von beiden Seiten rechtsgültig abgeschlossen. Als die A. aber nach Hause kam und ihrem Vater davon Mitteilung machte, daß sie sich in eine Bäckerei vermiethet habe, wurde der Vater sehr unzufrieden und bestimmte seine Tochter, den Mietzettel zurückzugeben und die Stellung nicht anzutreten. Nun erstattete der Bäcker Anzeige und es erfolgte die oben angegebenen Strafbefehle, gegen die A. sowohl für sich wie auch für seine Tochter Einspruch erhob und gerichtliche Entscheidung verlangte. Er wandte nämlich ein, daß der Abschluß des Dienstvertrages zwischen dem Bäcker und seiner Tochter nicht rechtsgültig sein könne, da seine Tochter gegen seine väterliche Gewalt verstoßen und den Vertrag gegen seinen ausdrücklichen und ihr bekannten Willen eingegangen sei. Daran könne auch die Annahme des Mietzettelers nichts ändern. Das Schöffengericht war aber anderer Meinung. Es erkannte, daß beide Strafmandate als zu Recht erlassen angesehen werden müßten. Der Strafbefehl über 8 Mark gegen den Vater wurde glatt bestätigt. Die Tochter wurde unter Aufhebung des gegen sie erlassenen Strafbefehles über 5 Mark nur aus dem Grunde freigesprochen, weil das Schöffengericht annahm, daß das Mädchen bei ihrem jugendlichen Alter die zur Erkenntnis der Strafbarkeit ihrer Handlung erforderliche Einsicht noch nicht gehabt habe.

Eine juristisch fein begründete Freisprechung. Der frühere Expedient am hiesigen Amtsgericht Hermann Aul Meißner aus Zwidau hat gegenwärtig eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten in der Strafanstalt Hohened zu verbüßen, die er sich wegen Untreue im Amte zugezogen hat. Er war öfters im angetrunkenen Zustande zum Dienst erschienen und hatte seine Pflichten vernachlässigt, so daß ihm zum 30. Juni gekündigt worden war. Im April schon hatte er sich eine goldene Uhr herausgeben lassen, die aus einem Diebstahlsverbrechen an der Gerichtsstelle aufbewahrt wurde. Diese Uhr trug er eine Zeitlang und um Pfingsten verlor er sie für eine Fuchshaut. Jedochschulden von mehr wie 180 Mark bei dem Wirte L. haben ihn auch veranlaßt, diesem einen photographischen Apparat zu verschaffen, den er sich für 145 Mark auf Abzahlung gekauft, auf den er aber erst 70 Mark abgezahlt hatte, so daß der Apparat nach dem Kaufvertrage noch nicht sein, sondern vor der Hand noch Eigentum der betreffenden Firma war. In dieser Verpändung erblickte die Staatsanwaltschaft eine Unterschlagung und erhob dahingehend Anklage gegen Meißner, aber sie hatte keinen Erfolg. Das Schöffengericht unter dem Vorsitz des Richters Dr. Hänle sprach den Angeklagten kostenlos frei mit der Begründung, daß dem Gastwirt L. wohl bekannt gewesen sein müßte, daß Meißner den Apparat noch nicht ganz bezahlt habe, daß derselbe also noch nicht sein Eigentum gewesen sei. Deshalb habe L. an dem Apparat auch gar kein dingliches Recht erwerben wollen, noch habe er ein solches dingliches Recht erworben gehabt. Es sei ihm lediglich darauf angekommen, ein Zwangsmittel in Händen zu haben, um auf seinen Schuldnern einen gewissen Druck ausüben zu können. Auf beiden Seiten, sowohl bei dem Pfänder wie bei dem Schuldner, habe der Wille, der Firma dauernd das Verfügungsgewalt an dem ihr noch gehörenden photographischen Apparate zu entziehen, nicht vorgelegen. Daher sei die Hingabe des Apparates als Siderheit auch nicht als eine Unterschlagung aufzufassen gewesen, was die kostenlose Freisprechung zur Folge haben mußte. Immer läuft eine solche Unterschlagungsaffäre nicht so günstig ab wie bei Meißner, dem ehemaligen Amtsgerichtsexpedienten.

### Landgericht.

Fortgesetzte Unterschlagungen brachten die Verkäuferin Emma M. aus Otterndorf auf die Anklagebank. Seit dem Januar 1901 war die M. in der Magwitzer Filiale der Ludwigschen Färberei und chemischen Waschanstalt in Wahren als Leiterin angestellt gewesen. Da sie mit ihrem Monatsgehalt, der nur 60 M. betrug, nicht auskam, zumal sie auch noch für ein uneheliches Kind zu sorgen hatte, vergriff sich die M. an den von ihr vereinnahmten Geschäftsgeldern und entnahm der Kasse bis zum April ds. J. nach und nach 121 M. Unter Verhaftung ihrer Zwangslage erkannte das Gericht gegen die Angeklagte, die sich bisher noch straffrei gehalten hatte, auf drei Monate Gefängnis.

### Kriegsgericht.

Ein Hauptmann als Soldatenschänder. Mit der in gar keinem Verhältnis zu der Schwere der Tat stehenden Strafe von drei Wochen Stubenarrest war der in 189. Infanterieregiment dienende Hauptmann und Kompagnieführer Franz Erdmann Schulke vor einiger Zeit nach einer wegen Gefährdung der Disziplin hinter verschlossenen Türen geführten Verhandlung vom Gericht der 2. Division Nr. 24 in Leipzig belegt worden. Hauptmann Schulke stand damals unter der Anklage der vorläufigen Verurteilung wegen Unterschlagung. Nach dem Anklagebeschluß hatte er am 22. Januar in Döbeln 35 Mann seiner Kompagnie bei grimmaer Kälte drei Stunden lang ohne Handschuhe exerzieren lassen. Elf der Leute waren bei dieser Schänderei die Hände erfroren und mehrere andere Leute entsetzt bis zu vier Wochen keinen Dienst tun. Dieses Urteil hatte, wie wir in Erfahrung brachten, der Gerichtsherr angefochten. Daraufhin ist Hauptmann Schulke vom Oberkriegsgericht Leipzig unter Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils mit 2 Monaten 1 Woche

fest und haft bestraft worden. Hiergegen hatte aber der Verurteilte Revision beim Reichsmilitärgericht in Berlin eingelegt. Letzteres verwarf die Revision und bestätigte das Urteil des Oberkriegsgerichts.

### Reichsgericht.

Aus „feinen“ Kreisen. Im Berliner Tageblatt hatte der Amtsrichter S. ein Heiratsgeheimnis veröffentlicht. Der Spezialarzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten, Dr. Georg Weisbrod in Düsseldorf meldete sich und erklärte sich bereit, ihm eine geeignete Dame zu nennen, wenn er sich durch Revers verpflichtete, ihm nach Abschluß der Ehe 10 000 M. zu zahlen. S. änderte auf dem Revers die Zahl in 6000 ab, unterzeichnete ihn und sandte ihn an Dr. Weisbrod zurück. Dieser gab ihm nun die Adresse der Dame. Der Amtsrichter reiste hin, stellte sich der Dame vor und heiratete sie bald darauf. Nachdem S. dem Dr. Weisbrod 6000 M. gezahlt hatte, schrieb dieser jenem nach Traunsbürg, wohin er verzogen war, er beantrage noch die weiteren 4000 M. und außerdem ein Geschenk von 2000 M. für seine Frau. Da die Gattin des Amtsrichters, Tochter eines Rechnungsrates, nur 12 000 M. Mitgift erhalten hatte, war der Amtsrichter nicht geneigt, das Verlangen zu erfüllen. Die Drohung Weisbrods, er werde den Rest des Reverses einflagen, beantwortete der Amtsrichter mit dem Hinweis auf das bürgerliche Gesetzbuch, wonach derartige Forderungen nicht klagbar sind. Weisbrod antwortete darauf, er werde sich an das Landgericht Lück wenden und um Stellung eines Anwalts in seiner Sache bitten. Tatsächlich schrieb Weisbrod auch an drei Rechtsanwälte in Wialla, wo der Amtsrichter damals tätig war. Die Rechtsanwälte nahmen die Vertretung auch an, weil sie noch nicht erfahren hatten, um was es sich handelte. Aus Furcht vor der öffentlichen Breittretung seiner Sache, vor einem Disziplinarverfahren und der Ausstoßung aus dem Reserveoffiziersstande und dem studentischen Korps, beschloß der Amtsrichter aus dem Leben zu scheiden. Er führte seinen Vorjah aus, indem er sich von der Eisenbahn überfahren ließ. Weisbrod wurde nun wegen versuchter Erpressung unter Anklage gestellt. Er hat früher in Frankfurt a. M. gelebt und dort Grundstücksgeschäfte getrieben. Dann verzog er nach Mainz und später nach Düsseldorf. Hier ist er bereits wegen Betrugs verurteilt worden, weil er sich durch einen nicht approbierten Rechtskundigen hat vertreten lassen. In der Hauptverhandlung am 12. Juli d. J. wurde er vom Landgerichte Düsseldorf wegen versuchter Erpressung zu einem Jahre Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. — Seine Revision kam heute vor dem Reichsgerichte zur Verhandlung und wurde, da sie sich nur gegen die tatsächlichen Feststellungen richtete, als unbegründet verworfen.

### Auskunft in Rechtsfragen.

**M. R., Selterhausen.** Ihre Frau kann im Wege der Klage Widerspruch gegen die Zwangsvollstreckung bei dem Gericht geltend machen, in dessen Bezirk die Zwangsvollstreckung erfolgt ist.  
**G. L., Altschöcher.** Wenn die Gefängnisstrafe länger als einen Monat dauert, ruht während dieser Zeit das Recht auf Bezug der Invalidenrente.

### Briefkasten der Redaktion.

**G. R. 101.** Gehört zur Amtshauptmannschaft Borna. Die Anstellung geschieht durch die Amtshauptmannschaft, eont. in größeren Gemeinden durch diese mit Genehmigung der Amtshauptmannschaft. Eine besondere Prüfung dürfte nicht notwendig sein.  
**M. G., Schönefeld.** Können wir leider nicht feststellen.  
**Walter P., L.-H.** Wir halten die Veröffentlichung Ihres Eingelands nicht für angebracht.

### Wetterbericht

**Des sächs. meteorol. Instituts Dresden.**  
Voransage für den 11. September.  
Fortgesetzt trocken und ziemlich heiter, mäßige nordöstliche Winde, warm.

## Vereine und Versammlungen.

Verband der freien Gast- und Schankwirte (Zahlstelle Leipzig). In der Monatsversammlung am 5. September verlas der Vorsitzende ein Schreiben des Gewerkschaftsrates, in dem die Aufnahme der Ortsgruppe Leipzig abgelehnt wird. Hierauf bezieht die Kollege Müller über den Verbandsrat in Gera. In die Agitationskommission wurden G. Naumburg, E. Weismann, E. Grobe, S. List, A. Küster, L. Küster und J. Kozmarek gewählt.

### Jugendvereinigung L.-Süd.

In der Mitgliederversammlung vom 30. August hielt Genosse Freitag einen Vortrag über: Wanderungen durch die Forenaden. Seine Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Dem Verein traten zehn neue Mitglieder bei.

### Die Tabakarbeiter

hielten am 31. August eine öffentliche Versammlung ab, in der mehrere Anträge und eine Resolution einstimmig angenommen und der Generalversammlung als Material überwiesen wurden. Als Delegierter zur Generalversammlung wurde Kollege Hoffmann gewählt.

### Buch- und Steinbruderei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

In der am 7. d. M. in den Vereinslokalen abgehaltenen Versammlung referierte zunächst der Genosse Meis-Wurzen über Arbeiterversicherung. Hierauf gab der Kassierer Kollege Wollan den Kasienbericht für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni d. J. bekannt, dem zu entnehmen ist, daß einer Einnahme von 22 318,27 eine Ausgabe von 14 246,08 M. gegenüberstand. Ein Ueberschuss von 8072,19 war zu verzeichnen. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt. Als Tarifschiedsgerichtsbeisitzer wurden die Kollegin Bietow, Kollege Helbig und Krehschmar und als Stellvertreter Lieblich König, Hellthaler und Seidel gewählt, sowie Schulze und Herrmann als Vertreter des Verbandes zu den Verhandlungen ernannt. Des Weiteren wurden auf Antrag der Verwaltung von den Anwesenden 150 M. zur Vervollständigung der Bureaueinrichtung bewilligt. Ueber die Tätigkeit des seit fünf Monaten bestehenden paritätischen Arbeitsnachweises im Buchhändlerhaus berichtet der Vertrauensmann Kollege Schulze leider nichts Erfreuliches. Ein großer Teil der Firmeneinhaber nehme ihn nicht in Anspruch, sondern sucht weiterhin durch Annoncen Druckerstellungsverhältnisse. Da der Tarif verlangt, daß Unternehmer und Arbeiter bei eventuellem Bedarf nur den auf paritätischer Grundlage beruhenden Arbeitsnachweis zu benutzen haben, so ist diese Nichtbeachtung betreffender Einrichtung als Tarifbruch zu betrachten. Schulze brachte deshalb eine entsprechende Resolution ein, die einstimmig Annahme fand. Nach Erledigung einiger Verbandsangelegenheiten schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.







Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 10. September.

Geschichtskalender. 10. September 1878: Vorlage des zweiten Sozialistengesetzes im Reichstage.

Nationalliberale Umfallopolitik.

Der nationalliberale Landesverein hat am 14. Juli durch eine Resolution seine Stellung zu dem Hohenthalschen Wahlrechtentwurf gekennzeichnet. Der Schluss der Resolution lautet:

Vor allem aber hat er gegen die Uebertreibung des einen Teiles der Wahlen an die Kommunalverbände und die dadurch herbeigeführte Spaltung der Zweiten Kammer in zwei ihrem innersten Wesen nach verschiedene Gruppen von Abgeordneten so schwere Bedenken, daß er dem Entwurf in der vorliegenden Form nicht zustimmen vermag.

Heute liest man in den Leipziger Neuesten Nachrichten:

Die nationalliberale Wahlkreisversammlung der nationalliberalen Vereine im 23. sächsischen Reichstagswahlkreise hat am gestrigen Sonntag in Oelsnitz in Sachen des Hohenthalschen Wahlrechtentwurfs einstimmig der bekannten Leipziger Resolution zugestimmt. Landtagsabgeordneter Poppiß teilte der Versammlung mit, daß er kurz nach der Leipziger nationalliberalen Tagung mit dem Grafen Hohenthal über den Entwurf des neuen Landtagswahlgesetzes gesprochen habe. Als Abgeordneter Poppiß dem Minister mitteilte, daß die nationalliberale Fraktion gegen die Wahlen durch kommunale Verbände sei, habe Graf Hohenthal geantwortet, darüber ließe er auch noch mit sich reden.

Die Nationalliberalen haben sich also in schärfster Weise gegen die Wahlen durch die Kommunalverbände ausgesprochen. Von der Regierung weiß man, daß sie in diesem Punkte mit sich reden lassen werde. Die nationalliberalen Kandidaten Dr. Schill und Müller aber haben sich für die Kommunalwahlen ausgesprochen. Die Herren Dr. Schill und Müller marschieren also an der Spitze der nationalliberalen Umfallopartei.

In einer konservativen Wählerversammlung in Dresden stellte zum Schlusse der reformerische Reichs- und Landtagsabgeordnete Zimmermann nach einem Berichte der Dresdner Nachrichten

Klar, daß die Nationalliberalen seinerzeit für das jetzt herrschende Wahlgesetz und für die Fahrkartensteuer mit ihrer verkehrsfreundlichen Tendenz gestimmt hatten. Diese Partei stehe nach den verschiedensten Richtungen auseinander, hier stimme sie so, dort wieder so, und man frage vergebend nach ihrem Programm, an das man sich halten könne. Wir brauchen im Landtag Leute, die in praktischer Hinsicht mit dem Mittelstand verwaschen sind.

In Leipzig aber unterstützen die Reformen diese nationalliberalen Molluskten!

Zur Landtagswahl schrieb dieser Tage die Neue Vögländische Zeitung:

Es darf kein Entwurf Gesetz werden, der den bestehenden Zustand in seiner Hinsicht verbessert, der nur gibt, um dann sofort wieder zu nehmen, der den Unterschied zwischen städtischen und ländlichen Wahlkreisen wohl beseitigt, der aber an ihre Stelle eine Einteilung setzt, die nicht minder ungerecht ist, weil die Zahl der wahlberechtigten Einwohner in den einzelnen Wahlkreisen zwischen 56 490 und 9251 schwankt, so daß von einer Gleichberechtigung in bezug auf die Verteilung des Wahlrechts keine Rede sein kann. Das wollen wir uns ja vor Augen halten und ebensoviele vergessen, daß die Kompromissstunde der Konservativen lediglich darauf berechnet ist, einen Keil in die Einigkeit der Liberalen zu treiben, damit die Konservativen um so ungezügelter bauen können. Und das Vergnügen möchten wir ihnen doch von vornherein vereiteln.

Auch in einer konservativen Versammlung in Chemnitz warnte ein konservativer Redner vor den Nationalliberalen, die, wie der nationalliberale Kandidat Dickelhayn in Chemnitz, allen Ständen helfen wollen. „Doch sollten sich die Wähler hüten vor Leuten, die soviel versprechen; denn vor allen Ständen Versprechungen mache, könne den wenigsten Ständen helfen.“

Das trifft in vollem Umfange auf die Herren Dr. Schill und Müller zu. Deshalb lassen sich auch die Herren der konservativen Unterstützung gefallen — der beste Beweis, daß ihnen kein Schritt weiter zu trauen ist, als den Konservativen. Deshalb wieder mit den Nationalliberalen!

Kaufmannsgerichtswahlen. Die Wahlen der Leipziger zum Kaufmannsgericht Leipzig finden im Oktober dieses Jahres statt, und zwar wählen die selbständigen Kaufleute Mittwoch, den 23. Oktober, von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends, im kleinen Saale von Sitzung u. Helbig, Leipzig, Schloßgasse 22, und die Handlungsgehilfen Donnerstag, den 24. Oktober, von 11 Uhr vormittags bis um 8 Uhr abends, in folgenden Lokalen: im kleinen Saal von Sitzung u. Helbig, Leipzig, Schloßgasse 22, im Schloßkeller zu L.-Rendnitz, Dresdner Str. 56, im Felsenkeller zu L.-Blagwitz, Karl Heine-Strasse 32, im Schloß Drachenfels zu L.-Gohlis, Keul. Hallestr. 1, in der Schankwirtschaft zum Ratskeller zu Liebertsdorf, in der Schankwirtschaft von Königer zu Markranstädt, im Sitzungssaal des Rathauses zu Lancha, in der Schankwirtschaft zum Ratskeller zu Jenuken. Bei der Wahl der Handlungsgehilfen sind die Wähler an ein bestimmtes Wahllokal nicht gebunden, jeder Wähler kann sein Stimmrecht nach seiner Wahl in einem der genannten Lokale ausüben. Zu wählen sind für die Zeit vom 1. Januar 1908 bis zum 31. Dezember 1910 80 Weiszer und 20 Erbsenwänner, die je zur Hälfte Kaufleute und Handlungsgehilfen sein müssen.

Ortsgesetz über die Bebauung von L.-Lindenu-West. Dem Entwurfe dieses Ortsgesetzes hatten die Stadtverordneten im Mai 1906 zugestimmt mit der Maßgabe, daß zwischen dem Schutzgraben und der Straße P die Hinterlandbebauung ausgeschlossen wird. Ferner wurde beantragt, den freien Platz zwischen den Bauflächen 13, 14, 15 und 17 an der Lühner Straße in der Weise anzuordnen, daß die Baufläche 14 südlich mit der Straße W abschneidet. Dem Antrage wegen Verlegung des freien Platzes ist stattgegeben und auf der Baufläche 5 die Hinterlandbebauung in der gewünschten Weise ausgeschlossen worden.

Das Ministerium des Innern, dem das Ortsgesetz zur vorläufigen Prüfung vorgelegen hat, hat einige Abänderungen der Bauvorschriften verlangt. Es ist dabei, ebenso wie die Kreisbauhauptschaft, von der Ansicht ausgegangen, daß die in dem Bebauungsplan vorgezeichnete Bau- und Wohnbedeutung bei der völligen Auflösung des Plangebietes ungeachtet des Umstandes, daß es sich um ein Arbeiterwohnviertel handelt, zu groß sei, zumal erfahrungsgemäß eine derartige Bau- und Wohnbedeutung nicht zu billigen Wohnungspreisen, sondern zu hohen Bodenpreisen und hohen Gewinnen der Bodenspekulanten führe, für die künftigen Bewohner aber nur soziale und gesundheitliche Nachteile zur Folge habe. Nachdem der Rat demgegenüber die festgesetzte Bauweise näher begründet hatte, hat das Ministerium nur noch die Forderung aufrecht erhalten, daß die für die geschlossene und halboffene Bauweise in Aussicht genommenen Bauflöche entweder 80 Meter Tiefe erhalten, oder daß für diese Bauflöche, soweit sie eine geringere Tiefe als 80 Meter erhalten sollen, nur drei Geschosse zugelassen werden, und daß ferner für die Bauflöche 9, 10 und 17 die offene Bauweise festzusetzen sei. Im übrigen hat es den Entwurf nicht weiter beanstandet und seine Bedenken, die es ursprünglich gegen die Anordnung der viergeschossigen geschlossenen Bauweise auf den Bauflächen 6, 7, 11, 16 und 18, und gegen die Zulassung von 3 Wohnungen in einem Geschosse fallen gelassen. Demgemäß mußten die Bauvorschriften noch in folgenden Punkten abgeändert werden:

- 1. ist für die Bauflächen 9, 10 und 17 die offene Bauweise vorgeschrieben worden, und
2. ist die Gebäudehöhe auf drei Geschosse eingeschränkt worden für die Bauflächen 2-4 längs der Demmeringstraße, für die Baufläche 2 längs der Straße IX, für die Bauflächen 2 und 3 längs der Lühner Straße und für die Bauflächen 8 und 12-15.

Eine bedeutende Steigerung des Güterverkehrs wird vom 1. Oktober ab auf dem preussischen Bahnhof Plagwitz-Lindenau eintreten. Vom genannten Tage an wird der gesamte, von Hamburg, Bremen, Magdeburg usw. kommende, nach dem Süden bestimmte Güterverkehr nicht mehr über Engelsdorf, sondern über Wahren-Plagwitz-Lindenau-Gaschwitz geleitet.

Außenbahn Leipzig-Gautsch. Von morgen, Mittwoch, ab fahren die Wagen der Außenbahnlinie Gautsch wieder durch die Zeiser Straße nach dem Kopflage.

Sau vor dem Reichsgericht. Die Verhandlung über die Revision des zum Tode verurteilten Rechtsanwalts Sau wird am 12. Oktober vor dem ersten Strafsenat des Reichsgerichts stattfinden.

Die vierte Wagenklasse in Sachsen. Der Verband sächsischer Verkehrsvereine mit dem Sitz in Leipzig hat an die Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen eine Eingabe gerichtet wegen Einführung der vierten Wagenklasse und Ausgabe von Sonntagsfahrkarten auf den sächsischen Staatsbahnen. Es wird u. a. darauf hingewiesen, daß in Sachsen die Züge die vierte Klasse nur an Wochentagen führen, die Reisenden also genötigt sind, an Sonntagen mindestens die 3. Klasse zu benutzen, somit den um 50 Proz. höheren Preis zu zahlen. In diesen 50 Proz. tritt noch die Fahrkartensteuer der 3. Klasse, die für die 4. Klasse nicht erhoben wird. Derselbe Reisende, welcher gewohnt ist, in der 4. Klasse zu fahren, wird gezwungen, wenn er an Sonntagen auf einer sächsischen Eisenbahn fährt, die 3. Klasse mit den bedeutend höheren Preisen zu benutzen. Hierin liegt eine große Härte, insbesondere für den Arbeiter und den kleinen Bürger, welche mit ihren Ausgaben haushälterisch rechnen müssen und bei denen die erhöhten Preise an Sonntagen einschlagend sind, ob sie eine geplante Reise überhaupt unternehmen können. Der kleine Mann erleidet gerade an Sonntagen seine notwendigen Angelegenheiten, und da ist es für ihn besonders einschneidend, wenn er gezwungen wird, die 3. Wagenklasse zu benutzen und in ihr die höheren Tarifpreise nebst Fahrkartensteuer zu bezahlen. Ob die Eingabe Erfolg haben wird, ist sehr zweifelhaft. Bis jetzt hat sich die Regierung allen derartigen Anregungen gegenüber ablehnend verhalten. Ueber die Bedürfnisse des „kleinen Mannes“ hat man sich bisher aus „Sparankheitsrücksichten“ immer sehr schnell hinweggesetzt.

Witterweile wird von Dresden gemeldet, es scheine, als ob die Regierung nicht mehr so ganz abgeneigt wäre, unter Umständen ihren früher vollständig ablehnenden Standpunkt zu verlassen. So sei dem Verbands sächsischer Gewerbe- und Handwerkervereine auf eine gleiche Eingabe mitgeteilt worden, daß sich der sächsische Eisenbahnrat gegenwärtig mit einer gründlichen Prüfung der Angelegenheit beschäftige. Man wird aber gut tun, daran nicht allzu große Hoffnungen zu knüpfen. „Geprüft und erörtert“ ist schon sehr oft worden, aber herausgekommen ist bisher noch nichts.

Unbequemlichkeiten als Folgen eines Betriebsunfalles sind nach der ständigen Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts nicht als bezifferbare Erwerbsbeschränkung aufzufassen. Diesen Standpunkt hat auch kürzlich in einer Urteilsache das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Leipzig eingenommen. Ein Arbeiter hatte sich vor mehreren Jahren bei der Arbeit einen Schließbeinbruch zugezogen, für die Folgen dieses Unfalls erhielt er bis vor kurzem eine Unfallrente von monatlich 8 RM. Wegen die nunmehr erfolgte Entziehung der Rente wurde vom Verletzten Berufung eingelegt mit dem Hinweis, daß er beim Heben der Rente noch ein schmerzhaftes Gefühl verspüre und beim Heben schwerer Gegenstände ein stechender Schmerz aufträte. Das Schiedsgericht hat aber auf Grund eines ärztlichen Gutachtens die geflagten Beschwerden beim Arbeiten nur als eine gewisse Unbequemlichkeit erachtet und hat, unter Bezugnahme auf die eingangs erwähnte Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts die Berufung verworfen.

Postlagernde Briefsendungen können in Leipzig bei allen Postämtern (mit Ausnahme der Postämter 5, 10 und 13) in Empfang genommen werden; das Abholungsamt muß in diesem Falle genau bezeichnet sein. Postlagernde Einschreibbriefsendungen können nur bei den Postämtern 1, 2, 3, 6 und 7 und alle übrigen postlagernd gestellten Sendungen, also Pakete, Telegramme, Wert- und Geldsendungen nur beim Postamt 1 (Augustplatz) in Empfang genommen werden. Bei den Vorortpostanstalten können postlagernde Sendungen jeder Art abgeholt werden.

Die Sicherung der Bahnpostwagen. Die Eisenbahn pflegt die Bahnpostwagen unmittelbar an den Anfang oder am Ende des Zuges zu setzen. So kommt der Postwagen oft zwischen Lokomotive und Packwagen zu stehen. Bei Unglücksfällen ist der Lokomotive verhältnismäßig leichte Postwagen besonders bei D-Zügen in einer üblen Lage. Kommt z. B. die Lokomotive infolge einer Entgleisung oder eines Zusammenstoßes plötzlich zum Stehen, so schieben sich alle nachfolgenden Wagen mit vereintem Druck auf den Postwagen, so daß er häufig vollständig zusammengedrückt wird. Schon vor den großen Unglücksfällen der letzten Jahre hatte sich die Postverwaltung entschlossen, Versuche mit D-Wagen zu machen. Der Durchgang beansprucht natürlich viel Platz und verhindert auch die Verladung der Postkisten. Es sind aber schon längst zwei derartige Wagen bestellt. Während die Wagen bisher 12 m lang sind, sollen sie künftig 17 m lang werden. Nach dem Unglück bei Dittersberg hat die Verwaltung sich noch zu einem ganz neuen Typ entschlossen. Diese Wagen, ebenfalls 17 m lang, erhalten vorne und hinten je ein Mittel von je 2 m Breite als Puffer. Der Raum derselben soll nur als Kleiderablage und jedenfalls nicht zum dauernden Aufenthalt der Postbeamten dienen. Die Weite sind dazu bestimmt, die Wirkungen des Zusammenstoßes zu mildern. An dieser zweiten Gattung sind im ganzen zunächst fünf Stück bestellt. Die Wagenbauanstalten sind aber, besonders in Preußen, so mit Aufträgen überhäuft, daß die Herstellung länger als wünschenswert auf sich warten läßt. Die Wagen dürften vor Ende März nächsten Jahres kaum abgeliefert werden und damit die kostspieligen Versuche in dieser Frage beginnen.

Durch das leichtsinnige Ausgehen mit bengalischen Zündhölzchen hat gestern nachmittag in L.-Kleinshocher ein 11-jähriger Knabe einen Brand verurteilt. Eins der von ihm abgebrannten und weggeworfenen Zündhölzchen fiel in eine Parterrerwohnung des Hauses Klagenstraße 57 und setzte dort verschiedene Wirtschaftsgegenstände in Brand, wodurch ein Schaden von etwa 100 RM. entstanden ist. Der Brand wurde von den Hausbewohnern unterdrückt.

Gefährliche Bekanntschaft. Gelegentlich eines Spazierganges im Sonnenwälder Holze nahm ein 25 Jahre alter Arbeiter aus Connewitz einen jungen Mädchen, dessen Bekanntschaft er gemacht hatte, mit Gewalt und unter Drohungen das Portemonnaie mit Geld ab und ergriff damit die Flucht. Der dreiste Dieb wurde aber sofort festgenommen und der Polizei übergeben.

50 RM. Besohlung sichert eine Händlerin in der Hainstraße auf das Herbeischaffen eines ihr von ihrem Hausstande gestohlenen grauen Weibentels mit 700 RM. zu.

Eine weitere Besohlung von derselben Höhe ist ausgesetzt auf das Wiederbringen einer goldenen Glashütter Herrenremontuhr Nr. 56442 mit goldener Panzerkette, die vor kurzem am Bayerischen Bahnhof einem Herrn gestohlen wurde.

Pferd und Wagen gestohlen. Heute früh wurde an der Markthalle ein einspänniges Geschirr im Werte von 600 RM. gestohlen. Der Dieb, ein 17-jähriger Arbeiter aus Berlin, wurde bald darauf mit dem Geschirr angetroffen und verhaftet.

Ein Dieb wurde in der Nacht zum Montag dingfest gemacht. In der Emilienstraße traf ein Schuttmann einen Menschen, der plötzlich ein Paket, das er unter dem Arme trug, von sich warf und die Flucht ergriff. Der Schuttmann holte aber den Fliehenden in der Windmühlstraße ein und führte ihn dem Polizeiamte zu, wo man in ihm einen 29-jährigen Arbeiter aus Lindenau erkannte. Das weggeworfene Paket enthielt eine Salonuhr, die der Spitzhube mit noch anderen Sachen kurz zuvor aus einer Parterrerwohnung in der Emilienstraße, in die er durch ein offenes Fenster eingestiegen war, gestohlen hatte. Auf dieselbe Weise hatte der Festgenommene auch einige Tage vorher aus einer Wohnung der Eiferstraße einen Geldbetrag und für mehrere Hundert Mark Sammelgaben gestohlen. Darunter befanden sich einige goldne Broschen, die der Dieb auf der Waise an unbekannte Mädchen verschickt haben will. Letzteren ist anzuraten, sich bei der Kriminalpolizei zu melden.

Durchgänger. In der Meusdorfer Straße ging gestern das Pferd eines Fleischergehirrs durch. Das Tier raste die Pegauer Straße hinunter nach der Brücke, wo ein Polizeiwachmeister das eine Ende des zerrissenen Zügels erfaßte und das Pferd, um es zum Stehen zu bringen, gegen das Pfeisengeländer zog. Dort blieb der Wagen nach heftigem Anprall hängen. Das dadurch freigewordene Pferd lief am Giskeller vorbei noch weiter bis in den Wald, wo es, ohne weiteren Schaden angerichtet zu haben, aufgehallen werden konnte.

Ferner waren gestern die Pferde eines Eisengießereigelehrten auf der Wöllaner Straße durchgegangen und in das Tor eines Kohlenhändlers in der Eichenruchtstraße gerannt. Einen Schaden haben die Tiere nicht angerichtet.

Taschendiebe auf der Straßenbahn. Mittels Taschendiebstahls wurde während einer Straßenbahnfahrt vom Bayerischen Bahnhof bis nach Stötteritz einem Herrn die goldne Remontuhr mit goldner Kette im Werte von 200 RM. und auf dieselbe Weise einem andern Herrn ebenfalls auf einer Straßenbahnfahrt, und zwar vom Hauptmarkt bis zur Eiferstraße, eine Stahluhr, sogenannte Klafenderuhr nebst goldner starkfederiger Kette und Freimanerarmgehenden gestohlen. In dem letzteren Falle kommt ein etwa 20-22-jähriger Mensch von mittler Größe mit kleinem schwarzem Schnurrbart, bekleidet mit dunklem Zaketanzug und hartem, schwarzem Hut als Dieb in Frage.

Unfall. Auf der Straßenkreuzung am Blücherplatz vor der Zufuhrstraße zum Thüringer Bahnhof wurde gestern ein Briefträger mit seinem Fahrrad von dem Kraftfahrad einer Gohliser Fabrik angefahren und ungerissen. Der Briefträger brach bei dem Sturze den rechten Oberschenkel und erlitt auch Verletzungen am Kopf. Er wurde in das Krankenhaus übergeführt.

Kleine Polizeinachrichten. Eine unbekannte, etwa 45 Jahre alte Frauensperson hat aus einer Wohnung der Köhrstraße, in die sie sich Eingang verschaffte, einen kleinen grauen Leinwandbeutel mit 102 RM. mitgenommen. Die Diebin ist groß und kräftig, hat volles, gesundfarbiges Gesicht. Sie trägt einen grauen Kostümrock, schwarzgezeichnetes Häubchen und einen grauen Hut.

Festgenommen wurde ein 16-jähriger Mühlenerbengel, der in der Weltstraße und Händelstraße zwei Fahrräder gestohlen hatte. Das eine Rad hat der Polizei verkauft, während er das andre verpfändet hatte.

Auf einem hiesigen Bahnhofs besaß ein dort beschäftigt gewesener 37 Jahre alter Arbeiter die dort eingelassenen Gepäcksstücke, weshalb er zur Verantwortung gezogen wurde.

Gestohlen wurde aus einem Keller in der Göltschenstraße ein Fahrrad Marke Panther Nr. 05 871 im Werte von 200 RM. Als Dieb kommt in Frage ein etwa 25-jähriger Mensch von gesundem Aussehen, unterseits, mit dunklen Schnurrbart.

Ferner entwendeten Diebe aus einer Wohnung in der Bayerischen Straße zwei Konzertflügel, die eine mit sechs, die



andre mit acht Klappen, dem Güterboden eines hiesigen Bahnhofs eine Seite mit Anderwaren, K. u. W. 7001 gezeichnet, und von einem Neubau in der Salomonstraße ein Fahrrad Marie Waldow.

## Aus der Partei.

Die **Arieler Genossen** haben folgenden Antrag an den Essener Parteitag gestellt: Der Parteitag möge beschließen: Bei Beratung des Militäretats sind nur solche Fraktionsredner zu bestimmen, die die nötige Garantie dafür bieten, daß sie entschiedene Stellung gegen den Militarismus nehmen und im Sinne der Resolution des Stuttgarter internationalen Kongresses sprechen.

## Gewerkschaftsbewegung.

Zur **Ausperrung der Getreidefrüchte in Königsberg**. Die im Königsberger Hafen beschäftigten Schiffsarbeiter hielten am Sonntag eine Versammlung ab, um zu der Aussperrung der Getreidefrüchte Stellung zu nehmen. Es lag ein Antrag der Getreidefrüchte vor, der verlangte, die Schiffsarbeiter sollten zugunsten der Aussperrten in einen Solidaritätsstreik eintreten. Dieser Antrag wurde von den Organisationsvertretern bekämpft und schließlich mit Dreiviertelmehrheit abgelehnt. Damit ist die Gefahr eines weiteren Kampfes im Königsberger Hafen vermieden.

Der **Hamburger Hafenbetriebsverein** beschloß in seiner letzten Generalversammlung einen Lokaltarif für die Schauerleute, der am 1. Oktober 1907 Gültigkeit erlangen soll. Wenn die Verhandlungen über diesen neuen Tarif zwischen den Schauerleuten und den Unternehmern beginnen sollen, steht noch nicht fest.

**Alpenwerkstoff**. In Bielefeld haben die Klemmer und Installateure am Sonnabend die Arbeit eingestellt. — Die Spenglergehilfen von Konstanz stehen seit Montag im Streik. Die Unternehmer suchen auswärts Arbeitskräfte. Zugun muß streng ferngehalten werden.

**Sächsische Glaser und Dreher** der Messingwarenfabrik A. Siller in Driesen haben die Arbeit niedergelegt. Sie beklagen sich in einer Lohnbewegung. Um der Bewegung zu begegnen, maßregelte der Fabrikant sechs Arbeiter, worauf die Arbeitseinstellung erfolgte. Zugun ist fernzuhalten.

**Achtung, Zimmerer!** Am Werkstättenneubau des Deltischer Bahnhofes legen die Kollegen wegen Lohnunterschieden die Arbeit nieder. Die Verbandsmitglieder werden ersucht, dies zu beachten. Verband der Zimmerer, Geschäftsstelle Leipzig.

**Achtung, Stukkature!** In Chemnitz sind Differenzen ausgebrochen. Ueber den Ort ist von der Organisation die Sperre verhängt worden und ist Zugun streng fernzuhalten.

Die **Wäcker in Stuttgart** haben einstimmig beschlossen, die Kündigung einzureichen, nachdem auf den eingereichten Tarifvertrag von den Unternehmern fast durchgängig ablehnende Antworten gegeben waren.

In **Aundbrud** stehen die Schuhmacher im Lohnkampf. Zugun ist deshalb fernzuhalten.

**gt. Am Internationalen Sekretariat der Lithographen und Steinbrücker** wurde in einer öffentlichen Versammlung dieser Branche in Nürnberg lebhaft Kritik geübt. Hauptächlich wurde die Verweigerung des Uebertritts von einer Landesorganisation zur anderen beanstandet, was dem internationalen Gedanken widerspreche, ebenso die mangelhafte Unterstützung von Streiks und Aussperrungen. Es wurde beschlossen, an den nächsten in Kopenhagen zusammenzutretenden Internationalen Kongress folgende Forderungen zu stellen: Anstellung eines beamteten Sekretärs, von dem es wünschenswert wäre, daß er die deutsche, französische und englische Sprache beherrscht; vollständige Intimität der einzelnen Landesverbände durch freien Uebertritt von einer Landesorganisation zur anderen; Freiheit der Einwanderung nach vorheriger Erlaubnis der Arbeitsverhältnisse bei den internationalen Vertrauensleuten; Gegenseitigkeit der Unterstützungen nach Maßgabe der erworbenen Rechte in allen angeschlossenen Verbänden mit gleichen Einrichtungen; Gründung einer starken Widerstandskasse durch feste Beiträge und Unterstützung schwächerer Verbände, deren eigene Mittel durch ausgedehnte Streiks und Aussperrungen erschöpft sind. Ferner wird die Verlegung des Sekretariatsbüros von England nach dem Kontinent verlangt und gewünscht, daß Deutschland mit der Bildung des Exekutivkomitees betraut wird.

Die **schwedische Töpferaussperrung** hat mit einem vollen Siege der Arbeiter gendel. Es wurde auf der ganzen Linie ein einheitlicher Tarif für Töpferarbeit in ganz Schweden vereinbart. Die Unternehmer haben sich veranlaßt, vor allem auch durch den Umstand, daß der Streikbrecherkurs vom Auslande gänzlich ausblieb, die Forderungen der Kommission der Gehilfen fast vollständig anzuerkennen.

**Bevorstehender Kampf im englischen Kohlenbergbau**. Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes von Nordwales beschloß in einer in Wrexham abgehaltenen Versammlung, die Verträge mit den Kohlenzechen zum 28. September aufzuheben. Von dieser Maßregel werden zehntausend Mann betroffen.

In **Wodg** streifen sämtliche Arbeiter von neun Webereien. Ihre Forderungen sind rein ökonomischer Natur.

## Der britische Gewerkschaftskongress.

Wegen die Auffassungen über die Bedeutung der auf dem Gewerkschaftskongress behandelten Gegenstände in der britischen Presse noch so sehr auseinandergehen, in einem Punkte herrscht allseitige Uebereinstimmung: Der Geist, der den Kongress befeuert, war eminent sozialistisch, und in sehr kurzer Zeit wird die politische Arbeiterbewegung auf demselben Standpunkt stehen, auf dem die kontinentale sozialistische Arbeiterbewegung seit langem steht. Es gibt zwar auf dem Kongress noch zwei entgegengesetzte Strömungen, aber alle Entscheidungen steuern mit größter Entschiedenheit auf die Beseitigung aller Hemmnisse zu, die dem Entstehen einer wirklichen sozialistischen Arbeiterpartei im Wege sind. So stehen die Führer, die heute noch im liberalen Fahrwasser segeln, in der Arbeiterpartei isoliert da, eine Situation, die nur so lange möglich ist, bis die Mitglieder der betreffenden Gewerkschaften ihre widerspenstigen Führer gewaltsam zur Reue bringen. Als Beweis für den Geist, von dem der Kongress befeuert ist, möge folgender Beschluß gelten. Der Sekretär des parlamentarischen Komitees, William Steadman, ist liberaler Gewerkschaftsbegehrter. Der Kongress beschloß nun, daß alle künftigen Sekretäre des parlamentarischen Komitees Mitglieder der Arbeiterpartei sein müssen. Hierhermied der Kongress zwar die wirklich richtige und radikale Entscheidung, seinem Beamten die Wahl zu stellen, entweder abzudanken oder aber seine Stellung im politischen Leben im Einklang mit der Majorität der Delegierten zu bringen, dieser Beschluß stellt jedoch unzweifelhaft fest, daß der Kongress mit der politischen Stellung seines Sekretärs unzufrieden ist.

Die bedeutungsvollsten Ereignisse des Kongresses waren eine Debatte über das Verbot von Lohndruck und eine Militärdiskussion. Der Verband der Haararbeiten hatte eine Resolution beantragt, die von der Regierung Maßregeln gegen das Verbot verlangt. Hierzu hatte der Verein der Geschäftsbuchbinder ein Amendement beantragt: „Da die jetzige Regierung fortfährt, neue Lords zu ernennen, während sie zur selben Zeit vorgibt, die Rechte der Lords brechen zu wollen, fordern wir die Arbeiter

auf, der Abweisung der öffentlichen Aufmerksamkeit von den wirklichen sozialen Reformen entgegenzuwirken. Der Kongress ist dafür, daß die Konstitution des Unterhauses verändert wird, damit nur unabhängige Arbeitervertreter gewählt werden, die die Wünsche und Forderungen der Arbeiterklasse zur Durchführung bringen.“ Die Geschäftsordnungskommission hatte entschieden, daß dieses Amendement eine selbständige Resolution sei und eruchte nur über die ursprüngliche Resolution zu debattieren. Hiergegen erhoben zwar einige Delegierte Protest, aber es bestand doch die Gefahr, daß der Kongress durch Annahme der Resolution eine recht unliebsame Situation erzeugen werde. Die ursprüngliche Resolution war geeignet — ob bewußt oder unbewußt soll nicht untersucht werden — Verwirrung in die Kreise der organisierten Arbeiter zu tragen, während sie für die Regierung ein gutes Werkzeug hätte werden können, mit dem sie im Notfall selbst gegen die Vertreter der Arbeiter im Parlament hätte vorgehen können. Vor dieser Stellungnahme wurde der Kongress bewahrt durch das energische Eingreifen — einer Genossin! Mary Macarthur sagte: „Ich ergreife das Wort, weil ich befürchte, daß die Delegierten sich über die Materie, die dem Kongress zur Beratung vorliegt, nicht vollständig klar sind. Es wird wohl kein Delegierter im Kongress anwesend sein, der nicht die Notwendigkeit einer Beseitigung des Oberhauses einsieht. Das zu besorgen, ist aber Sache der liberalen Partei. Ist es dieser Partei wirklich darum zu tun, so hat sie es in ihrer Hand, die Macht der Lords zu brechen. Ich begreife aber, daß es der jetzigen Regierung ernsthaft darum zu tun ist. Die Regierung hat die Lords nötig, um sie als ein Schutzwall gegen die anschwelende Macht der Arbeiterklasse zu benutzen.“ Der minutenlange Beifall, den die Genossin erzielte, zeigte, daß sie die Gedanken der überaus großen Mehrzahl der Delegierten aus sprach und die Resolution wurde an die Geschäftsordnungskommission zurückgewiesen. Es ist sehr bezeichnend, daß die gesamte liberale Presse die Rede der Genossin Macarthur tadelte. Die endgültig angenommene Resolution verlangt nun die vollständige Beseitigung des House of Lords.

Es muß noch auf die Rede des Vizepräsidenten der Parlamentsfraktion der Arbeiterpartei, Shackleton, hingewiesen werden. Der die Bekämpfung der Lords als die wichtigste Aufgabe bezeichnete. Die Rede machte in jeder Beziehung einen klärenden und deprimierenden Eindruck; sie stand auf derselben Höhe, auf der die Präsidialrede bei Eröffnung des Kongresses stand. Der Labour Leader, das Organ der unabhängigen Arbeiterpartei, charakterisierte diese Rede also: Wir müssen gestehen, es ist uns unverständlich, daß der Präsident nichts zu sagen hatte zugunsten einer Verstaatlichung der Eisenbahnen, der Bergwerke, des Grund und Bodens, geschweige denn von der vollständigen Kontrolle des Nationalreichtums zum Wohle des Volkes. Aber ohne Zweifel, der Präsident ist kein Sozialist, und da dem so ist, ist es gut, daß er seinem eigenen Gewissen Gewalt antut, um den Beifall der Sozialisten zu gewinnen. Die Welt kommt besser voran mit Männern wie er, als mit solchen, die sich offen als Sozialisten erklären, deren Sozialismus aber mit ihren Worten endet.“ Ueber Shackleton selbst heißt es in derselben Nummer: „Er ist aufrichtig, energisch und unabhängig, und wenn er sich am Ende der Session nicht zu einem wirklichen Führer aufschwingen konnte, so liegt das daran, daß ein Mann, der selber kein Sozialist ist, nicht der ideale Führer einer Partei sein kann, die in ihrer Mehrheit aus Sozialisten besteht. Seine Parlamentsrede über die Lords war geradezu deprimierend. Hier kommen eben Fragen in Betracht, die über gewöhnliche Gewerkschaftsfragen hinausgehen.“ Der Labour Leader ist das Organ der mit den Gewerkschaften verbundenen Sozialisten.

Die Militärdiskussion wurde durch folgende Resolution hervorgerufen: „Der Kongress erhebt Protest gegen irgendwelche Vorschläge, die auf ein System allgemeiner Wehrpflicht oder obligatorischer militärischer Erziehung hinauslaufen, da ein solches auf die industriellen und kommerziellen Interessen der Arbeiterklasse einen nachteiligen Einfluß ausüben würde. Es reißt die jungen Leute zu einer Zeit ihres Lebens von ihrem Beruf fort, wo es ihnen am leichtesten ist, ein Handwerk nützlich zu erlernen.“ Genosse Bill Thorne (Wasarbeiter), Parlamentsmitglied und Mitglied der sozialistischen Föderation, hatte ein Amendement beantragt, das auf die Einführung von allgemeiner Volkswaffenpflicht hinauslief. Thorne mußte eingestehen, daß er mit seiner Ansicht in seiner Gewerkschaft allein dastehende und war gezwungen, den Antrag zurückzugeben. Auch die sozialistischen Abgeordneten desabonierten Thorne. Obige Resolution wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Die Resolution über staatliche Altersversicherung, die die Leser der Leipziger Volkszeitung bereits kennen, wurde noch etwas verschärft. Der Regierung wird vorgeworfen, das Staats-einkommen preisgegeben zu haben, indem sie die Steuerzahler, die bis zu 2000 Pfund Sterling Einkommen haben, entlastete, was einen Ausfall von 1½ Millionen Pfund Sterling pro Jahr ausmacht. Diese Summe hätte bereits für das System von Alterspensionen benutzt werden müssen. Das parlamentarische Komitee hat sich mit der Arbeiterpartei zu verbinden und in diesem Winter eine kraftvolle Agitation für staatliche Altersversicherung zu entfalten.

Der Kongress entschied sich in diesem Jahre mit einer gewaltigen Majorität gegen die Einführung obligatorischer Schiedsgerichte nach dem Muster New-Seelands. Für dieses System stimmten 348 000 gegen 1 003 000. (Die Delegierten haben für je 1000 Mitglieder ihrer Gewerkschaft je eine Stimme.)

## Versammlungen im 13. Reichstagswahlkreis.

### Ortsverein Großschöder-Windorf.

In der am 7. September abgehaltenen Mitgliederversammlung sprach Genosse Alfred Dikner über: Die bürgerliche Ehe und ihre Begleiterscheinungen. Hierauf gab Genosse Arnhold den Bericht der Gemeindevorsteher. In der Diskussion wurde Beschwerde geführt über das Abbrennen von Feuerwerkskörpern durch Kinder am Sabbatage. Die Gemeindevorsteher wurden aufgefordert, im Gemeinderat dahin zu wirken, daß die Ortspolizei, wie gewöhnlich, auch an diesem Tage gegen diesen Unfug vorgeht. Unter Vereinsangelegenheiten erwidert Genosse Arnhold, Bestellungen auf Theaterbillets rechtzeitig zu bewirken, da sonst eine glatte Erledigung erschwert wird. Ferner wurden die Genossen aufgefordert, sich mehr wie bisher an den Veranstaltungen des Ortsvereins zu beteiligen und vor allem die Parteiversammlungen zu besuchen.

### Ortsverein Zwenkau.

In der letzten Versammlung gab der Vorsitzende zunächst bekannt, daß dem Verein ein männliches und vier weibliche Mitglieder beigetreten sind. Hierauf hielt Genosse Schwarz eine Rede über den Parteitag und die Parteikommune. Eine Debatte über die in den hiesigen Parteikreisen insofern eingetreten, als der Wunsch nach Vorträgen in Monatsversammlungen laut wurde, wozu die Ausführungen des Genossen Schwarz ihr gut Teil beitragen. So wurde denn beschlossen, im beginnenden Winterhalbjahr allmonatlich einen Vortrag halten zu lassen, um so mehr, da ja genügend Zeit zur Erledigung der Vereinsinterne übrig bleibt. Die Vortragsabende dürften den Versammlungsbesuch wesentlich heben.

### Der Ortsverein Modau.

Hielt am 7. September eine Mitgliederversammlung ab, in der Genosse Bendin einen beifällig aufgenommenen Vortrag über die Kranken- und Unfallversicherung hielt. In der Diskussion wurde der Referent in einigen Punkten noch ergänzt. Unter Vereinsangelegenheiten gab der Vorsitzende bekannt, daß am 27. Oktober ein Wiederabend mit gut ausgewähltem Programm stattfindet. Ferner

wurde auf einen Vortragszyklus, den Genosse Schrörs über das Parteiprogramm halten wird, hingewiesen. Die in der öffentlichen Versammlung gefasste Resolution wurde nochmals zur strengsten Durchführung empfohlen.

### Ortsverein Gaußsch.

In der am 7. September abgehaltenen Versammlung der Ortsvereins Gaußsch sprach Genosse Geyer über die neue Wahlrechtsvorlage der sächsischen Regierung. Der Redner erklärte in 1½ stündigen Ausführungen die ganzen Schönheiten dieses echt sächsischen Wahlrechts, das uns beschieden werden soll und forderte zum Schluß auf, den Kampf um das allgemeine gleiche Wahlrecht weiterzuführen. Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die Verschmelzungsfrage der beiden Gemeinden Gaußsch-Gaußsch. Schon im Dezember 1905 war die Frage diskutiert worden, aber ohne Resultat. Der Gemeinderat von Gaußsch hatte einen ablehnenden Standpunkt eingenommen. Auf diesen glaubt nun der Gaußscher Gemeinderat auch neuerdings zu verharren. Die rege Diskussion über die Verschmelzungsfrage ergab, daß auch die Arbeiterpartei beider Orte die Verschmelzung wünscht, wenn auch von einigen Rednern auf den Gaußscher „Lebenslänglichen“ hingewiesen wurde. Wegen weniger Stimmen wurde eine Resolution angenommen, in der der Gaußscher Gemeinderat aufgefordert wird, seinen ablehnenden Standpunkt aufzugeben und mit dem Gaußscher Gemeinderat in Unterhandlungen zu treten. Die Versammlung war von etwa 300 Personen besucht.

### Der Ortsverein Wöllitz-Görsberg.

Hielt am 7. September eine Mitgliederversammlung ab, in der Genosse Scheib über den Internationalen Kongress in Stuttgart berichtete, hierauf wurden noch einige interne Angelegenheiten erledigt. Mit einem Hinweis auf die Sonntag, den 15. September, nachmittags 2 Uhr, stattfindende Besichtigung des Reichsgerichts wurde die Versammlung geschlossen.

### Der Ortsverein für Anauflerberg und Umgegend.

Hielt am 7. September eine öffentliche Mitgliederversammlung ab, in der Genosse Mauerbacher über das Krankenversicherungsgesetz unter besonderer Berücksichtigung der Leipziger Ortskrankenkasse sprach. Nach dem beifällig aufgenommenen Vortrag entspann sich eine lebhaft Diskussion. — Als Beisitzer wurde Genosse Neumerker gewählt. — Einem Besuch des Turnvereins Vorwärts in Anauflerberg wurde entsprochen und der nächste Diskussionsabend auf den 12. Oktober verlegt. Sonntag, den 22. September, soll die Genossin Bötsch im Gasthof zu Hartmannsdorf über Volks-erziehung sprechen. An Stelle des Genossen Burkhardt, der zur Erholung in Försfel weilte, hat Genosse Fischer das Amt als Bibliothekar übernommen.

### Ortsverein Thonberg-Neurenditz.

Ueber die deutschen Humor hielt Genosse Hennig am 7. September im Gasthof Neurenditz einen Vortrag. Der Referent gab seltliche Proben des Humors aus Schwänken und Erzählungen der ältesten Zeit. — Unter Vereinsangelegenheiten wurde der Vorsitzende bekannt, daß am 28. September im Gasthof Thonberg ein Familienabend und am 12. Oktober im Übergarten der Herbst-Liederabend stattfindet. Am Schluß der Versammlung forderte er zu reger Arbeit bei der Landtagswahl auf.

## Von Nah und Fern.

### Morb und Mordversuch.

**Strasbourg (Elz), 9. September.** Im benachbarten Schiltigheim ging der Nachwächter Knöfel in Hausflur auf seinen Nachbarn, den Straßenbahnarbeiter Klein, mit geladenem Revolver los, verfolgte den Fliehenden in seine Wohnung und gab mehrere Schüsse auf ihn ab, die ihn aber nur leicht verletzten. In seiner Angst sprang der Bedrohte durch das Fenster und sog sich schwere Verletzungen zu. Knöfel ging darauf in seine Wohnung, vergiftete seine beiden Kinder, ein fünfjähriges Mädchen und einen dreijährigen Knaben, mit Lysol und schoß sich dann eine Kugel in den Kopf. Er erlag seinen Verletzungen auf dem Wege zum Hospital.

### Verhaftung wegen Mordverdacht.

**Stuttgart, 9. September.** Unter dem Verdacht, den Schloßportier Dembach in Ludwigsburg erschossen zu haben, wurde der Besitzer einer Privatrennbahn dort, namens Krauß, verhaftet.

### Eisenbahnunfälle.

**Breslau, 10. September.** Am Montagabend wurde vom Zuge 21, Linie Hirschberg-Krummhübel, der Kutischer Lokmann in der Nähe der Station Krumbörs überfahren und getötet. Der von Lokmann geleitete Wagen wurde zertrümmert, die Pferde wurden getötet. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht aufgeklärt. Der Lokomotivführer behauptet, vorchriftsmäßig gefahren zu haben.

### Arbeiterisiko.

**Bernkastel, 9. September.** In einem Bassin der städtischen Kläranlage erfolgte eine gewaltige Explosion, als der Installateur Engel mit einer brennenden Lampe hinabstieg. Engel kam, in eine Feuerfalle gehüllt, über Tage und starb bald darauf.

### Mierfeld, 10. September.

Der Dreher Johann Binz geriet in die Transmission; er wurde mehrere Male umhergeschleudert und getötet.

### Abstürze im Hochgebirge.

**Beun, 9. September.** Am Schloßberg-Gletscher in der Tittisgruppe stürzten die beiden Winterthurer Eisenbahnangestellten Ulrich Müller und Karl Bruninger 50 Meter tief über die Eiswand ab. Müller wurde sofort getötet. Bruninger, der schwer verletzt wurde, brachte die Unglücksstunde zu Tafel. Die unter Eismassen begrabene Leiche Müllers wurde spät abends geborgen.

**Genf, 10. September.** Ein junger Deutscher, namens Dentelle, 21 Jahre alt, stürzte bei Zürich ab und wurde mit zerstückterem Schädel tot aufgefunden.

### Cholera, Pest und Typhus.

**London, 10. September.** Auf der Insel Mauritius wurden fünf Pestfälle konstatiert, von denen vier tödlich verliefen.

**Konstantinopel, 9. September.** Auf der Insel Metelin wurden zwei neue Pestfälle festgestellt.

**Wildha (Mgler), 9. September.** In der hiesigen Jägerkaserne herrscht der Typhus. Dem Vernehmen nach sind bisher 18 Erkrankten und sechs Todesfälle vorgekommen.

### Kinderverst in Rußland.

**Zellswalder, 8. September.** In vier Kreisen des Gouvernements herrscht die Kinderpest; zur Bekämpfung derselben sind alle Maßnahmen getroffen. Im Juli sind im Gouvernement annähernd 600 Stück Vieh gefallen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Telephonische Meldungen der Leipziger Volkszeitung.

**Rotterdam, 10. September.** Die Verhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeitern haben sich zerfasen, nachdem die Forderungen der Arbeiter abgelehnt worden sind.

**Manch, 10. September.** In dem Orte Grouchemanche stürzte eine Mauer bei einer Feuersbrunst ein und begrub drei Personen. Zwei sind tot, die dritte schwer verletzt.

**Arbeiter! Erwerbt das Leipziger Bürgerrecht.**







Farbeneinheit prägende Muzas oder Garcia geschändet nicht von Menschen, die aus einer Fichorienwurzel genau dasselbe Vergnügen herauszuziehen würden.

Indem ich mir so die köstlichsten Stunden mit all den braunen Freundsinnen, die an meinen Lippen bergingen, vergeblich verbrachte, muß ich wieder an Fatima denken, an Fatima, meine Lieblingskellnerin, die ein braver Händler mir zuführte, die ich zwei Jahre lang besaß, die dann aber ausging und die ich nicht wieder finden kann. Das war die stärkste, feinste, geschmeidigste, hingebendste, feurigste, geheimnisreichste, vornehmste Seele, die je in einem braunen Leibe gehohnt hat. Ich habe in meinem Schranke gute, brave Kinder, die sich beeifern, mir Fatimen zu erhaschen; da ist eine Igualdad (was soviel heißt wie Gleichheit), die in jedem Exemplar mit andern Schönheitsmalen gezeichnet ist und so eine feine Verflechtung der Gleichmacher darstellt; sie ist stark und feurig wie Fatima, aber Fatimas Adel und Lieblichkeit fehlen ihr; da ist eine stille, feine Habanera; sie ist vornehm und geblieben wie Fatima, aber Fatimens raffige Kraft und ihre tiefen Rätsel sind ihr nicht gegeben; da ist eine verteilte kleine Flor de Sibela, ein kapriziöser, temperamentvoller Mader; aber Fatimens Keuschheit fehlt ihr; da ist vor allem meine Liebe, gute, prächtige, tägliche Lucida, voll und freundlich wie das Indierweib auf dem Dedeel der Riste, immer treu und zuverlässig, immer heiter und gleichmäßig gut, immer sanft und voll, sozusagen — ohne Vergleich gesprochen — eine Christiane Vulpius, die für meine Gemütslichkeit sorgt; aber so lieb sie ist, Fatima war mehr. Es sind auch noch andre da: zum Beispiel eine kolossale, mastige Rothschilde; sie trägt mich durch dicke Astenbündel und schwere philosophische Wälder hindurch; dann ein zierlicher, schwarzer Cigarillo El Diamante; er hilft mir Epigramme feilen; eine etwas charakterlose Blondine namens Ribera für die Straße, wo man nur raucht, um etwas zwischen den Fingern zu haben und Qualm zu machen, was sie sich auch phlegmatisch gefallen läßt; ferner eine Triangularis, eine eilige, kantige, großnackige Dienstmagd, die im Eisenbahn-coupe alle unangenehmen Nivalinnen niederschlägt usw.

Vielleicht hat sich schon manch einer gewundert, daß ich gar nichts von Zigaretten sage. Ich rauche keine Zigaretten. Ich halt' es mit einem meiner Freunde, der da sagt: „Verbranntes Papier stinkt immer und wenn's Kaufendmarktcheine sind.“ Vielleicht ist das ein großes Loch in meiner allgemeinen Bildung und meiner Begabung. Aber ich halte es für richtiger, in einer Sache Impassantes zu leisten, als auf allen Gebieten zu dilettieren. Und die Erforschung der Zigarre fordert einen ganzen Mann.

Auch der Pfeife bin ich nicht zugewandt. Alle drei Jahre einmal kauf ich mir eine kurze Pfeife und rauche ein paarmal daraus. Aber das ist etwas für Schiffer und Marineoffiziere mit getrockneten Geschmacks- und Atmungsorganen. Und nun gar erst die lange Pfeife! Können ihr auch einen Dichter mit einer langen Pfeife denken? Können ihr auch den Schillerschen Jüngling auf dem Hippogryphen —

Und lächelnd schwingt sich ihm der Jüngling auf den Rücken, kaum fühlt das Tier des Meisters sichere Hand, So knirscht es in des Rügels Band

Und steigt, und flücht sprüht aus den besetzten Widen . . . Können ihr auch diesen Jüngling mit einer langen Pfeife denken? Und doch — doch — so wunderbar sind die Wege der Kunst — Ausnahmen gibt es auch hier. Einen feinen, vornehmen Poeten kenn' ich, bei dem ich mir's denken kann. Wilhelm Raabes Romane könnten bei der langen Pfeife geschrieben sein.

Auch über Weidhornblätter, Kirschbaumblätter, Rohrstolz, Mohhaar und Secagra als Rauchmaterial kann ich nichts Autoritatives sagen; denn ich rauchte als Knabe die Zigarrenreste meines Vaters. Mein Vater hatte die Gewohnheit, nur wenige Züge aus einer Zigarre zu tun und sie dann wegzulegen. Meine Mutter hatte sich wiederholt beklagt, daß überall Zigarrenstummel herumlagen. Da hatte ich ein Einsehen.

Dagegen kann ich über nikotinfreie Zigarren berichten. Ich kann bezeugen, daß es dergleichen gibt; ich hab' eine geraucht. Mein Zweifel; man kann sie rauchen. Nur gehören dazu ein vegetarisches Einseinstelleit und ein Glas alkoholfreies Weines, beides kredenz von einer Dame ohne Unterleib.

Nein, nein, wir mögen uns im Leben wenden und drehen wie wir wollen; um das Gift kommen wir nicht ganz herum. Im Sprechsaal einer Zeitung lese ich gerade jetzt einen Artikel, dessen Einsender zornmüthig ein staatliches Verbot des Tabakrauchens fordert. Allerdings: das wäre ein Weg. Wenn man das Trinken und das Rauchen verbietet, dann werden die Menschen entlastet wie in Amerika und England. Dann heischen sie sich, wie Sonntag in Amerika, nur noch hinter geschlossenen Türen, oder sie brauen sich wie die Eskimos in den alkoholfreien grönländischen Missionen den Kaffee so stark, daß sie hinreichend besoffen davon werden.

Ja, Leute, die solche Forderungen erheben, die brauchen allerdings nicht zu rauchen. Die spüren nichts von den Qualen und Kleinheiten, von den Schrotten und Kanten und den bösen Dünsten des Lebens; denn zwischen ihrem Kopf und dem Leben ist etwas, was viel dicker und undurchlässiger ist als die Wolken einer Savanna, als die süßen Seufzer Fatimens.

Fatima! Kehre zurück; alles ist vergeben und vergessen!  
Dein  
Otto Ernst.

## Naturwissenschaftliche Literatur.

Dr. C. Reichmann, Fortpflanzung und Zeugung. Stuttgart, Francksche Verlagsbuchhandlung. Preis 1 M. — Die Gesellschaft der Naturfreunde Kosmos will die Kenntnis der Naturwissenschaften und damit die Freude an der Natur in die weitesten Kreise tragen. Das sucht sie durch Verbreitung guter naturwissenschaftlicher Literatur zu erreichen. Eins der vielen Büchlein, die der Kosmosverlag in die Welt geschickt hat, ist das vorliegende: Fortpflanzung und Zeugung. Der Verfasser Dr. Reichmann besitzt in hohem Maße die Fähigkeit, im guten Sinne gemeinverständlich zu schreiben. Von einfachsten zu höheren Organismen fortschreitend, zeigt er in anschaulicher Weise, worin das Wesentliche des Fortpflanzungs- und des Zeugungsorganges besteht, und bringt uns so eine Erkenntnis, die sicher auch äußerlich überrascht, nämlich daß die Fortpflanzung oder Vermehrung und die Zeugung ursprünglich nichts miteinander zu tun haben, daß sie bei vielen tiefstehenden Tieren und Pflanzen zeitlich und räumlich getrennt vor sich gehen, und daß erst bei den höheren Tieren und Pflanzen der Vorgang der Zeugung mit dem der Fortpflanzung in Verbindung tritt. Das Büchlein ist von Anfang bis Ende interessant und vertieft und bereichert unsere Einsichten. hw.

Dr. B. Gundersheim, Die Elektrizität als Licht- und Kraftquelle. Leipzig, Verlag von Quelle u. Meyer. Preis gebunden 1.25 Mark. Wissenschaft und Bildung, Einzeldarstellungen aus allen Gebieten des Wissens, Band 18. — Eine leichte Aufgabe ist es nicht, die sich der Verfasser des Büchleins gestellt hat: auf nicht ganz 120 Seiten den Leser mit den wichtigsten Erscheinungen und Anwendungen der Elektrizität und den wichtigsten Begriffen und Gesetzen der Elektrizitätslehre in gemeinverständlich Weise vertraut zu machen. Man muß erfahren haben, welche Mühe es macht, etwa von den elektrolytischen Vorgängen oder von den Hauptsystemen der Dynamomachinen eine klare Anschauung zu gewinnen, um beurteilen zu können, ob es möglich sei, auf so kleinem Raum jene Aufgabe zu lösen, selbst wenn, wie der Verfasser im Vorwort sagt, die Einzelheiten nicht erschöpfend behandelt werden sollen. Es muß anerkannt werden, daß das Büchlein klar und anregend geschrieben ist, und

besonders die zahlreichen Figuren verdienen ihrer Einfachheit und Uebersichtlichkeit wegen alles Lob; trotzdem würde es wohl dem Laien kaum möglich sein, aus dem Werkchen ein einigermaßen sicheres Verständnis der elektrischen Vorgänge und Einrichtungen zu gewinnen. Wer ohne Schule in die Elektrizitätslehre eintreten will, der muß auf alle Fälle zu einem der größeren Werke greifen (Die Elektrizität und ihre Anwendungen von Geiß oder Die Elektrizität, ihre Erzeugung und Anwendung in Industrie und Gewerbe von Wille). Dagegen ist Gundersheims Büchlein ein vorzügliches kleines Nachschlagewerk in der Hand desjenigen, der über die Kenntnis der wichtigsten elektrischen Erscheinungen und Gesetze bereits verfügt und nur gelegentlich dies oder jenes in seinem Gedächtnis auffrischen möchte. hw.

## Kunstchronik.

Neues Theater. Mittwoch: Martha (Lyonel: Max Schwabe vom Rostocker Stadttheater). Donnerstag: Das vierte Gebot. Freitag: Händel und Gretel; Sittliche Bauernehe (Ludwig: Max Schwabe). Sonnabend: L'Oratorio Lasso. Sonntag: Der fliegende Holländer. Montag: Jugend. — Altes Theater. Mittwoch: 8 Pufferschlägel. Donnerstag: Wiener Blut. Freitag: Kabale und Liebe (halbe Preise). Sonnabend: Die lustige Witwe. Sonntag, nachmittags 1/2 3 Uhr: Ein Fallissement (Vorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut), abends: 8 Pufferschlägel. Montag: Die lustige Witwe.

Als musikalische Novität wird die vieraktige Oper Meßalina von Adore de Lara zur Erstaufführung vorbereitet. Das Werk, dessen Komponist als Meister der neuromanischen Schule bekannt ist, wurde bereits an bedeutenden Bühnen Frankreichs und auch in London gegeben. Die deutsche Uraufführung fand feinerzeit am Stadttheater in Köln statt.

Die Vorstellungen im Neuen Theater beginnen, wenn nichts anderes angegeben, um 7 Uhr, die im Alten Theater um 1/2 8 Uhr.

Verpflichtete Leipziger Schauspielhäuser. Schauspielhaus. Mittwoch: Die große Gemeinde. Donnerstag: Der Kaufmann von Venedig (halbe Preise). Freitag: Die große Gemeinde. Sonnabend: Wohlthätige Frauen. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Wohlthätige Frauen (Vorstellung für den Gewerkerklub S.-D.), abends: Die große Gemeinde. — Neues Operetten-Theater (Theater am Thomasing). Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend: Der Rigeunerbaron. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Der Herr Senator (Vorstellung für den Gewerkerklub S.-D.), abends: Der Rigeunerbaron.

Leipziger Sommertheater (Drei Linden). Dienstag: Der Störenfried. Mittwoch: Die jährlichen Verwandten. Donnerstag: Jugend.

Dies diesjährige Spielzeit endet kommenden Sonntag, 15. September.

Eine neue Bühnenbearbeitung des Faust hat soeben Herr Dr. Ludwig Weber, Dramaturg des Stadttheaters, im Auftrag von Karl W. Hiermann in Leipzig erscheinen lassen (Preis 1 Mark). Herr Weber hat sich, falsche Pietät bekämpfend, die vernünftige Aufgabe gestellt, Goethes Faust für „zwei erträgliche Theaterabende“ einzurichten. Der erste Teil der Tragödie, der nach Goethe 25 und nach der zuletzt erschienenen Wittwenschen Bearbeitung noch 20 szenische Bilder nötig hat, spielt sich in Webers Einrichtung in 12 Bildern ab. Für den zweiten Teil braucht Weber nur 10 oder 9 Bilder (Goethe 24, Wittwenski 14, Schlenker 10). Ob die Bearbeitung wirklich einen Fortschritt bedeutet, bleibt freilich noch zu unteruchen; wertvoll ist auf alle Fälle, daß gegenüber der grassierenden Theaterphilologie die Rücksicht auf die Aufnahmefähigkeit des Publikums betont wird.

## Notizen.

In Mannheim findet vom 15. bis 18. September die Hauptversammlung des Gesamtvereins der Deutschen Gesellschaften und Altertumsvereine statt. Der Hauptversammlung geht am 14. und 15. September der VII. Deutsch-Archivtag in Karlsruhe und der VIII. Verbandstag der west- und süddeutschen Vereine für römisch-germanische Forschung in Heidelberg voraus. Am 19. und 20. schließt sich in Mannheim der Tag der Denkmalspflege an.

Die norwegische Nordpolexpedition unter Mitwirkung von Nansen ist am Sonntagabend vom nördlichen Eismeer in Tromsø eingetroffen. Sie berichtet, daß Wellman am 26. August noch nicht aufgestiegen war. Seitdem herrschten Nordwind, Nebel und Schnee, was den Aufstieg verhinderte. Wellman erklärte, falls der Aufstieg bis zum 5. September unmöglich sei, wolle er seinen Plan für dieses Jahr aufgeben und seine Versuche im nächsten Jahre fortsetzen. Er würde in diesem Fall Ende September mit dem Dampfer Fridtjof in Tromsø zu erwarten sein.

Alpine Unglücksfälle. In dem soeben erschienenen Jahrbuch des Schweizerischen Alpenclubs befindet sich eine von Dr. Kurbsteiner bearbeitete Statistik der im letzten Jahre vorgekommenen tödlichen Unglücksfälle in den Alpen, wobei es sich nur um Touristen handelt und die allerdings seltenen Berufsunfälle von Hirten, Jägern, Militärs nicht einbezogen sind. Dabei ergibt sich eine Gesamtzahl von 71 Unglücksfällen mit insgesamt 78 Opfern, darunter 8 Führer und 1 Träger. Nach dem im Sommer regelmäßig in den Zeitungen veröffentlichten Berichten über alpine Unglücksfälle konnte man fast an eine größere Anzahl von Opfern glauben. Denn 78 auf die vielen Tausend, die alljährlich Hochgebirgstouren unternehmen, sind kein so großer Prozentsatz, als im allgemeinen angenommen wird. Aber auch diese Zahl könnte weit geringer sein, wenn nicht ein so toller Leichtsinns und eine jeder Sachkenntnis entbehrende Unvorsichtigkeit bei den Unglücksfällen eine so große Rolle spielen würde. Elementare Gewalten, denen nicht zu entgehen ist, also Schneesturm, Steinschlag, Lawinen, unvorhergesehener Wetterumschlag, verursachen nur 9 von den 71 tödlich verlaufenden Unglücksfällen. Alle andern sind der Ortskenntnis, Unvorsichtigkeit, ungenügender Ausrüstung, mangelhafter Kenntnis der objektiven Gefahren (Schneebrüden, Wästen, Spalten) zuzuschreiben. Von den 78 Opfern gehören 6 dem weiblichen Geschlecht an, und alle diese 6 waren sogenannte Alleingängerinnen.

Wärden aber die zahlreichen Querschnitte, Knochenbrüche usw., von denen gewöhnlich nichts verkundet und die meist geradezu fribol handelnd und fiederlich ausgerüsteten Sommerfrischlern beim Edelweissuchen usw. passieren, gezehnet, so würde die Gesamtzahl der alpinen Unfälle 2—300 erreichen. Allen Anschein nach dürften die Opfer des „schönen Todes“ in diesem Jahre noch zahlreicher gewesen sein, besonders die Zahl der Unglücksfälle infolge plötzlichen Wetterumschlages. — f.

Samaritanerdienste bei Ameisen. Eine hübsche Episode aus dem Ameisenleben erzählt Hans Siegert in der Frankfurter Wochenschrift Amfchau. Er hatte aus Versehen eine ziemlich große Zahl von Ameisen auf dem Boden zerstreut und erhielt dadurch Gelegenheit, zu verfolgen, wie der Rettungsdienst bei Unglücksfällen unter den Ameisen abläuft. Einige der zu Schaden gekommenen staken mit einem Teil des Körpers in der Erde, und diese erhielten zuerst Hilfe. Mehrere gesunde Ameisen zogen mit allen Kräften an ihren verunglückten Geschwistern, bis die Befreiung gelungen war, worauf eine einzelne Ameise den Krankentransport übernahm. An einer Stelle

jah der Beobachter drei Ameisen wie in einer Beratung zusammen. Hin und wieder senkten sie die Köpfe, als ob sie aus dem feuchten Lehm des Bodens etwas herausziehen wollten. Der rechte Säuber wollte wenigstens einiges von seiner Last wieder gut machen, grub mit dem Meißel an der betreffenden Stelle nach und fand auch tatsächlich in der Tiefe von etwa 1/2 Zentimeter eine schwer verbundene Ameise im Boden. Sobald sie aus Licht befördert worden war, wurde sie von den Samaritanern in Empfang genommen und fortgetragen, leider in anscheinend hoffnungslosem Zustand. Auf dem andern Teil der Unglücksstätte zeigte sich der Selbennut einer Ameise in glänzendster Blicke. Sie war selbst schwer verletzt und konnte sich kaum fort-schleppen; dennoch beteiligte sie sich eifrig an der Rettung einer verunglückten Nachbarin. Es dauerte im ganzen wohl eine Stunde, ehe allein die teilweise im Boden vergrabenen Ameisen geborgen waren, und nun erst ging das Rettungswerk zu dem auf der Oberfläche liegenden verunglückten über. Zum Schluß ereignete sich noch ein merkwürdiger Fall. Eine verletzte Ameise ist allein übrig geblieben und scheint keine Hilfe zu finden. Sie wird oft von den Samaritanern betastet, aber nicht fortgeschafft, und auch eine besonders kräftige Arbeiterin, die sie schon gepackt hatte, trägt sie nur zwei Zentimeter weit fort und läßt sie dann wieder fallen. Weshalb wurde diese Unglücksfälle allein von dem Wert der Barmherzigkeit ausge-schlossen? —

Sächsische Volkswörter. Ueble Laune hat ihren Ursprung nicht nur in krankhaften Zuständen oder in unerfreulicher Gemütsanlage, auch der Kopf kann seinen Anteil daran haben. Wer mit seinem Denken nicht im Reinen ist und nicht zu einem klaren Entschlusse kommen kann, der wird mißgestimmt, ärgerlich erscheinen. Zwiespältiger Sinn ist das Weckmal des Zwiespältigen, der sehr anschaulich von der Zwiespältigkeit des Namen hat, das ist die gabelförmige Teilung eines Naumstammes oder eine in zwei Enden sich teilende Aute, wie sie als Wünschelrute gebraucht wird (Zipperdorf i. E.); davon kommt auch zwisseln = mit einem Zweige hauen (nach Köhler); ärgeren (Wachau). Auf eine andre Vorstellung gehen zwärnig, zwöb'ig und zwöfeldrätig zurück, auf das Bild vom Drehen eines Fadens. Wie in Schloßen zwischen, heißt bei uns zwirnen eigentlich drehen (das unpersönliche es zwirnt = es schmerzt, zum Beispiel im Finger), zwärnig wäre also zunächst verdrückt, wie zwöb'ig verdrückt, verdrückt, gleich den Fäden im Gewebe; beide Wörter können auf den Menschen übertragen werden: „Du bist ja zwöb'ig!“ will sagen: Du siehst weder Anfang noch Ende, weißt weder aus noch ein. Ebenso wurde meeseldrätig zunächst von schlecht gesponnenem, mangelhaft auf die Spule gedrehtem Garne gebraucht, das sich frans zusammenringelt — wenn eine Spinnerin mit dem Schafte kämpfte, brachte sie nur Miffelbraut zustande —; jetzt wird das Wort auf einen verwirrten Geisteszustand bezogen, in dem die verschiedensten Gedanken durch den Kopf gehen und alles verkehrt aufgefaßt oder angefangen wird, daher ergibt sich die Bedeutung verwirrt, verstimmt, müßig, unzufrieden. Da man die Bildung des Wortes nicht kennt, unterlegt es allenthalben Entstellungen, wie meeseldrätig, meeseldrätig (etwa in die Wesseln tretend!), meeseldrätig, meeseldrätig usw. Auch entwickelte sich das Wort als eine Verstärkung im Sinne von toll, närrisch: „Der wirt richtig meeseldrätig ei verlerbt.“ Das Wort enthält schon seiner Zusammensetzung nach einen Vergleich: gedreht wie Meesel, d. i. mittelhochdeutsch meisel, das zwar mit unserm Meißel, mundartlich Meesel, einerlei ist, aber nicht bloß dieses Werkzeug bezeichnend, sondern auch soviel wie das Fremdwort Charpie, zerzupfte Leinwand, deren Fäden wie durcheinander liegen, einen Fiß bilden. (Zu der Sprache der Strumpfwirker insbesondere ist Fiß wie Meeselbezeichnung für ausgetrocknete Fäden der Wäsche, die von den fertigen Strümpfen abgeschnitten sind.) Auch der Fiß wird auf Weisiges übertragen: er hat Fiß heißt: er ist aufgesetzt, ängstlich, eilig; mit jemand Fiß haben: Streit, Zerger haben; ein Fißbruder ist ein verdrehter, fahriger, unfleter Mensch. Wie das Schriftdeutsche „zerfahren“ ist auch der Faden, der schlecht gedreht ist (Draht ist eigentlich Faden, von drehen, vergl. engl. thread), so daß er ausfällt wie zerzupft, wie Meisel, auf Zustände des Geistes und Gemütes übertragen, und wir können uns mit Hilfe dieses Volkswortes die Bedeutung vergegenwärtigen, die ehemals das Spinnen im häuslichen Leben hatte. —

Das freikende Meer. Auch im Reiche Thalios ist der Streik eine suchbare Waffe. Das hat, schreibt die Berliner Volkszeitung, der Direktor eines Berliner Vorstadttheaters zu Schreden erfahren. Er hatte in einem Ausstattungstück zur Darstellung eines Ungewitters auf dem Meere 15 Männer engagiert, die, unter einer grün bemalten Leinwand verborgen, durch Heben und Senken des Körpers das Wogen des Meeres und das Branden der Wellen nachzuahmen hatten. Die Darsteller des Meeres erhielten anfangs für jede Vorstellung 1 Mk.; doch die Einnahmen wurden magerer, und der Direktor setzte ihr Salair auf 50 Pfg. herab. Das empörte Meer beschloß nun zu streiken. Als bei der nächsten Vorstellung wieder der Donner grollte und flammende Wölfe die Szene erschelten, blieb das Meer völlig ruhig. Vergeblich befahl der Regisseur, rot vor Zorn, mit dem Meeressturm zu beginnen. Das Meer rührte sich nicht. Dagegen tauchte unter der Leinwand der Kopf eines Mannes auf, der dem Regisseur zurief: „Eine Mark, Herr Regisseur — aber kein Mensch wagt.“ — „Nein — fünfzig Pfennige!“ Das Meer bewahrte seine heitere Ruhe, während im Zuschauerraum stark gelacht wurde. „Eine Mark?“ — „Nein, fünfzig Pfennige!“ Das Meer kräufelte sich leicht, wie vom Abendwind bewegt. „Achtzig Pfennige!“ brüllte der Regisseur, der schon den Erfolg des Abends gefürchtet sah. Die Wogenerstiegen ein wenig, wie wenn ein Limber West sie berührte. „Gut, eine Mark!“ schrie jetzt endlich der verzweifelte Regisseur. „Aber — um Teufel, empört euch endlich, ihr Meereswogen!“ Und siehe — das Meer grollte suchbar und begann, wie vom Sturme gepeitscht, rasend zu schwellen, während der Donner sich verdoppelte und leuchtende Wölfe über die Bühne hinfuhren.

## Singelaufene Schriften.

Dionys Sed. Die Ursachen der Geldverwertung. Studie. Erweiterte Separatdruck aus der Ungarischen Volkswirtschaftlichen Revue vom Jänner 1906. XXX. Jahrgang, Nr. 1. Budapest, Hungaria Buchdruckerei.

Das Bild, Monatschrift für photographische und lateinische Bildkunst. Herausgegeben von der Neuen Photographischen Gesellschaft u. G. in Steglitz-Berlin. III. Jahrgang, Heft 5.

H. Rothnagel, Die Mühe des Menschenlebens. Prosa und Poesie. Mit einem Ganzbilde und einer Textzeichnung von Otto Brebow. Leipzig, Verlag von S. Fernau. Preis, broschiert 3.20 Mark.

Professor Dr. Klumker, Vorberichte zur zweiten Tagung deutscher Berufsverbände in Eisenach am 17. und 18. September 1907, herausgegeben im Auftrage des Ständigen Ausschusses. Dresden, Verlag von O. V. Böhmert.